

Stenographisches Protokoll.

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

VI. Gesetzgebungsperiode.

Mittwoch, 12. Dezember 1951

Inhalt.
1. Personalien. Urlaub (S. 2817).
2. Verhandlungen. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (445 und Zu 445 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1952 (461 d. B.). Spezialdebatte: Gruppe IX: Kapitel 20: Handel, Gewerbe, Industrie, und Kapitel 21: Bauten (Fortsetzung). Redner: Ebenbichler (S. 2817), Thurner (S. 2826), Dipl.-Ing. Dr. Buchberger (S. 2835), Krippner (S. 2839), Gschweidl (S. 2845) und Grubhofer (S. 2848). Gruppe X: Kapitel 24: Verkehr, Kapitel 28, Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt, und Kapitel 29: Eisenbahnen.

Spezialberichterstatter: Aigner (S. 2853);
Redner: Dr. Stüber (S. 2855), Koplenig (S. 2862), Geisslinger (S. 2867), Dr. Herbert Kraus (S. 2875) und Bleyer (S. 2878);

Ausschußentscheidungen, betreffend die Finanzierung von Großkraftwerken, betreffend Innenausgestaltung der Schnellzugswaggons und betreffend Entschädigungsgesetz für die verstaatlichten Unternehmungen (S. 2855).

Eingebracht wurde:

Anfrage der Abgeordneten

Machunze, Prinke, Geisslinger u. G. an den Bundesminister für Justiz, betreffend die Delogierung von Untermietern ohne vorherige Verständigung (363/J).

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 5 Minuten.

Präsident **Böhm**: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich habe dem Herrn Abg. Aichhorn einen achttägigen Urlaub erteilt.

Wir setzen nunmehr die gestern unterbrochene Debatte über die **Gruppe IX** des Bundesvoranschlages mit den Kapiteln Handel, Gewerbe, Industrie und Bauten fort.

Abg. **Ebenbichler**: Hohes Haus! Es ist sicherlich eine wenig erfreuliche Aufgabe, zum Budget zu sprechen und sich mit den Fragen der österreichischen Wirtschaft zu befassen. (Abg. *Weikhart*: Sie werden dazu nicht gezwungen!)

Es ist von diesem Pulte aus schon ein Mann zitiert worden, der wirklichen Einblick in die österreichischen Wirtschaftsverhältnisse hat, nämlich der Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, der die betrübliche Feststellung machte, daß trotz drei Währungsoperationen und fünf Lohn- und Preisabkommen von einer Stabilisierung der österreichischen Wirtschaftsverhältnisse weniger denn je gesprochen werden kann.

Wir hören heute aus allen Kreisen, die Einblick in die Wirtschaftsverhältnisse Österreichs haben, einen Ruf, der schon geradezu zum Schlagwort geworden ist, den Ruf nach einem Gesamtkonzept in der Führung der österreichischen Wirtschaft. Ich glaube nicht, daß einer der maßgeblichen Führer der österreichischen Wirtschaft, ein Minister oder ein

Abgeordneter bisher der Meinung war, daß ein solches Gesamtkonzept nicht notwendig wäre. Ich bin im Gegenteil davon überzeugt, daß sich alle Verantwortlichen darüber klar waren, daß ein Gesamtkonzept der österreichischen Wirtschaft unerläßlich ist. Ich bin überzeugt, daß die maßgeblichen Leute diesen Gedanken nicht erst seit heute oder gestern haben, sondern ihn schon seit Jahren bei sich tragen, und deshalb bedrückt es mich so außerordentlich und ist es so bedauerlich, daß dieser Ruf nach einem Gesamtkonzept bisher trotzdem keinen Widerhall gefunden hat.

Es besteht kein Zweifel, daß nicht nur Österreich unter schwierigen Verhältnissen leidet. Auch andere Länder haben heute ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten; aber es ist ein Unterschied, wie man die innerpolitischen Schwierigkeiten löst. Es gibt Schwierigkeiten, die von außen her bedingt sind, und es gibt Schwierigkeiten, die im Inneren ihren Grund haben, an denen zum Teil die eigene Bevölkerung schuldtragend ist. Nun erhebt sich die Frage: Wie löst man vor allem diese inneren Schwierigkeiten? Da möchte ich vorwegnehmen, daß man den Ausweg nicht sosehr in der Lösung der materiellen Probleme suchen darf, sondern mir will scheinen, daß die katastrophalen Verhältnisse, die wir heute in der österreichischen Wirtschaft haben, zumindest zu gleichen Teilen ideologisch bedingt sind.

2818 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

Wenn man nun nach einem Gesamtkonzept ruft — ich habe gestern mit großer Freude von einem Abgeordneten der Sozialistischen Partei ebenfalls den Ruf nach einem Gesamtkonzept gehört —, dann muß man sich schließlich auch zusammensetzen und tatsächlich eine einheitliche Grundlage für eine solche Konzipierung suchen. Dieses Suchen nach einer Vereinheitlichung fehlt bis heute. Es fehlt seit dem Jahre 1945.

Was sehen wir heute im Weltgeschehen? Wir sehen in wirtschaftlicher Hinsicht auf der einen Seite die Wirtschaftsform des Privateigentums, der Privatinitiative, der sogenannten freien Wirtschaft. Ich möchte von vornherein betonen, daß es sich hier keineswegs um irgendeine Verquickung mit dem seinerzeitigen Manchester-Liberalismus, mit der Willkür in der Wirtschaft handelt. Auf der anderen Seite sehen wir den großen Komplex der kollektivistischen Wirtschaft, des Staatskapitalismus, des Prinzips der Enteignung.

Wenn ich mir diese großen Geschehnisse in der Welt und ihre Auswirkungen in Österreich ansehe, so muß ich sagen: Ich weiß, was der eine Koalitionspartner, die ÖVP, in dieser Frage anstrebt und will; ich glaube auch zu wissen, welchen Weg der andere Koalitionspartner, die SPÖ, geht und zu gehen gewillt ist. Ich sehe hier aber keine gemeinsame Basis. Lassen Sie es mich hier ganz offen sagen: Wir werden uns in Österreich endlich dafür entscheiden müssen, welchen Weg wir gehen. Gehen wir den Weg der Aufrechterhaltung des Prinzips des Eigentums und der initiativen freien Wirtschaft, oder gehen wir den Weg des Staatskapitalismus, der Sozialisierung?

Meine Herren Abgeordneten! Sie sind eine Koalition eingegangen. Über die Vor- und Nachteile dieser Koalition kann man verschiedener Meinung sein. Es gibt sicherlich eine Menge Gründe, die für diese Koalition in politischer Hinsicht sprechen. Daß diese Regierungskoalition aber zu einer parlamentarischen Koalition erweitert wurde, das, glaube ich, war nicht zum Vorteil des österreichischen Volkes; denn auf diese Weise ist den Vertretern des österreichischen Volkes die Möglichkeit genommen, die Fragen, die dieses Volk betreffen, tatsächlich in seinem Geiste zu erfüllen, und das Parlament ist nichts anderes als ein Vollzugsorgan der Regierungskoalition geworden. Das hat seine Folgen gezeitigt.

Ich glaube daher, es muß, wenn man von einem Gesamtkonzept spricht, vor allem einmal das Verlangen dazu da sein und es müssen sich vor allem die Abgeordneten der Koalitionsparteien darüber im klaren sein, was sie wollen.

Es ist unmöglich, daß man immer nur Teillösungen sucht und mit Teillösungen das Wohl des Volkes zu erreichen versucht, das heißt, daß man versucht, den Lebensstandard der Bevölkerung auf dem Niveau zu halten, auf das dieses Volk füglich Anspruch hat,

Sie haben aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, seit dem Jahre 1945 nur Teillösungen zustandegebracht. Sie haben immer nur dann, wenn Ihnen das Wasser schon bis an den Hals gestanden ist, Maßnahmen getroffen, und diese Maßnahmen haben Sie einmal im Sinne der privatwirtschaftlichen Idee und das andere Mal im Sinne der staatskapitalistischen Idee getroffen. Ich brauche keine große weitere Beweisführung, denn der heutige Zustand der wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich gibt mir recht und beweist eindeutig, daß dieser Weg nicht zum Aufblühen der österreichischen Wirtschaft beigetragen hat.

In der Wirtschaft gibt es drei maßgebliche Komponenten. Man kann die Wirtschaft in verschiedene Sektoren einteilen, meines Erachtens gibt es aber nur drei maßgebliche Komponenten: die erste ist die Produktion, die Erzeugung, die zweite die Verteilung und die dritte der Konsum. Es ist ein ehernes Gesetz der Wirtschaft, daß es unmöglich ist, bezüglich eines dieser drei Faktoren Maßnahmen zu treffen, ohne die anderen Faktoren zu berücksichtigen, wenn man haben will, daß sich diese Maßnahmen insgesamt günstig und positiv auswirken. Man glaube nicht, daß einseitige Maßnahmen in der Produktion, und wenn sie noch so förderlich für die Industrie oder für die Erzeugung sind, letztlich zum Vorteil der Gesamtwirtschaft sind, falls sie zum Beispiel den Konsum nicht berücksichtigen.

Diese These hat man auch hinsichtlich der Vollbeschäftigung zu beobachten. Ich war außerordentlich erfreut, als ich gestern vom Herrn Abgeordneten Präsident Truppe zu hören bekam, daß man auch einmal untersuchen müsse, wie die Vollbeschäftigung aussieht. Es genügt nicht, daß eine Vollbeschäftigung erreicht ist, wenn die Leute in Wirklichkeit keine produktive Beschäftigung haben. Diese Vollbeschäftigung, meine Damen und Herren, kann aber nur dann aufrechterhalten werden, wenn letztlich die Konsumenten in der Lage sind, die Produktion, die aus dieser Vollbeschäftigung erwächst, aufzusaugen, zu konsumieren. Sind sie infolge falscher Maßnahmen aber nicht mehr in der Lage, die Produktion zu verzehren und zu verbrauchen, dann dauert es nur mehr eine kurze Weile, und die Vollbeschäftigung ist auch auf dem Sektor der Produktion vorbei.

Ich habe nur dieses eine Beispiel erwähnt, um Ihnen die Zusammenhänge zwischen den einzelnen von mir genannten Sektoren aufzuzeigen.

Wir verzeichnen heute in Österreich eine ganz interessante Erscheinung. Wir haben seit Jahren eine ausgesprochene Deflationspolitik seitens unserer Notenbank feststellen müssen. Wir haben seit je das Bestreben der Verantwortlichen gesehen, die Inflation zu verhindern. Es wurden immer wieder Teilmaßnahmen getroffen, um eine Inflation zu verhindern. Es wurden also mit einem Wort deflationistische Maßnahmen getroffen. Trotz dieser Bestrebungen, trotz Drosselung der Kredite und trotz der Deflationspolitik der Nationalbank leben wir unter den Auswirkungen einer ausgesprochenen Inflation. Es ist selbstverständlich, daß es Aufgabe der Verantwortlichen sein müßte, diese sonderbaren Zustände zu untersuchen, um einen Ausweg zu finden. Da ist meines Erachtens das Wichtigste das Vertrauen. Denn entweder ist eine Währung durch einen entsprechenden Goldschatz in den Tresoren des Noteninstitutes gedeckt und gesichert, oder diese Währung hat auf Grund der Arbeitsleistung des Volkes das Vertrauen des Volkes. Es war Ihnen, meine Damen und Herren der Regierungskoalition, bis heute nicht möglich, das Vertrauen des österreichischen Volkes zur österreichischen Währung herzustellen. Nun haben Sie aber auch kein Gold in den Tresoren und Sie haben auch keine Devisen in der Bank. Dadurch fehlen aber die Spareinlagen der österreichischen Bevölkerung.

Ich bin durchaus der Meinung, daß eine Erhöhung des Banknotenumlaufes in Österreich unerträglich ist. Ich bin der Meinung, daß die Höhe des Banknotenumlaufes im Verhältnis zur vorhandenen Gütermenge — und lediglich auf diese Relation kommt es ja an, nicht auf die Höhe der Zahl an sich — durchaus befriedigend, wenn nicht schon zu groß ist. Trotzdem sehen Sie, daß gerade in den kleineren Industrien, in den mittleren und kleineren Gewerbebetrieben eine ausgesprochene Kapitalsnot herrscht, daß gerade die Mittelbetriebe in Österreich — ich werde später darauf noch zu sprechen kommen, welche Wichtigkeit gerade diese Betriebe im österreichischen Wirtschaftsleben haben — die sosehr benötigten kurzfristigen Kredite für die Saison, die in den einzelnen Sparten anläuft, nicht bekommen können.

Wo haben aber diese Wirtschaftszweige früher ihre Kredite hergenommen? Sie haben sie vom Sparkapital der gesamten Bevölkerung genommen. Sie haben die Kredite von den

Sparkassen, von den Genossenschaftsbanken usw. bekommen. Heute sind diese Banken nicht in der Lage, diese Kredite zu geben. Es ist also augenscheinlich, daß von dem vorhandenen, in gewisser Hinsicht vielleicht sogar zu hohen Banknotenumlauf soundso viele Millionen oder Milliarden in falsche Kanäle geleitet werden.

Durch diesen Zustand des Mißtrauens der österreichischen Währung gegenüber besteht natürlich auch ein die Volkswirtschaft schädigendes Drängen nach Sachwerten. Da aber auch in einer sogenannten freien Wirtschaft, wie der unseren, trotz aller Lenkungsmaßnahmen immerhin noch das Gesetz von Angebot und Nachfrage gilt, muß sich dieser Zustand natürlich ungünstig auf die Gesamtwirtschaft auswirken. Es wäre daher eine der vornehmsten Aufgaben der österreichischen Wirtschaftsführung, in allererster Linie das Vertrauen zur Währung herzustellen. Dies ist schwer, und besonders schwer, wenn man sieht, daß ein 7 Millionen-Volk ein 20 Milliarden-Budget zu ertragen hat.

Noch etwas anderes hemmt ein Aufblühen der österreichischen Wirtschaft außerordentlich: unsere Steuergesetzgebung. Man sage nicht: Wir haben diese und jene Ausgaben und müssen daher diese Einnahmen erzielen, also sind diese Steuern notwendig. Selbstverständlich müssen die Steuern den Notwendigkeiten angepaßt werden. Aber erstens wäre es schon lange an der Zeit gewesen, eine Vereinfachung der Steuergesetzgebung durchzuführen, und zweitens wäre es vor allem auch notwendig gewesen, eine Änderung in der Progression der Lohn- und Einkommensteuer durchzuführen. Das ist eine Frage, meine Damen und Herren, die das ganze Volk, den Arbeitnehmer und den Arbeitgeber, den Angestellten und Arbeiter, den Universitätsprofessor usw., kurz jeden in Österreich berührt. Denn die Steuerprogression, die wir in Österreich heute haben, ist doch nichts anderes als ein Hemmnis für eine Mehrleistung. Darüber müssen wir uns doch klar sein, daß wir nach einem verlorenen Krieg, nach so ungeheuren Substanzverlusten nicht allein mit normalen Leistungen wieder zu einem gesunden Wirtschaftsleben kommen können, sondern nur einzig und allein durch Überleistungen. Wenn aber Überleistungen, wie dies durch die Steuerprogression der Fall ist, bestraft werden, dann kann man wohl solche Überleistungen vom Staatsbürger nicht erwarten.

Schließlich ist es auch der fehlende Wettbewerb, der die gesunde Entwicklung des österreichischen Wirtschaftslebens hindert. Wir haben in der Landwirtschaft marktregelnde Gesetze und wir haben in der gewerblichen

2820 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

Wirtschaft das Untersagungsgesetz. Ich bin nicht der Meinung, daß das Untersagungsgesetz ausschließlich das Ausschlaggebende ist und daß durch dessen Wegfall die österreichische Wirtschaft schon gesund wäre; aber es ist eines der Beispiele, die man besonders anführen kann, um zu zeigen, daß es bisher trotz einer allgemein herrschenden Ansicht nicht möglich war, dieses Untersagungsgesetz abzuschaffen. Es ist mir bekannt, daß der Herr Minister für Handel und Wiederaufbau schon, wie ich glaube, vor länger als einem Jahr einen diesbezüglichen Antrag an den Ministerrat gerichtet hat. Dieser Antrag wurde im Ministerrat nicht angenommen. Es ist mir bekannt, daß die Fachleute, die Beamten im Ministerium der Meinung sind, daß dieses Untersagungsgesetz fallen muß. Ich habe dieselbe Meinung von Abgeordneten der SPÖ gehört, ich habe dieselbe Meinung von Abgeordneten der ÖVP gehört; aber es rührt sich nichts. Warum bleibt man denn an diesem Untersagungsgesetz so starr hängen? Ich sehe dazu gar keine Notwendigkeit, denn die Nachteile dieses Gesetzes sind weit größer. Glauben Sie nicht, daß ich einer willkürlichen freien Marktwirtschaft das Wort rede. Ich bin durchaus nicht der Auffassung, daß für Österreich das amerikanische System der völligen Handels- und Gewerbefreiheit zuträglich wäre. Ich bin der Auffassung, daß die Bevölkerung ein Anrecht hat, von vornherein zu wissen, daß sie bei Leistungen aus dem Handel und der gewerblichen Wirtschaft von Fachleuten bedient wird und eine Sicherheit dafür hat, daß der Preis der Waren entsprechend der Auszeichnung durchaus gerechtfertigt ist; ich glaube nur, daß die Bestimmungen des Gewerberechts vollkommen genügen, um der österreichischen Bevölkerung diesen Schutz zu geben.

Wir sehen heute trotz des Untersagungsgesetzes eine gewaltige Übersetzung im Handel und im Gewerbe. Es gibt beispielsweise dreimal soviel Textilgroßhändler wie 1937, es gibt doppeltsoviel Parfümeriewarengroßhändler wie im Jahre 1937, und es wird mir doch niemand sagen können, daß die Warenmenge, die zur Verteilung steht, größer ist als im Jahre 1937. Welchen Schutz hat also in dieser Hinsicht das Untersagungsgesetz geboten? Es hat doch dem Zweck, dem es ursprünglich dienen sollte, das heißt einer Übersetzung des betreffenden Berufszweiges vorzubeugen, nicht gedient. Aber es hat etwas anderem gedient, es hat dazu gedient, daß Leute, die einen Gewerbeschein hatten, diesen Gewerbeschein, ohne Arbeit zu leisten, verpachtet oder verkauft haben, und es hat dazu geführt, daß der Protektion und der Korruption Tür und Tor geöffnet wurde. *(Abg. Dr. Herbert Kraus: Sehr richtig!)*

Ich glaube nicht daran, daß dann, wenn das Untersagungsgesetz fällt, ein tüchtiger Gewerbetreibender, ein tüchtiger Handelstreiber dadurch zu Schaden kommen könnte. Vor allem sind ja die Schwierigkeiten, heute ein Unternehmen zu gründen, außerordentlich groß; es bedarf doch erstens eines Kapitals, zweitens der Lokale und drittens der Kenntnisse. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt der Gewerbefreiheit im Sinne der amerikanischen Ansicht, sondern wir sind der Meinung, daß der Betreffende, der also, wie ich früher erwähnt habe, in die zweite Säule der Wirtschaft, in die Verteilung, eingebaut ist, Gewähr dafür bieten muß, daß er diese Verteilung, die Aufgaben der Verteilung im Sinne und im Interesse des gesamten Volkes durchzuführen in der Lage ist. Daher sind wir der Meinung, daß er einen Befähigungsnachweis zu erbringen hat. Allerdings ist es klar, daß sich, wenn man den Kammern die Beurteilung dieses Befähigungsnachweises allein überläßt, auch hier wieder allzu leicht Protektion einschleichen könnte. Ich bin daher dafür, daß man bei den entsprechenden Prüfungen zur Erlangung einer Meisterwürde den Prüfungskommissionen der Kammern einen Vorsitzenden aus der Verwaltung, von der Behörde, beigibt, so wie ja auch bei einer Maturitätsprüfung ein objektiver Vorsitzender die Sitzung leitet. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß derjenige, der einmal seine Vorschule und Schulung, seine Lehr- und Gesellenjahre hinter sich und seine Meisterprüfung abgelegt hat, dann auch nicht weiter behindert werden darf und das Recht haben muß, sein Gewerbe auszuüben, wo und wie er will. *(Beifall beim KdU.)* Wir sind das besonders auch jenen Österreichern schuldig, die während des Krieges draußen standen und heute schwer um ihre Existenz ringen müssen.

Ich möchte mich nun etwas mit der Produktion in Österreich beschäftigen. Wie kritisch hier die Situation ist, mag man vielleicht daraus ersehen, daß wir wohl eine um zirka 10 bis 15 Prozent höhere Produktion als im Jahre 1937 haben, jedoch zur Erzeugung der aus dieser Produktion hervorgehenden Gütermenge um 60 Prozent mehr Beschäftigte haben. Ich setze das deshalb an die Spitze dieses Absatzes, weil daraus klar hervorgeht, daß die Produkte gegenüber 1937 wesentlich verteuert sind. Das verfügbare Sozialprodukt liegt vielleicht um 10 bis 15 Prozent höher als in der Vorkriegszeit, aber es müssen damit noch 60 Prozent zusätzlich in den Produktionsprozeß eingeführte Mitbürger bezahlt und versorgt werden. Weiter muß man sich vor Augen halten, daß das Zahlungsdefizit Österreichs zirka 200 Millionen Schilling betragen wird. Der

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2821

Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau hat die Summe etwas niedriger angegeben, aber es spielt schließlich keine Rolle, ob es bei 180 oder 200 Millionen liegt. Ich befürchte aber, daß ich mit meinen 200 Millionen recht haben werde — wenn sie nicht sogar überschritten werden.

Wir haben weiter festzustellen, daß jetzt ein viel größerer Teil des Sozialprodukts als in den Jahren vor dem Krieg in Österreich in Investitionen gesteckt wird. Und da steigt in mir gesteriger Gedanke auf: Ich bestreite keineswegs, daß seit 1945 sehr viel gebaut wurde, daß in Österreich sehr viel investiert wurde, aber ebenso sicher ist, daß vor dem letzten Krieg Jahrzehnte hindurch ebenfalls große, entscheidende Bauten durchgeführt worden sind. Diese Bauvorhaben vor dem letzten Weltkrieg sind aber keineswegs aus einem Jahresbudget gedeckt worden. Ja sie sind zum Teil nicht einmal von einer Generation bezahlt worden, sondern die Bezahlung dieser Bauvorhaben und dieser Investitionen ist auf eine, zwei und drei Generationen verteilt worden. Das war durch Aufnahme von langfristigen Staatskrediten, durch Ausgabe von Obligationen usw. möglich. Ich glaube nicht daran, daß es möglich ist, daß man fast drei Viertel aus dem Volkseinkommen investieren kann; denn wenn Sie die Gelder der Marshall-Hilfe und die in Österreich durchgeführten Investitionen betrachten, so machen die Marshall-Gelder ein Viertel aus. Mit anderen Worten: Die Investitionen sind zu einem Viertel aus Marshall-Geldern gedeckt worden, es kommen also rund drei Viertel aus österreichischen Steuererträgen. Ich glaube, daß dies nicht einmal in einer normalen und gesunden Wirtschaft, auch unter Berücksichtigung einer gesunden Weltwirtschaft, möglich ist und durchgeführt werden kann, ohne zu irgendwelchen inneren Komplikationen zu führen.

Es ist selbstverständlich zu begrüßen, daß der veraltete Maschinenpark in Österreich erneuert wird. Ständen wir doch in Österreich leider vor der Tatsache, daß die neuen Maschinen zum Teil fortwanderten, während die alten Maschinen zum Teil kaum mehr gebrauchsfähig waren.

Ich habe erst letzthin von maßgeblicher Stelle erfahren, daß statistisch erhoben wurde, daß von den in Österreich befindlichen Textilmaschinen derzeit 30 Prozent nicht ausgenützt sind. Diese Tatsache hat mich angeregt, zu untersuchen, wie das möglich ist. Wir haben sehr viele Textilmaschinen besonders aus Amerika und England importiert. Es sind für diesen Zweck maßgebliche Beträge an Marshall-Geldern zur Verfügung gestellt wor-

den, und es ist das sicherlich ein großer Vorteil für die österreichische Wirtschaft gewesen. Aber Sie sehen, man hat etwas vergessen.

In Amerika schmeißt jeder Betrieb je nach der Art der Lagerung nach vier oder fünf Jahren seine Maschinen hinaus und ersetzt sie durch neue, weil diese neuen Maschinen eine wesentliche Mehrleistung ergeben, wodurch eine Verbilligung des Sozialproduktes eintritt. Was geschieht dort mit den alten Maschinen? Die alten Maschinen werden verschrottet. In Österreich haben die Unternehmer die neuen Maschinen bezogen, aufgestellt und die alten Maschinen weiterverkauft. Mit Hilfe dieser alten Maschinen sind neue Betriebe entstanden, die selbstverständlich in ihrer Leistungsfähigkeit hinterstanden. Nur infolge der allgemeinen Verknappung und der großen Nachfrage speziell auf dem Gebiete der Textilwirtschaft haben diese Unternehmungen überhaupt eine Lebensmöglichkeit erhalten. Diese Tatsache ist aber völlig volkswirtschaftsfremd und nicht im Interesse des Aufbaues der Wirtschaft gelegen. Es wäre also richtiger gewesen, wenn man denjenigen Firmen, denen man die Kredite eingeräumt hat, um sich damit neue Maschinen anzuschaffen, gleichzeitig die Auflage erteilt hätte, die alten Maschinen zu verschrotten.

Außerdem wird die Produktion in Österreich sehr wesentlich durch die Art der Durchführung der Investitionen und der Kreditpolitik beeinflußt. Wir sehen, daß seit Jahren die Mittel hauptsächlich in die Grundstoffindustrie gesteckt werden. Grundstoffindustrie und Energiewirtschaft sind diejenigen Gebiete, die fast ausschließlich mit Investitionskrediten versehen und in der Kreditpolitik bevorzugt werden. Wenn von den Counterpart-Mitteln von 4,1 Milliarden Schilling in die Grundstoffindustrie 70 Prozent und in die Zellulose- und Papierindustrie 11 Prozent gesteckt werden, hingegen in die Halb- und Fertigwarenindustrie — und das sind zwei Drittel des Industriepotentials in Österreich — nur 18 Prozent und in das Gewerbe, in dem fast die Hälfte der österreichischen Erwerbstätigen beschäftigt sind, nur 0,4 Prozent — das sind sage und schreibe 14 Millionen Schilling — hineingepumpt werden, ist es klar, wohin das führen muß.

Damit komme ich wieder auf das, worauf ich am Anfang hingewiesen habe. Da sehen Sie die Zerrissenheit der österreichischen Wirtschaftsführung, da sehen Sie aber auch die Bevorzugung der Idee der Verstaatlichung, die Idee der Förderung des Staatskapitalismus und der Störung und — ich möchte fast schon sagen — Erdrosselung der Privatwirtschaft.

2822 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

Meine Damen und Herren! Sie werden sich entscheiden müssen, entweder das eine oder das andere zu tun; beides zusammen aber führt, wie Sie sehen, weder zu einem Erfolg auf der Seite der Idee des Staatskapitalismus noch zu einem Erfolg auf der Seite der privaten Wirtschaft. Es ist also notwendig, hinsichtlich der in die Produktion hineingeworfenen Investitionen eine Änderung herbeizuführen und nur dort Investitionen vorzunehmen, wo sie sich möglichst bald real auswirken. Wir sind heute nicht in der Lage, Investitionen durchzuführen, deren Auswirkungen vielleicht erst in zehn oder fünfzehn Jahren eintreten. Selbstverständlich muß auch für solche Projekte ein Teil der verfügbaren Investitionsgelder zur Verfügung gestellt werden, aber keineswegs darf das in einem solchen Verhältnis erfolgen, wie es bisher geschehen ist.

Bei der Verteilung der produzierten Güter sind wieder zwei Sparten zu berücksichtigen: erstens der Inlandsmarkt und zweitens der Export.

Die Versorgung des Inlandsmarktes ist — man kann wohl sagen — nach einem kurzen, günstigen Ansteigen nach 1945 wieder zurückgesunken, und von einer richtigen Versorgung und Verteilung der Wirtschaftsgüter kann wohl keine Rede mehr sein. Die Butterkrise, Fleischkrise und Eisenkrise und so fort sind deutliche Beispiele, daß es in der Verteilung der österreichischen Güter auf dem Inlandsmarkt mangelt, daß zumindestens die Führung nicht richtig ist.

Es ist ja so — und dies rächt sich hier selbstverständlich wieder —, daß immer nur Teillösungen gemacht wurden. Man hat Jahre hindurch gesehen, wie die Landwirtschaft ihre Produkte zu Preisen abgeben mußte, die dem Erzeuger nicht nur keinen Anreiz zur Erzeugung boten, sondern ihm einen direkten Verlust brachten. Erst dann, als man gesehen hat, daß man die Waren einfach nicht mehr bekommt, um damit die Bevölkerung versorgen zu können, hat man eingegriffen und auch der Landwirtschaft kostendeckende Preise zuerkannt. Es kam dann zum berühmten 5. Lohn- und Preisabkommen, dessen Auswirkungen wir ja alle heute noch zur Genüge spüren. Aber man hat immer und immer wieder nur irgendeinen Teil der Wirtschaft, der sich entweder am meisten oder am lautesten bemerkbar machen konnte oder bei dem die Lage am katastrophalsten war, berücksichtigt. Man hat aber nie berücksichtigt, daß man niemals nur Einzelmaßnahmen treffen kann, ohne gegen das Gesamtinteresse zu verstoßen. Es ist festgestellt worden, daß wir, um den Ausfall an Marshall-Hilfe ausgleichen zu können, eine Exportsteigerung von minde-

stens 250 Millionen Schilling im Monat benötigen.

Damit komme ich auf ein Kapitel, das vielleicht das traurigste in der österreichischen Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgebarung ist, das ist der Export und die Exportlenkung. Genau auf den Tag vor einem Jahr habe ich von diesem Pult aus die Meinung vertreten, daß die Aufhebung der Bewilligung von Kompensationsgeschäften voriges Jahr zu früh erfolgt ist, daß die österreichische Wirtschaft und die gesamte Weltwirtschaft noch nicht soweit sind, um auf das Mittel des Güteraustausches durch Kompensationsverkehr verzichten zu können. Heute, nach einem Jahr, können Sie von prominenten Wirtschaftsführern lesen und aus ihren Reden hören, daß man unter anderem auch wieder zu Kompensationsgeschäften schreiten müsse und solche Kompensationsgeschäfte wieder zulassen solle. Was waren denn schließlich und endlich die Messengeschäfte anderes? Die sogenannten „Adressierten Clearings“, die bei den Messen abgeschlossen worden sind, waren ja letzten Endes auch nichts anderes als Kompensationsgeschäfte. Man hat die Kompensationsgeschäfte verboten, weil es durch sie einzelnen Firmen und Unternehmen möglich war, sich unrechtmäßige Vermögen im Ausland zu schaffen. Glauben Sie nicht, daß ich dem auch nur ein Wort rede. Ich bin aber der Meinung, daß man Kompensationsgeschäfte nicht deshalb verbieten darf, weil die Kontrolle vielleicht etwas schwieriger ist. Es lassen sich auch Kompensationsgeschäfte ohne weiteres kontrollieren. Das sehen wir ja bei den Messengeschäften.

Es ist aber sicherlich auch nicht exportfördernd, wenn man die Belassungsquoten überhaupt streicht. Etwas anderes ist es, wenn man bezüglich einer Kontrolle der Verwendung dieser Belassungsquoten für Exportgeschäfte irgendwelche Vorsorgen trifft. Sie sagen doch beim Einheben des Zolls und bei den Zollgrenzen auch nicht: Machen wir keine Zollgrenzen, denn damit wird nur der Schmuggel eingeführt! Sie heben ja auch Zölle ein und stellen Zollgrenzen auf, obwohl Sie wissen, daß dann geschmuggelt wird. Sie können ruhig Kompensationsgeschäfte zulassen, denn Sie werden damit den Export fördern, und das ist letztlich, glaube ich, wohl eine Lebensfrage für die weitere Aufrechterhaltung der österreichischen Wirtschaft.

Es muß auch viel mehr darauf Bedacht genommen werden, daß hauptsächlich lohnintensive Halb- und Fertigwaren exportiert werden. Selbstverständlich können wir aus dem Ausland nicht nur Rohstoffe

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2823

importieren und nur Fertigwaren ins Ausland exportieren. Jeder Staat ist natürlich am Export von Waren interessiert, die ihm volkswirtschaftlich am meisten eintragen. Wir müssen also auch weniger lebenswichtige Produkte aus dem Ausland beziehen — das ist mir vollkommen klar —, aber beides muß in einem richtigen Verhältnis stehen. Ich könnte lange darüber reden und Ihnen eine ganze Liste vorlegen, die zeigt, daß diesem Prinzip in den letzten Jahren stets und ständig entgegengehandelt wurde.

Was aber den Außenhandel, der für Österreich von so eminenter Wichtigkeit ist, am meisten hemmt und was einen Aufstieg und eine Gesundung der österreichischen Wirtschaft am meisten erschwert, das ist die Behinderung des Außenhandels.

Wir haben in Österreich auf Grund der Verfassung die Ministerverantwortlichkeit. Es ist eine sonderbare Erscheinung, daß man auf einem der wichtigsten wirtschaftlichen Gebiete, auf dem Gebiet des Außenhandels, den an sich eigentlich Verantwortlichen, den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, überhaupt nicht verantwortlich machen kann, denn er hat es gar nicht in der Hand, hier irgend etwas durchzuführen, was er für richtig hält. Ein sonderbarer Zustand, ein Zustand, der nicht einmal in unsere Demokratie hineinpaßt; denn sie müssen mir doch zugeben, daß ein Beirat, der praktisch die Verantwortlichkeit des Ministers ausschaltet und mit einer Vetostimme versehen ist, alles eher als demokratisch ist, vielmehr allzusehr die Anzeichen östlicher Wirtschaftsformen trägt.

Es gibt doch sehr zu denken, wenn der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau erklären muß, daß während seiner ungefähr zehntägigen Abwesenheit von Wien dieser Außenhandelsbeirat überhaupt nicht gearbeitet hat und die Anträge überhaupt nicht erledigt wurden. Es muß doch zu denken geben, wenn Aus- und Einfuhransuchen wochenlang bei dieser Zentralstelle liegen und nicht erledigt werden.

Das kann man im bürokratischen Getriebe eines Ministeriums machen, wo es sich um irgendwelche Inlandsfragen handelt, wo es gleichgültig ist, ob das betreffende Gesetz oder die Verordnung heute oder in einem halben Jahr herauskommt; aber in der Wirtschaft ist das ein unmöglicher Zustand, denn in der Wirtschaft hat man immer mit auswärtigen Partnern zu tun, und diese Partner können nicht verstehen, daß in Österreich die Zustimmung, die Bewilligung für ein Geschäft Wochen und Monate dauert. Diese Partner machen dann eben ihre Geschäfte mit jemand anderem.

Es ist selbstverständlich, daß solche Institutionen die Protektion ermöglichen, und das ist außerordentlich bedauerlich, denn von der Protektion ist der Weg zur Korruption nicht weit.

Der Rechnungshof hat festgestellt, daß die Gebarung der ZAE einwandfrei und die Bezahlung der Beamten dort miserabel ist. Es ist bedauerlich, daß Leute, die beschäftigt werden müssen, schlecht bezahlt werden. Sie können sicherlich persönlich nichts für diese Zustände, denn daran hat einzig und allein das System die Schuld, aber ich bin völlig überzeugt, daß selbst diese schlechte Bezahlung und der ganze Aufwand der ZAE nicht nur umsonst sind, sondern auch die österreichische Gesamtwirtschaft um Millionen und Abermillionen im Jahre schädigen. (*Zustimmung beim KdU.*)

Ich möchte nun auf das Kapitel der Verteilung der Konsumgüter und auf die Worte des Herrn Abg. Truppe hiezu — er hat gestern vom funktionslosen Handel gesprochen — Bezug nehmen. Damit wir uns gleich verstehen: Ich habe nicht die Absicht, für den funktionslosen Groß- oder Kleinhandel auch nur ein Wort einzulegen. Ich bin überzeugt, daß jeder richtige und ordentliche Kaufmann oder Gewerbetreibende dafür nichts übrig hat und es jedem nur recht ist, wenn dieser funktionslose Groß- oder Zwischenhandel ausgeschaltet wird. Aber wenn man die Worte des Herrn Abg. Truppe gehört hat, dann mußte man fast den Eindruck gewinnen, als ob es in Österreich überhaupt nur einen funktionslosen Großhandel gäbe. Und das möchte ich richtigstellen.

Auch der Großhandel hat seine Funktion, auch er erfüllt seine Aufgaben. Ein Großunternehmen — und auch auf das hat der Hauptredner der SPÖ hingewiesen —, das die Verteilung seiner Ware an den Konsumenten oder an den Letztverteiler selbst durchführt, braucht einen eigenen Verkaufsapparat. Ein solches Unternehmen braucht aber auch mehr Kapital. Denn was ist der Zweck des Großhandels? Der Zweck des Großhandels ist, die Produktion finanziell zu entlasten. Dies ist die Aufgabe des Großhandels, und wenn er hier nicht eingeschaltet ist, dann braucht eben die Produktion mehr Kapital, um die Kreditgebung bis zum Letztverteiler durchführen zu können.

Es ist also nicht so, daß der Großhandel an sich keine Aufgabe hätte. Es ist Aufassungssache, ob ein Erzeugungsbetrieb seine Produkte, seinen Beitrag zum Sozialprodukt, selbst verteilen will oder ob er sich dazu des Großhandels bedient. Der Großhandel ist aber keineswegs funktionslos, wenn er seiner Aufgabe in dem von mir erwähnten Sinn gerecht wird.

2824 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit überhaupt davon sprechen, daß man in Österreich sehr geneigt ist, immer einen Verantwortlichen zu suchen und der Öffentlichkeit immer dann, wenn irgend etwas nicht gestimmt hat, irgend jemanden sozusagen zum Fraße vorzuwerfen. Und so ist es immer wieder der Handel, von dem gesagt wird, daß er die Waren verteuert und sie zurückhält. (*Abg. Dr. Migsch: Na, macht es denn der Herr Maier? Wer tut es denn?*)

Meine Damen und Herren! Ich stehe auf dem Standpunkt: Wenn die Verantwortlichen, die schließlich alle Macht im Staate in der Hand haben, die Wirtschaft so führen, wie sie geführt sein soll, dann braucht es keine Schuldigen. Nur wenn die Wirtschaft irreführt wird, wenn Verhältnisse geschaffen oder zugelassen werden, die unnatürlich sind, die, sagen wir, die negativen Anlagen in den einzelnen Staatsbürgern mehr als die positiven zum Leben erwecken, erst dann kommt es zu Ausschreitungen und zu Überschreitungen von Verordnungen und Gesetzen.

Schaffen Sie eine gesunde Grundlage für die Wirtschaft, und Sie werden sehen, daß Preisüberziehungen und Warenzurückhaltungen ganz von selbst aufhören. Aber wenn Sie natürlich demjenigen, der sich letzten Endes selbst erhalten muß, der sich sein Geld verdienen muß, der auch für sein Alter selbst vorsorgen muß, nur Prügel zwischen die Füße werfen, wenn Sie ihn in seiner Arbeit nur hemmen, ist es selbstverständlich, daß er nach Auswegen sucht. (*Abg. Weikhart: Also bleibt alles so, wie es ist!*) Es soll nicht so bleiben, wie es ist, Herr Weikhart. Ich spreche jetzt schon so lange zu Ihnen und sage es Ihnen immer wieder: Schaffen Sie eine Grundlage, die gesund ist! Meine Herren, provozieren Sie nicht Verhältnisse und führen Sie nicht Anprangerungen durch, die der Wahrheit nicht entsprechen! (*Abg. Horn: In der Beziehung sind Sie Capo, bei Sachen, die nicht der Wahrheit entsprechen! Erinnern Sie sich an den Ausschuß!*) Herr Abg. Horn! Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, Sie sollen nicht so unsachliche Zwischenrufe machen. Sie greifen mich immer persönlich an. Sie zwingen mich zu einer Entgegnung. Das Horn ist ein deutliches Merkmal des Rindviehs. (*Heiterkeit. — Abg. Horn: Das ist eine Gemeinheit! — Ruf bei der SPÖ: Sie Provokateur!*) Benehmen Sie sich nicht so, daß man den Horn als wesentliches Merkmal der Sozialistischen Partei bezeichnen muß. (*Heiterkeit beim KdU. — Abg. Horn: Sie Faschist! Sie sind das gleiche geblieben, was Sie schon immer waren! Das haben Sie im Ausschuß bewiesen, Sie Faschist!*) Herr Kollege Horn, ich habe Ihnen weiter gesagt, daß Schimpfworte für mich keine

Argumente sind. Sie können aber dann heraufgehen und können mir widersprechen und das, was ich gesagt habe, widerlegen. Das wird viel mehr Eindruck auf die Damen und Herren Abgeordneten machen und vor allem viel mehr Eindruck auf die Zuhörer, als wenn Sie hier mit unsachlichen Argumenten und Schimpfworten gegen mich operieren. (*Abg. Weikhart: Einschlüfernder Eindruck!*) Es wäre vielleicht manchmal besser, Sie würden schlafen statt reden. (*Erneute Heiterkeit.*)

Diese Erschwerung der Außenhandelspolitik ist deshalb so besorgniserregend, weil — das ist kein Originalausspruch von mir, es ist von viel Prominenteren gesagt worden — das Um und Auf der Gesundheit der österreichischen Wirtschaft davon abhängt, ob wir in der Lage sind, den Export in entsprechender Weise zu steigern. Diese Steigerung des Exportes hängt aber letztlich nicht nur von der Produktion und von der Gestaltung der Verhältnisse in der Produktion, sondern auch davon ab, wie man dieser Produktion den Export ermöglicht. Sehen sie, da kann ich auch nur wieder sagen, daß man sich endlich einmal entscheiden muß, ob wir auf dem Gebiete des Exports die Privatinitiative arbeiten lassen oder ob wir alles nach bürokratischen, dogmatischen Standpunkten und mit Vetostimmen lenken. Ich bitte daher noch um einige Minuten Gehör, denn es liegt mir daran, Ihnen an einem Beispiel zu zeigen, wie man es nicht machen soll.

Vor ungefähr eineinhalb Jahren hat eine Wiener Firma, deren Chef vor dem Krieg längere Zeit im Iran war und die Verhältnisse im Nahen Osten außerordentlich gut kennt, eine Gesellschaft gegründet. Ich möchte gleich erwähnen, daß die Gründung dieser Gesellschaft mit ausländischem und inländischem Kapital erfolgte und nicht irgendwie so eine verdeckte Hintenherum-Gründung war, sondern im Einvernehmen mit der Nationalbank vor sich ging. Diese Firma beziehungsweise der Inhaber der Firma hat es sich zur Aufgabe gestellt, Handelsbeziehungen zwischen dem Iran und Österreich herbeizuführen und darauf hinzuarbeiten, daß ein Handelsvertrag zwischen Österreich und Iran zustandekommt. Er hat diesbezügliche Verhandlungen geführt und dann das Ergebnis dieser Verhandlungen dem Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau in einem Schreiben vom 26. Oktober 1950 mitgeteilt.

Der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau hat darauf folgend geantwortet: „Sehr geehrter Herr! Den Empfang Ihres Schreibens bestätigend, danke ich Ihnen für Ihre Mitteilungen und gebe Ihnen bekannt, daß von österreichischer Seite eine Intensi-

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2825

vierung des Warenaustausches zwischen Österreich und Iran begrüßt wird. Eine endgültige Stellungnahme ist jedoch erst möglich, wenn die näheren Angaben über den Umfang des Warenaustausches bekannt sind und diesbezügliche Anträge bei den zuständigen Behörden vorliegen. Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung Dr. Kolb.“

Sie sehen: volles Verständnis seitens des Herrn Bundesministers. Und die Verhandlungen liefen weiter. Es kam zu Verhandlungen in Paris. Zu diesen Verhandlungen wurde dieser Firmeninhaber geschickt und gleichzeitig Vertreter der Regierung und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Es wurde dort bereits eine Liste der auszutauschenden Waren aufgestellt, und es wurden konkretere Unterlagen festgelegt. Der betreffende Unternehmer begab sich darauf mit einem Empfehlungsschreiben des iranischen Gesandten in Paris nach Teheran und sprach dort bei den zuständigen Stellen vor. Er erhielt vom Ministerpräsidenten ein Schreiben folgenden Inhalts: „Auf Grund Ihres Besuches habe ich Anweisung gegeben, Ihren wirtschaftlichen Vorschlägen die notwendige Hilfe und Unterstützung angedeihen zu lassen. Ministerpräsident Rasmara, eh.“

Weiters schrieb der Vizepräsident des Siebenjahrplanes der Präsidentschaft des Reichstages Iran folgendes Schreiben an den österreichischen privaten Unterhändler: „Auf Grund unserer persönlichen auf das herzlichste geführten Freundschaft habe ich mich stets bemüht, in gerechter Weise gemeinsame wirtschaftliche Interessen der Länder Iran und Österreich aufrichtig zu vertreten. Sie können die Versicherung entgegennehmen und davon das Handelsministerium in Österreich in Kenntnis setzen, daß ich als Abgeordneter des Reichstages und Vizepräsident des Siebenjahrplanes der Präsidentschaft des Reichstages alles daransetzen werde, daß das Waren- und Zahlungsabkommen zwischen Iran und Österreich schnellstens zustandekommt. Sie haben durch seine Exzellenz den Herrn Dr. Tafari den iranischen Vorschlag zum Warenaustausch erhalten und hoffe ich, daß der Gegenvorschlag Ihrer verehrten Regierung ebenfalls schnellstens der iranischen Regierung überreicht wird. Medi Arab, Vizepräsident.“ (Abg. Olah: Der Ali Baba!) Ich habe nichts anderes erwartet, Herr Horn, als daß Sie das zum Lachen reizt. (Abg. Maria Kren: Der war es gar nicht! — Heiterkeit. — Abg. Horn: Ich werde Ihnen etwas sagen: Sie haben das Merkmal des Rindviehs gar nicht notwendig, Sie sind es ohne dieses Merkmal!) Sie haben mich falsch verstanden, ich habe Sie gar nicht gemeint mit dem Rindvieh! (Abg. Horn: Sie haben mich falsch verstanden!) Ich habe nur gesagt:

„das“ Horn! Ich habe persönlich, Herr Horn, nichts gegen Sie, wirklich nicht. (Abg. Rosa Jochmann: Es haben auch Ihre Klubkollegen gelacht!) Es hat ihnen gefallen, sicherlich, davon bin ich überzeugt. (Abg. Neuwirth: Uns hat es auch gefallen! Wir haben Sinn für Humor! — Abg. Krippner: Sie haben also freundlich gelacht! — Zwischenruf der Abg. Rosa Jochmann.) Ah, Sie glauben, meine Klubkollegen haben über mich gelacht? Oh, das glaube ich nicht. (Abg. Horn: Sie brauchen garnichts zu sagen! Sie sind schon so lächerlich!) Schauen Sie, unterhalten Sie sich halt ein bißchen, es ist ja sonst ohnehin so traurig.

Präsident Böhm: Ich bitte den Redner fortzufahren.

Abg. Ebenbichler (fortsetzend): Es kam zu einem unter Mitwirkung der österreichischen Stellen ausgearbeiteten Vorschlag für einen Handelsvertrag, den ich im Original hier habe. Es kam dann zu einer Aufstellung von Waren, die mit der Gegenseite ausgetauscht werden sollten. Ich bin genötigt, Ihnen einige Sachen davon vorzulesen, um Ihnen aufzuzeigen, wie interessant dieser Handelsvertrag für Österreich gewesen wäre. Denn die Iraner haben sich verpflichtet, von uns zu übernehmen: Eisenwaren, Träger, Rund-, Flach-, Winkeleisen, Eisenblech, Rohre, landwirtschaftliche Maschinen, landwirtschaftliche Apparate, Instrumente, Material für Eisenbahnen, Waggon, Lokomotiven, Straßenbaumaschinen aller Art, Wasser- und Dampfturbinen; Pumpen, mit oder ohne Elektromotoren; Motoren aller Art, elektrische und Dieselmotoren, Lastkraftwagen, Eisen- und Metallgegenstände für Bauzwecke, Elektromaterial, Werkzeuge aus Eisen und Stahl, Medikamente, fertige Holzhäuser, Woll- und Baumwollstoffe, medizinische Geräte, Lederhandschuhe, Jagdgeräte, Gold- und Silberwaren, Porzellan- und Glaswaren, optische Geräte und Instrumente sowie Papier.

Wir hätten dafür lediglich für 15 Prozent des Umsatzes Teppiche zu importieren gehabt, außerdem aber Blei, Antimon, Trockenfrüchte, Pflanzenöle, Hülsengewächse, Gedärme, Holz, Häute, Felle, Lammhäute halbverarbeitet, Heilkräuterpflanzen, Wolle, Feinwolle, Kamelhaar, Baumwolle, Baumwollabfälle, Haare, Kamelhaarwolle, tierische Seide, Wollabfälle, Knochen, Hörner, Hufe, Arbeiten in Silber und Bronze, Zigarettentabak und Pfeifentabak sowie türkische Röte, Färberröte.

Sie sehen allein aus der Aufzählung dieser Artikel, daß der Warenaustausch mit dem Iran sicherlich für Österreich sehr interessant gewesen wäre. Es werden sehr viele von Ihnen ohnehin wissen, daß Österreich und insbesondere Wien seinerzeit schließlich und endlich

2826 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

das Tor für den Handel mit dem Nahen Osten war und daß uns schon früher die besten Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit den Ländern des Nahen Ostens verbunden haben:

Nun kam der betreffende Kaufmann zurück. Ich bin jederzeit bereit, dem Herrn Bundesminister den Namen bekanntzugeben, ich habe sogar die Absicht, diesbezüglich eine Anfrage an ihn zu richten, aber ich will hier keine Propaganda für irgend jemanden machen. Sie haben gehört, wie der betreffende Unternehmer sofort vom iranischen Ministerpräsidenten empfangen wurde, obwohl er kein Regierungsmitglied und Staatsfunktionär war. Hier mußte er drei Wochen warten, bis er überhaupt vorgelassen wurde. Er schrieb an den Herrn Handelsminister, und der Herr Handelsminister antwortete darauf am 21. Dezember 1950: „Die an Sie gerichteten Schreiben persischer Persönlichkeiten in Angelegenheit des persisch-österreichischen Handelsvertrages, sowie der von Ihnen überbrachte Entwurf eines österreichisch-iranischen Handelsvertrages beziehungsweise Zahlungsabkommens wurde mit Interesse zur Kenntnis genommen. Die Angelegenheit wird in meinem Ressort weiterhin bearbeitet werden.“ Trotz Urizen und Vorsprachen bei den zuständigen Referenten ist in dieser Sache bis heute noch nichts geschehen.

Meine Damen und Herren! Dieses Beispiel wollte ich aufzeigen, um Ihnen zu beweisen, daß es so nicht geht. Führung ist gut, aber bei der Lenkung muß man sich fragen: Was lenke ich und wie weit lenke ich? Sie kommen mit Ihren Kommissionen nicht weiter. Wir stecken heute wegen der Kommissionspolitik in Österreich in dem schlimmsten Dilemma. Entweder Sie raffen sich auf, der Privatinitiative wieder den entsprechenden Raum einzuräumen, ihr wieder Geltung zu verschaffen und die Verantwortlichkeit wieder gelten zu lassen, und zwar die Verantwortlichkeit vom Minister angefangen bis zum letzten Referenten hinunter, oder Sie werden in den Wirtschaftsfragen in Österreich auch weiterhin nichts anderes als Stümperarbeit leisten.

Ich lese heute in der Zeitung: In den Verhandlungen berichtete Regierungsrat Zwerina über aktuelle Fragen des Außenhandels. Die Verhandlungen über eine Intensivierung des Exports laufen derzeit mit den einzelnen Ressortministerien, und es kann zur Stunde noch nicht gesagt werden, welchen Erfolg diese zeitigen werden. — Ein trüber Ausblick! Ich hoffe, daß diese Arbeiten angesichts dieser kritischen Lage vielleicht doch etwas schneller gehen werden als die bisherigen und daß vielleicht doch eine Gesundung der österreichischen Verhältnisse

wenigstens in einem solchen Maß erzielt werden kann, daß wir uns vor anderen Ländern, wenn es zur Vereinigung der europäischen Staaten kommt, nicht zu schämen brauchen. (*Lebhafter Beifall beim KdU.*)

Abg. Thurner: Hohes Haus! Es ist nicht nur ein Recht der Opposition, es ist ein Recht jedes einzelnen Abgeordneten, an den Zuständen und Verhältnissen Kritik zu üben. Aber dieses Recht zur Kritik im negativen Sinn birgt die Verpflichtung in sich, auch im positiven Sinn Kritik zu üben, also wohl auch das zu erwähnen, was nicht in die Kloake gehört, sondern was uns zeigt, daß hier auch aufbauende Elemente tätig sind. Wir haben sowohl gestern beim Kapitel Landwirtschaft als auch heute wieder diese negative Kritik zu spüren bekommen, an der natürlich irgend etwas dran sein muß, denn alles Werk ist Menschenwerk und mit Fehlern behaftet. (*Abg. Dr. Herbert Kraus: Es gibt hier eine Grenze!*) Unsere Aufgabe muß es sein, diese Kritik entgegenszunehmen und zu trachten, Fehler auszuschalten; aber auch der Herrgott hat es gerne gehört, daß er nach dem siebenten Tag ein Lob dafür bekommen hat, daß er die Welt doch so gut gemacht hat. Wenn ich heute zu dieser Sache spreche, möchte ich vorausschicken, daß ich als guter Patriot und Österreicher spreche, der ich durch und durch immer gewesen bin, was meinen Ausführungen eine gewisse Note zu geben vermag.

Nun zu den einzelnen Problemen. Es wird uns gesagt: Die ÖVP geht in der Wirtschaftspolitik keine gerade Linie. Es ist hier ein gewisses Schaukeln! (*Abg. Dr. H. Kraus: Ja, Ja!*) Richtig, jawohl, das gebe ich Ihnen zu, meine Herren. Aber der Manchester-Liberalismus ist eine Wirtschaftsart, an die heute kein Mensch mehr denkt, auch nicht in Österreich, Brasilien, Chile und Peru; er ist eine abgetane Sache. Wir von der Österreichischen Volkspartei vertreten den Standpunkt der freien Marktwirtschaft, die natürlich heute, wo noch gewisse Mängel in der Versorgung auftreten, noch nicht soweit ist, daß sie in geregelten Bahnen verläuft, wo in gewissem Maße gelenkt werden muß. Wir vertreten einstimmig und mit festem Willen das freie, uneingeschränkte, unbestreitbare Eigentumsrecht. Das ist das Wesentliche, und von dem weichen wir nicht ab. Es ist aber naturgemäß so, daß wir in einem Staate, der noch nicht zu seiner vollen Souveränität gelangt ist, daß wir in einem Staat, der noch nicht zu einer geordneten Wirtschaftsführung gelangen konnte, auch jenem Teil unserer Volksvertretung, der einen großen Teil der Bevölkerung vertritt und der mit uns nicht die gleiche Wirtschaftsauffassung hat, gewisse Zugeständnisse zu machen verpflichtet sind.

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2827

Wir wissen, wo die Grenze ist, und wir werden diese Grenze halten! Aber die Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Frieden in diesem Staate ist ja auch eine Aufgabe, die uns zwingt, gewisse Konzessionen zu machen; diese dürfen aber naturgemäß — das will ich unterstreichen — ein gewisses Maß nicht überschreiten.

Dieses Budget ist durch außerordentlich hohe Zahlen charakterisiert. Wenn wir in die einzelnen Kapitel — und hier dreht es sich um die Kapitel 20 und 21 — hineinschauen, so bemerken wir hier das, was überall, bei allen anderen Kapiteln ja auch auftritt, nämlich eine gewisse unbefriedigende Dotierung der einzelnen Posten. Die berechtigten Wünsche der einzelnen Ressorts können nicht so erfüllt werden, wie wir es ja alle wünschen würden.

Aber sehen Sie, gleichzeitig mit dem österreichischen Budget ist das französische Budget eingebracht worden, und wenn Sie damals die französischen Blätter — etwas anderes ist mir nicht zur Verfügung gestanden — durchgesehen haben, wenn Sie „Figaro“, „Matin“, „Journal des Débats“ usw. gelesen haben, so haben Sie gesehen, daß sich die Leute dort mit denselben Problemen beschäftigen, mit denen wir uns beschäftigen müssen.

Am 1. August habe ich in der Schweiz bei dem Fest anlässlich des Gründungstages der Schweizerischen Eidgenossenschaft von dem Redner unter freiem Himmel gehört — ich bin in diese Veranstaltung hineingeschnitten gekommen —, daß sich auch die Schweiz mit der Lohn- und Preisspirale beschäftigt. Die reiche Schweiz, die keine Kriege hinter sich hat, die immer nur an diesen Kriegen verdient hat! Auch dort bilden die Fragen Lohn und Preis und Lohn- und Preisspirale für den Versammlungsredner eine sehr wichtige Diskussionsgrundlage.

Das muß uns doch irgendwie zu denken geben und muß uns sagen, daß sich Ereignisse auf den großen Weltmärkten doch wie die Wellen im Meere fortpflanzen und daß wir am allerwenigsten von den Auswirkungen verschont bleiben konnten. Wir haben gerade während der Budgetdebatte des vorigen Jahres und wir haben es auch heuer wieder gehört, daß dieses Österreich ja doch nicht lebensfähig sei. Ja ist denn das richtig? Meine sehr verehrten Damen und Herren! Rufen wir in unserem Erinnerungsvermögen das Wissen um die letzten Jahre und Jahrzehnte wach! Wir sind aus dem ersten Kriege sehr schwer angeschlagen und aus einem großen Verband herausgerissen in eine Übergangszeit gegangen, die ja auch kein richtiger Frieden war, sind

in den zweiten Krieg hineingeschlittert und sind aus diesem zweiten Krieg ganz schwer harpuniert herausgegangen. Wir haben ein vollkommen deroutiertes Geldwesen, zerbombte Fabriken und, soweit sie nicht zerbombt waren, Fabriken vorgefunden, in denen die Maschinen demontiert waren. Unsere Wohngebäude, auf einer 25jährigen Hypothek des Mieterschutzes aufgebaut, waren zerbombt. Die Rohstofflager in unseren Fabriken waren ausgeplündert, wodurch uns die Weiterarbeit erschwert wurde. Unsere ganze Elektrizitätsversorgung ist an dem ganz dünnen Faden geblieben, der von den Draukraftwerken bis nach Wien und dem äußersten Osten unseres Landes gereicht hat. Etwas anderes stand uns ja damals noch nicht zur Verfügung. Weiter war unser Land vierfach von Mächten besetzt, die weder entsprechende Kenntnisse noch Einfühlungsvermögen für unsere Verhältnisse hatten und sich trotzdem in alles hineingemischt haben und lenkend und führend aufgetreten sind. Und schließlich hatten wir eine unterernährte Bevölkerung, die erst aufgepäppelt werden mußte, um überhaupt wieder leistungsfähig zu werden.

Das waren die Grundlagen — es war ein Vakuum da, das erst mit Luft angefüllt werden mußte —, die wir vorfinden und auf denen wir aufbauen mußten. Ja erinnern wir uns doch daran, wie damals die Verhältnisse waren! Betrachten Sie aber auch, was in diesen Jahren immerhin geleistet worden ist! Unsere Elektrizitätsversorgung ist von 3 Milliarden Kilowattstunden auf 5 Milliarden Kilowattstunden erhöht worden. Die Wirtschaft hat diese Erhöhung dringend gefordert, die Wirtschaft ist mitgegangen. Wir sehen auch auf dem Gebiete der sonstigen Grundindustrien eine kolossale Erweiterung. Aber naturgemäß erfordert der Aufbau, wenn ich mich so ausdrücken darf, eine Initialzündung, denn aus dem Nichts heraus etwas aufzubauen, das geht in einem Staate denn doch nicht so ohne weiteres. Diese Initialzündung haben wir zweifach bekommen. Zuerst war es die UNRRA-Hilfe und dann die weiteren Hilfen, die uns die einzelnen Besatzungsmächte in ernährungswirtschaftlicher Beziehung gewährt haben. Damit konnte wohl dem Hunger abgeholfen oder das Verhungern verhindert werden, aber nicht eine Ankurbelung der Wirtschaft erfolgen. Es waren österreichische Wissenschaftler, es waren österreichische Ingenieure, Techniker und es waren unsere österreichischen Fachkräfte und Arbeiter, es waren im Vordergrund unsere arbeitsbereiten, opferwilligen Unternehmer, die diese Wirtschaft wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen bestrebt waren und alles darangesetzt haben, dieses Ziel auch zu erreichen. Es war in

2828 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

späterer Folge die Marshall-Hilfe, die uns über diese ersten Schwierigkeiten hinaus mit einer ganz bestimmten Zielsetzung unter die Arme gegriffen hat. Diese Zielsetzung hat gelaute: die österreichische Produktion zu heben, den Leistungsgrad der österreichischen Erzeugungsstätten — wenn sie das Fremdwort nehmen wollen —, die Produktivität zu erhöhen und damit das Sozialprodukt hervorzubringen, das notwendig ist, um den Inlandsmarkt zu versorgen und darüber hinaus jene Wirtschaftsgüter bereitzustellen, welche für den Export notwendig sind, der uns Devisen für weitere Importe beschaffen soll.

Wieweit sind wir in dieser Hinsicht gelangt? Wir wissen, daß dieser Prozeß noch lange nicht sein Ende gefunden hat. Aber wir wissen, daß wir heute ein geordnetes Verkehrswesen haben, wir wissen, daß unsere Wohnstätten bestmöglich wiederaufgebaut werden; wir wissen, daß es auch in anderen Staaten nicht anders ist. Gerade jetzt hat ein Bürgermeister aus Deutschland Berechnungen veröffentlicht, daß man in der Stadt, der er vorsteht, bis zum Jahre 2000 brauchen wird, um die Wohnstätten wiederaufzurichten.

Wir haben in Österreich eine geordnete Stromversorgung. Wir wissen, daß auch hier noch vieles fehlt, daß die Wirtschaft immer wieder neue Forderungen stellt, die neue Anlagen erfordern — ich komme auf diese Sache noch zurück —, und wir wissen, daß auf allen Gebieten, wo wir hinschauen, ein doch alles in allem als befriedigend anzusehender Zustand eingetreten ist. Und das, glaube ich, berechtigt uns, mit Stolz festzustellen, daß wir imstande sind, diese Wirtschaft so zu führen, daß dieser Staat lebensfähig ist, weil er ja sonst zu dieser enormen Leistung gar nicht fähig gewesen wäre.

Wir können dies auch deshalb mit Stolz sagen, weil sich andere Länder, die nicht vom Krieg betroffen waren und keine Lasten aus diesem Krieg übernommen haben, dennoch zur Entgegennahme der Marshall-Hilfe bereit erklärt haben, weil sie sich naturgemäß der Notwendigkeit einer forcierten Erhöhung der Produktivität bewußt sind und hierfür auch diese Hilfe brauchen. Aber wenn sogar solche Länder auf die Marshall-Hilfe Anspruch erheben und bestrebt sind, damit ihre Produktivität zu erhöhen, dann ist es für uns sicherlich keine Schande, wenn auch wir von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Ich habe im Ausschuß eine kleine Berechnung aufgestellt, und ich möchte sie hier wiederholen. Im Jahre 1945 ist der Schaden, den Österreich durch die Bombardierungen und durch die ganzen Kriegsfolgen erlitten

hat, mit 50 Milliarden Schilling — zum Geldwert des Jahres 1945! — geschätzt worden. In welcher Weise sich dieser Betrag bis heute — ich möchte sagen — verdünnt hat, das wissen wir ja. Wir können also heute wohl ruhig die Schadenssumme, die uns aus dem Krieg erwachsen ist, mit 20 Milliarden Dollar annehmen; dies würde dem heutigen Geldwert, dem heutigen Kurs entsprechen. Wir haben 1,3 Milliarden Dollar aus der Marshall-Hilfe bekommen, aber wir wissen, daß heute vieles noch nicht getan ist. Ich glaube jedoch, über die Hälfte des Berges sind wir bereits hinüber. Rechnen sie selbst aus, wie groß der Anteil österreichischer Arbeiter und österreichischer Unternehmungen an diesen Leistungen ist.

Ich habe vorhin von den Energieanlagen und von ihrem Ausbau gesprochen und möchte noch sagen, um dieses Kapitel abzuschließen, daß uns für die nächste Zeit eine Novellierung des 2. Verstaatlichungsgesetzes bevorsteht. Unsere gewerblichen Unternehmen, die Industrie, das Kleingewerbe und die Gewerke waren die Pioniere auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung. Sie haben die Wasserkräfte, an denen sie ihre Erzeugungsstätten errichteten, für Elektrizitätsversorgungsanlagen nutzbar gemacht, zunächst für ihren eigenen Bedarf, dann aber auch in einem Ausmaß, um eventuell überschüssige Energie abzugeben. Wenn man nun sagt, auch diese Betriebe seien zu verstaatlichen, und wenn man dabei einen Greißlermaßstab anlegt und erklärt: Anlagen, deren Erzeugungsfähigkeit 200 Kilowattstunden überschreitet, haben bereits der Verstaatlichung anheimzufallen!, oder, wenn man solche Werke verstaatlichungsreif macht, wenn der Anfall an elektrischer Energie für den Verkauf auch nur eine minimale Zahl von Kilowattstunden ausmacht, dann ist dies deshalb ein Unsinn, weil man damit die Initiative vieler Pioniere auf diesem Gebiet erschlägt. Es fällt diesen ja dann gar nicht mehr ein, ihr Elektrizitätswerk weiter auszubauen, wenn sie für den Bereich ihrer Werke, Unternehmungen und sonstigen Erzeugungsstätten mehr Strom benötigen sollten. Damit erschlägt man also etwas Gutes, was mit verhältnismäßig wenig Kapital an einzelnen Orten geleistet werden kann, was aber in der Summe eine wesentliche Entlastung unserer gesamten staatlichen Elektrizitätsversorgung mit sich brächte.

Ich erwähne dies hier, weil ich doch den Herren unserer Koalition sagen möchte, sie mögen sich bei der Novellierung diesen Argumenten nicht verschließen und der Wirtschaft das geben, was sie dringend braucht, und zwar vor allem auch dort, wo mit Kleinigkeiten Großes geleistet werden kann.

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2829

Wir haben heute und gestern wiederholt gehört, daß speziell mit den ERP-Mitteln die Grundindustrien in einer außerordentlich bevorzugten Weise bedacht worden sind. Der Kollege Olah hat dies als vollkommen gerechtfertigt hingestellt. Dazu ist ganz objektiv zu sagen, daß natürlicherweise unsere private Wirtschaft auf die Grundindustrien aufgebaut ist und daß es gut ist, die weitere Wirtschaft auf einem guten Grundstock aufzubauen. Dagegen ist ja nichts zu sagen. Freilich, wenn wir wissen, daß im großen und ganzen die Hälfte der ERP-Gelder auf Nahrungsmittel aufgegangen ist und 80 Prozent der restlichen Hälfte den Grundindustrien zugewendet wurden, dann bleibt naturgemäß für die übrige private Wirtschaft nur sehr wenig übrig. Schon gar nichts, Kollege Ebenbichler, für die Textilindustrie! Das ist ein Irrtum. Die Textilindustrie hatte keine Zuteilungen von der ECA zu erwarten oder hat erst in letzter Zeit sehr geringe Zuteilungen bekommen. Die private Wirtschaft ist also sozusagen unten durchgegangen, und das hat sich naturgemäß auf die Konsumgüterindustrie hemmend ausgewirkt.

Wie dem aber auch immer sei, wir wissen, daß auf dem Gebiet der Grundindustrien und speziell der Elektrizitätsversorgung noch sehr große Anstrengungen gemacht werden müssen. Wir wissen, daß beispielsweise der weitere Ausbau unserer Wasserkräfte einen Jahresaufwand von 1 bis 1,5 Milliarden Schilling erfordert. Ob und wie diese Mittel nach Aufhören der Marshall-Hilfe werden aufgebracht werden, das wird eines gründlichen Studiums bedürfen, aber wir werden gewiß auch über diesen Berg irgendwie hinwegkommen.

Ich komme also noch einmal darauf zurück, daß die Grundindustrie außerordentlich bevorzugt beteiligt wurde und für den Sektor der privaten Wirtschaft sehr wenig übrigblieb, daß diese dadurch in den Hintergrund geraten ist und daß es auch in den privaten Betrieben noch sehr großer Investitionen und Anstrengungen bedürfen wird, um einen befriedigenden Leistungsgrad zu erzielen. Es geht bei diesem Leistungsgrad ja auch um die Wettbewerbsfähigkeit auf den ausländischen Märkten.

Wenn die Steigerung der Produktivität unserer österreichischen Wirtschaft als eine österreichische Lebensfrage bezeichnet wird, dann gilt dies durchaus nicht nur für den Sektor der Industrie, sondern vielleicht ganz besonders für den Sektor des Kleingewerbes, jenes Kleingewerbes, das außerordentlich lohnintensiv zu arbeiten gezwungen ist und das Kredite nur schwer erhält, weil häufig auch die Kreditunterlage fehlt. Wenn es aber

diese Kredite erhält, dann nur zu Bedingungen, die für das Kleingewerbe nicht immer tragbar sind. Und wenn wir hören, daß sich dieses Kleingewerbe darüber beklagt, daß der Betrag, der für die staatlichen Maßnahmen zur Förderung dieses Kleingewerbes in unserem Budget im Kapitel 20 mit rund 6,5 Millionen Schilling eingesetzt ist, zu klein ist, dann können wir wohl sagen, daß es sich mit Recht darüber beklagt. Es wird sicherlich des guten Willens und einer besonderen Arbeit bedürfen, um auf diesem Sektor für das Kleingewerbe irgend etwas zu erreichen.

Die Investitionen für die Konsumgüterindustrie sind kurzfristig und wirken sich daher in verhältnismäßig kurzer Zeit gütererzeugend und preisermäßigend aus. Aber auch hier müssen wir uns darüber klar sein, daß dieser kurzfristige Termin so zu verstehen ist, daß es immerhin noch neun oder zwölf Monate in Anspruch nehmen wird, bis diese Konsumgüter wirklich zum Verbraucher gelangen. Sie kennen alle Formalitäten, die mit der Beschaffung einer Maschine verbunden sind, Sie kennen die Lieferzeiten, die in solchen Fällen von den Lieferfirmen ausbedungen werden, und Sie wissen, daß die Montierung einer Maschine nicht von einem Tag zum anderen Tag erfolgen kann. Sie wissen auch, daß die montierte Maschine nicht schon am nächsten Tag die volle Leistungsfähigkeit erreicht, weil da und dort gewisse Kinderkrankheiten auftreten, die behoben werden müssen. Schließlich und endlich nimmt die Erzeugung des Fertigprodukts einen gewissen Zeitraum in Anspruch, und es braucht dann noch einen gewissen Zeitraum, bis das Konsumgut zum Verbraucher gelangt. Wir dürfen also selbst da nicht allzu optimistisch sein und etwa glauben, daß sich diese Kurzfristigkeit auch schon von einem Tag auf den anderen auswirkt. Das anzunehmen wäre verfehlt.

Die Erneuerung unseres Maschinenparks war in den letzten Jahren ein großes Problem. Ich will Ihnen von einer Maschine erzählen, die früher einmal um 25.000 Mark aus Deutschland bezogen werden konnte und die dann in den Jahren 1946/47, in denen Deutschland und die Ostzone überhaupt noch nicht geliefert haben und liefern konnten, von Amerika um 46.000 Dollar offeriert wurde, ohne daß eine solche Maschine mehr geleistet hätte als jene Maschinen, die wir bei entsprechenden Lieferfristen heute schon in Österreich erzeugen. Sie wird aber auch schon aus dem Deutschen Reich um ungefähr 500.000 S geliefert. Diese Maschine hat man also früher gar nicht bekommen, denn 46.000 Dollar wären eineinhalb Millionen Schilling gewesen. Um diesen Betrag hätte damals kein Unternehmer eine solche Maschine

2830 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

einstellen können. An eine Ergänzung oder Erneuerung des um 15 Jahre älter gewordenen und abgebrauchten Maschinenparks konnte man damals also gar nicht denken. Die Maschinen wurden abgeschrieben, das Geld konnte aber nicht für ihre Erneuerung verwendet werden. Man hat andere Investitionen gemacht, die auch dringend erforderlich waren. So hat man beispielsweise Wohnungen für die Arbeiter gebraucht und hat sie auch hergestellt.

Nun sehe ich mich bemüht, auf Grund konkreter Vorkommnisse folgendes zu sagen. Herr Präsident Truppe, ich möchte Sie bitten, daß Sie als Kärntner dies zur Kenntnis nehmen; es geht Sie allerdings nicht persönlich an. Man hat gesagt: Was haben wir von den Wohnungen? Die gehören ja wieder dem Unternehmer! Natürlich gehören sie dem Unternehmer; aber wissen Sie, was es für einen Unternehmer bedeutet, Wohnungen herzustellen? Machen Sie in irgendeiner Stadt eine Fabrik auf und stellen Sie eine Maschine hin, die 100.000 S kostet, dann haben Sie diese 100.000 S ihrer Produktion und Kalkulation zugrunde zu legen. Machen Sie die Fabrik bei uns auf dem Land auf, dann haben Sie zu diesen 100.000 S, die die Maschine kostet, noch 100.000 S für die Wohnung dazuzulegen, die Wohnung für den Mann, der an dieser Maschine steht und verheiratet ist. Wissen Sie, daß wir also die doppelten Kosten in die Kalkulation einstellen müssen? (*Abg. Truppe: Wo ist denn die Wohnungsnot größer?*) Die Wohnungsnot ist bei uns behoben, Herr Kollege Truppe. Wir stellen heuer 16 neue Wohnungen hin. Um diese Investitionen durchzuführen, braucht man aber entweder Eigenkapital oder Kredite.

Sprechen wir doch einmal vom Eigenkapital. Sie werden es mir nicht bestreiten wollen, daß Kapital und Beschäftigung in einem unlöslichen Konnex zueinander stehen. Das, glaube ich, ist eine Binsenwahrheit. Nehmen Sie den Unternehmungen das Kapital, und der Arbeiter steht auf der Straße, ganz gleich, ob es sich jetzt um einen verstaatlichten Betrieb oder um einen Privatbetrieb handelt; das ist ganz gleichgültig.

Wie steht es nun bei uns mit der Möglichkeit der Kapitalsbildung? Ob sich die Betriebe in den letzten Jahren in einer Periode der Konjunktur befunden haben oder nicht, eines war und ist bei der eingetretenen Geldverdrünnung — die übrigens nicht nur eine österreichische Angelegenheit ist, sondern auch die Sorge anderer Staaten — unvermeidlich: die Entstehung unechter Gewinne, die aber trotzdem der vollen Besteuerung unterlagen und unterliegen. Allerdings ist es doch gelungen, hier ein gewisses Regulativ in Form der Steuer-

änderungsgesetze und des Investitionsbegünstigungsgesetzes zu schaffen. Das Steueränderungsgesetz 1951 ist nun novellierungsbedürftig, weil man damals auf jene Betriebe, die ausschließlich oder fast ausschließlich auf Importe von Roh- und Hilfsstoffen angewiesen waren, auf Grund Ihres Vetos nicht Rücksicht nehmen konnte. Es hat sich aber herausgestellt — die wirtschaftliche Praxis ist eben stärker als die Theorie —, daß dies Härten bedeutet, die für unsere Gesamtwirtschaft und nicht nur für das einzelne Unternehmen nicht förderlich, um nicht zu sagen, nicht tragbar sind. Ich glaube also, daß es in unserem Interesse liegt, diese Novellierung des Steueränderungsgesetzes herbeizuführen, und zwar in unserem Gesamtinteresse. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer ist die Wirtschaft? Sind das nur ein paar Unternehmer? (*Abg. Truppe: Nein!*) Nein, wir alle sind es, von oben bis herunter. Jeder einzelne trägt sein Scherflein dazu bei, wenn er Fertigwaren kauft, und jeder hat alles, was in diesem Produkt drinnen ist, mitzubezahlen. Das ist eine Frage, die Sie aufgeworfen haben, Herr Präsident Truppe. Wenn also irgend etwas falsch gemacht geworden ist, so hat es jeder, hat es der Arbeiter und habe auch ich es zu bezahlen.

Es gibt aber sehr viele Dinge, die falsch gehen müssen, wenn Sie nicht zu gewissen Überlegungen kommen, die doch vom Standpunkt der gewerblichen Wirtschaft oder der Landwirtschaft aus gesehen unbedingt notwendig sind. Das sind Wahrheiten, mit denen man förmlich hausieren gehen muß, um sie anzubringen.

Sie haben, Kollege Truppe, von einem „entnehmbaren Gewinn“ gesprochen, sofern ich richtig verstanden habe. (*Abg. Truppe: Ja!*) Wir waren gewohnt, in diesem Zusammenhange von entnommenen Gewinnen zu reden. Ich will da nur klarstellen, ob Sie dasselbe gemeint haben wie ich. (*Abg. Truppe: Ja!*) Es steht einem Unternehmer zu, mit seinen Gewinnen zu tun und zu lassen, was ihm beliebt. (*Lebhafter Widerspruch bei der SPÖ. — Abg. Paula Wallisch: Das ist eben schlecht! — Abg. Truppe: Das ist ja der Unterschied in der Auffassung zwischen uns und Ihnen!*) Das steht ihm genau so zu, wie es Ihnen, meine sehr verehrte gnädige Frau, freisteht, ob Sie am Abend ein Butterbrot mit Tee essen wollen oder ob Sie eine Gans essen und Champagner dazu trinken wollen. (*Anhaltende Zwischenrufe.*) Wenn es es Ihnen trägt, gnädige Frau, dann hat kein Mensch das Recht, Ihnen etwas dreinzureden. Es kommt nur darauf an, wieviel Sie verdienen und wieviel die Frau verdient, die neben Ihnen wohnt. Vielleicht verdienen Sie mehr, dann

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2831

werden Sie sich mehr leisten können; vielleicht verdient die andere Frau mehr, dann wird sie sich mehr leisten können. Warum Sie mehr verdienen, ist Ihre Sache. Es beruht auf Ihrer Tüchtigkeit, auf Ihrer Leistung usw. usw. Ich lasse es mir jedenfalls nicht nehmen, mit dem Gewinn, den ich in meinem Unternehmen erziele, zu wirtschaften. (*Widerspruch bei der SPÖ. — Abg. Lackner: Das ist ja nicht Ihr Verdienst!*)

Hier sind eben die Meinungen verschieden. Aber wenn ich an der Spitze meines Unternehmens stehe, habe ich als Unternehmer die Verantwortung. Ich habe die Sorge, ich habe auch das Risiko und den Wagemut aufzubringen. Das sind meine persönlichen Angelegenheiten. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Der andere hat sich nur hinzustellen und zu arbeiten, dafür wird er ja bezahlt. Wenn er sich dazu gut stellt, wird man seine Freude mit ihm haben und ihn sicherlich auch danach entlohnen. Ich gehöre nicht zu den Schindern und Ausbeutern.

Nun frage ich, meine sehr Verehrten: Was machen denn unsere Unternehmer mit dem Gewinn? Zeigen Sie mir diejenigen, die ihn nicht in das Unternehmen hineinstecken, um damit die Fabrik zu erweitern, neue Arbeitskräfte einzustellen und dadurch anderen Arbeitslosen neue Arbeit und Beschäftigung zu geben! Können Sie mir einen Unternehmer nennen, der das anders macht?

Ich habe vorhin vom Champagner gesprochen. Ich habe hier niemanden, den ich diesbezüglich als Zeugen anrufen kann, aber ich trinke überhaupt keinen Champagner, weil ich ihn nicht mag; in der primitiven Vorstellung ist es aber vielleicht so, daß Champagnertrinken einen Hochgenuß bedeutet. Ich gehöre nicht dazu. Ich könnte es machen, aber es wäre falsch, schon deswegen, weil wir den Champagner einführen müssen.

Eines ist sicher: Der Mangel eines Schilling-eröffnungsbilanzgesetzes bringt unechte Gewinne, die versteuert werden und zu Substanzverlusten führen. Das kann ich Ihnen haargenau ausführen. Das ist doch klar, und es würde auch niemandem einfallen, davon zu reden, denn man redet ja nur von dem, was wirklich der Fall ist; es wird niemand etwas sozusagen vom blauen Himmel herunterholen. (*Abg. Truppe: Vergleichen Sie einmal in Ihrem Betrieb die Substanz von 1945 und von heute!*) Vergleichen Sie aber, Herr Truppe, den Wert, um den die nicht erneuerten Maschinen heruntergegangen sind. Ich habe darauf schon hingewiesen. Wir müssen doch heute die achtzigjährigen Webstühle verwenden, die längst hinausgeworfen gehörten und durch neue automatische ersetzt werden

sollten, wie sie in der ganzen Welt eingesetzt sind. Wir haben sie nicht eingesetzt, sondern haben dafür Hilfsstoffe und Betriebsstoffe gekauft. Selbstverständlich. (*Zwischenrufe.*) Wenn Sie das nicht verstehen, kann ich Ihnen nicht helfen. (*Abg. Truppe: Gehören die Maschinen nicht zur Substanz?*) Natürlich, aber sie sind heute schon veraltet und können uns daher auf dem Weltmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig machen. Das ist klar. Glauben Sie, wir werfen eine Maschine nur hinaus, um dafür eine neue einzustellen? (*Abg. Truppe: Ich habe nur den Vergleich empfohlen!*) Sie brauchen mir den Vergleich nicht zu empfehlen, ich kenne ihn viel besser als Sie, Herr Abg. Truppe. Sie reden nur darüber, ich aber weiß, wie er entstanden ist. Das ist der Unterschied zwischen uns beiden. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Aber seien Sie froh, lieber Herr Truppe, daß wir diese Substanzvermehrung haben. Seien Sie froh, daß wir rechtzeitig im Jahre 1949 diese Substanzvermehrung mit einer Schuldenlast durchgeführt haben, nicht nur im Interesse des Unternehmers oder des Betriebes, sondern zum Vorteil der gesamten Wirtschaft. Da gehörte auch ein Stück Wagemut, und zwar kein kleines dazu, das der Unternehmer aufbringen muß. Ich habe es damals nicht sehr leicht gehabt. (*Abg. Mark: Sie haben damit gerechnet, daß die Preise steigen!*) Nein, das ist ganz falsch. Die Wollpreise sind damals von 56 auf 76 angestiegen. Ich will jetzt nicht den Namen nennen, sondern nur sagen, der Herr XY hatte damals die schwersten Befürchtungen, daß die Wollpreise doch wieder heruntergehen würden und daß wir dann die Wolle zu weitaus überhöhten Preisen auf dem Lager gehabt hätten. Das war doch eine Gefahr, Herr Kollege. Und wenn es dann anders gekommen ist, wenn diese Wolle von 76 auf 300 und 400 hinaufgeklettert ist, so frage ich: Haben Sie das gewußt, Herr Kollege, haben Sie das wissen können? Wir haben es nicht gewußt! (*Abg. Mark: Das ist Ihre Spekulation!*) Das ist keine Spekulation! Wir waren doch damals notwendigerweise zum Einkauf verpflichtet. Das ist doch keine Spekulation! Und wenn wir das schon aus Spekulation getan hätten, so müßten Sie uns heute die Hand drücken und sagen: Sie haben der österreichischen Wirtschaft — und nicht nur sich selbst — soundso viele Millionen erspart. Wir hatten doch einen Schmarren davon! (*Abg. Mark: Wir müssen das bezahlen, was ihr erspart!*)

Meine Herren! Ich würde wünschen, daß alle diese Herren, die hier von Produktion, von Gestehungskosten, Kalkulation, Handelsspannen, vom Vertrieb, vom funktionslosen

2832 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

Zwischenhandel und von allen diesen Sachen reden, doch einmal wenigstens ein Jahr lang einen eigenen Betrieb zu führen hätten. Sie würden vielleicht geläutert aus dem Fegefeuer herauskommen, und wenn nicht, dann wünsche ich ihnen von Herzen die Hölle. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Sie sagen, Kollege Olah, trotz dieser großen Investitionen in den Erzeugungsbetrieben spüre der Konsument eigentlich gar nichts davon. Meine Herren, was soll man dazu sagen? (*Abg. Astl: Daß es wahr ist!*) Zunächst einmal sind doch 80 Prozent dieser Investitionskredite in die verstaatlichte Industrie gegangen. Ich bin überzeugt, das spürt der Konsument. Natürlich nicht nur dann, wenn er einen Nagel kauft, von dem er weiß, daß dieser Nagel bei der Alpine Montan erzeugt worden ist, wo jetzt Verbesserungen vorgenommen wurden, wo die große Walzbahn aufgestellt wurde. Wenn dieser Nagel, der bisher 5 Groschen gekostet hat, jetzt nur mehr 4½ oder 4 Groschen kostet, so steht ja nicht auf dem Nagel, wer ihn erzeugt hat. So naiv können wir diese Dinge nicht betrachten. Aber von der anderen Industrie hört man ununterbrochen — auch der Kollege Olah hat es bekräftigt —, daß diese andere Wirtschaft, die Privatwirtschaft, allzu stark unter dem Niveau geblieben ist, daß ihr mehr hätte zugemessen werden sollen. Aber da regen Sie sich nicht auf, daß der Verbraucher zum Schluß davon nicht genügend bemerkt. Das ist doch ein Widerspruch!

Was aber von den Unternehmern aus ihren eigenen Mitteln in die Wirtschaft hinein investiert worden ist, das spürt der Konsument. Diese Versicherung kann ich Ihnen geben, wenn das auch nicht auf dem Meter Stoff oder auf den Schuhen draufsteht. Die Kalkulation hat sich eben um das ermäßigt. Wir leben ja heute nicht mehr in einer Zeit, in der wir es in der Mehrzahl der Fälle mit Mangelwaren zu tun hätten. Das, was Sie machen: bewirtschaften und einen großen bürokratischen Apparat für die Bewirtschaftung aufstellen, erfordert eine fortwährende Preisregulierung. Und fällt dann aus der Wirtschaft, die aus Hunderten von Rädern und Räderchen besteht, irgendein Rad heraus, so merkt man dies erst nach langer Zeit, und das ganze Wirtschaftsgefüge wird chaotisch. Die freie Marktwirtschaft richtet sich das ganz automatisch selbst. Da kann ein Rädchen herausfallen, schon greift ein neues ein, und alles regelt sich von selbst.

Wir machen die Preise nicht auf Grund von Kartellvereinbarungen; das ist unrichtig. Wo finden Sie denn bei uns ein Kartell? Wir haben eine einzige Verabredung, meine

Herren — diese Versicherung kann ich Ihnen geben —, und bei dieser Verabredung hat es sich darum gehandelt, die Preissenkungsaktion zu besprechen.

Es besteht aber auch ein Junktim zwischen der Schillingeröffnungsbilanz und dem Gewinn einerseits und dem Betriebsvermögen andererseits. Der Finanzminister würde doch dieser Schillingeröffnungsbilanz überhaupt nicht zustimmen, wenn er daraus große Nachteile zu erwarten hätte. Er steht aber dieser Sache zustimmend gegenüber. Der Gewinn vermindert sich zwar durch die Schillingeröffnungsbilanz, durch die richtigen Ansätze, durch die Bilanzwahrheit, aber auf der anderen Seite muß sich das Betriebsvermögen um den gleichen Betrag erhöhen. Das ergibt den Ausgleich für den Finanzminister. Was er auf der einen Seite verliert, gewinnt er auf der anderen Seite dazu.

Im Zusammenhang mit dem 5. Lohn- und Preisabkommen, zu dem ich schon einiges erwähnt habe, möchte ich noch sagen, daß es richtig ist, daß die vorhandenen Spannungen nicht beseitigt werden konnten. Durch die Labilität der Weltmärkte bei einer Gruppe von Waren und durch das Ansteigen der Weltmarktpreise für eine andere Gruppe von Waren haben sich die Spannungen sogar verschärft. Wir haben erst in den letzten Wochen mit großer Befriedigung gehört, daß nun doch auch bei den Weltmarktpreisen eine gewisse Entspannung eingetreten ist. Aber das geschah erst jetzt, und ich weiß noch nicht, wieweit dies auf die einzelnen für uns sehr lebenswichtigen Artikel zutrifft. Ich müßte mich darüber erst orientieren, aber ich weiß, daß bis in die letzte Zeit hinein bei Baumwolle, Kupfer, Zinn und allen diesen Rohstoffen noch steigende Tendenzen waren — bei Baumwolle war sie sogar in Brasilien außerordentlich stark —, und ich weiß, daß die Schafwollpreise oszilliert haben. Man konnte sich kein Bild darüber machen, wie es in der nächsten Zeit aussehen wird, und wir wissen heute noch nicht, ob die nächste Zeit ein Ansteigen oder Abfallen bringen wird. Hoffen wir, daß der Korea-Konflikt gut ausgeht! Dann wird wahrscheinlich diese Steigerung zurückgehen.

Aber sehen Sie, es ist ja so: Wenn heute der Wollpreis heruntergeht, was macht dann ein Engländer? Was macht da ein Amerikaner? Was haben wir früher vor dem Krieg in Österreich gemacht? Wir haben ein Telegramm nach Buenos Aires geschickt: 20.000 oder 40.000 S sind heute überwiesen worden. Kaufe das, das und das! — und der Kontrakt war fertig. Heute dauert das wochenlang, bis Sie überhaupt dahinkommen, um mit dem

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2833

Mann abzuschließen. Mittlerweile sind Ihnen diese günstigen Preise unter der Hand wieder davongeschwommen. (*Abg. Truppe: Kommt es nie vor, daß man von hohen Preisen in niedere hineingerät?*) Das sind Schwierigkeiten, deren man heute, unter den Verhältnissen, wie wir sie noch haben, beim besten Willen nicht besser Herr werden kann; aber sie sind da, und wir müssen mit ihnen rechnen.

Wenn der Herr Kollege Hartleb darauf hingewiesen hat, jeder Wirtschaftstreibende habe das größte Interesse daran, daß die Währung stabil bleibt, und wenn er hervorgehoben hat, daß kein Wirtschaftstreibender eine Inflation oder so etwas wünschen kann, dann muß ich das hundertprozentig unterstreichen. Es gibt keinen Wirtschaftstreibenden, der auf gesunden Füßen steht — und das sind doch die meisten, der größte Prozentsatz der Wirtschaftstreibenden steht doch auf gesunden Füßen —, der sich von einer Inflation auch nur den leisesten Vorteil erwarten könnte. Sie werden ja dann mit allen diesen Dingen belastet, die ich früher hervorgehoben habe, denen man aber ausweicht, wenn man weiß, daß der Geldwert stabil bleibt.

Auf der anderen Seite — ich möchte nicht allzuviel darüber reden — ist auch unser Kreditwesen heute in einer außerordentlich schwierigen Lage. Wir wissen, daß in der allerletzten Zeit durch die Diskonterhöhung von 1,5 Prozent usw. gewisse Maßnahmen ergriffen wurden, die vor allem den Sparwillen unserer Bevölkerung heben helfen sollen, weil dann automatisch Reaktionen eintreten müssen, welche ein gewisses Vertrauen hervorrufen werden. Gerade dieses Vertrauen ist ja das Wesentliche für unsere Sparer und für die Einlagen in eine Sparbank. Wenn ich weiß, daß ich zwar 2 Prozent mehr Zinsen bekomme, das Geld aber gefährdet ist, dann trage ich es natürlich nicht in die Bank; also ist das Vertrauen das Primäre. Wir hoffen, daß durch geeignete Maßnahmen dieses Vertrauen gehoben werden wird und daß dann die Spareinlagen eine entsprechende Grundlage für eine weitere Kreditgewährung geben werden.

Ich befürchte nur, daß dieses Vertrauen noch nicht hinreichen wird, um die Spareinlagen auf jene Höhe zu bringen, die der Kreditbedürftigkeit unserer gewerblichen Unternehmen entspricht. Das befürchte ich deshalb, weil das Geld einfach noch nicht vorhanden ist. Im Strumpf zu Hause hat es heute niemand. Wir wissen, daß die Anforderungen in den letzten Jahren, nach einer so langen Zeit, in der man überhaupt nichts bekommen hat, an jeden einzelnen

Haushalt außerordentlich groß waren, daß jeder naturgemäß sein Geld sofort verwenden mußte, um all die vielen Nachschaffungen zu besorgen. Ich fürchte also, daß hier mit der Kreditgewährung ein gewisses Vakuum eintreten wird, das sehr böse Folgen haben könnte.

Aber auf unrichtigen Bilanzen, auf wertlosem Realbesitz und auf entwertete Papiere läßt sich ein Kredit auch nicht aufbauen. Wenn Sie uns helfen, dieses Schillingeröffnungsbilanzgesetz, das kein Steuergesetz, sondern ein ausgesprochenes Wirtschaftsgesetz ist, zu schaffen, dann werden Sie einen wesentlichen Beitrag zur Gesundung unserer gesamten Wirtschaft leisten.

Es ist hier auch vorgebracht worden: Ja, früher hat man erst in vielen Generationen (*auf die Bänke des KdUweisend*) — das ist auch von dieser Seite hier gesagt worden — aufgebaut und die Fabriken erweitert! Ja, meine sehr Verehrten, Einstein hat uns auf einen sehr guten Gedanken gebracht, sehr naiv und primitiv ausgedrückt: Relativitätstheorie! Hier angewendet: Auch das ist eine relative Angelegenheit! Heute sehen wir, wie man in allen anderen Ländern, zum Beispiel in Amerika, aber auch, wenn wir uns in Europa umschauen, in der Schweiz und selbst auch in dem verarmten England, auch in Schweden, das mit dem Krieg nichts zu tun gehabt hat, in rasendem Tempo bestrebt ist, durch neue Maschinen und durch eine wesentliche Verbesserung der Ausbildung der Fachleute den Leistungsgrad zu steigern. Sollen wir da noch warten? Da kommen wir ja ganz in die Hinterhand und haben niemals eine Startmöglichkeit. Wir untergraben unsere Wirtschaft, und die Zeche bezahlen wir selbst. Wer trägt denn die Verluste? Da gebe ich Ihnen vollkommen recht — auch der Arbeiter, denn er liegt dann auf der Straße. Das ist vollkommen richtig.

Unterbinden Sie daher dieses Tempo nicht, sondern fördern Sie es! Dann werden wir soweit kommen, daß wir uns eine Wettbewerbsfähigkeit erarbeiten. Zu glauben, daß wir das leisten können, daran soll uns auch die Meinung nicht hindern, daß wir vor Abschluß des Staatsvertrages die Grundlagen unserer Wirtschaft nicht kennen. Wir wissen, daß aus diesem Mangel die schwersten Schäden für uns erwachsen sind, und zwar Schäden — ich habe das in der Ausschusssitzung schon betont —, die viel schwerer sind als jene Schäden, die uns durch die Besatzungskosten erwachsen.

Wenn gestern der Herr Kollege Scharf auch auf die Handelsbeziehungen mit dem Osten zu sprechen gekommen ist, so möchte ich dazu etwas ganz Grundsätzliches sagen: Wien war

2834 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

ja früher jener Platz, von dem aus alle Fäden nach dem Nahen Osten und nach dem Balkan erfolgreich gesponnen wurden. Hier war der Platz, wo die Organisationen errichtet wurden, hier war auch der Platz, wo das Personal dafür vorhanden war. Ich glaube nicht, daß es heute in Österreich jemanden gibt, der den Handel nach dem Osten nicht wünschen würde. Früher hat man das auch vom Balkan gesagt, aber merkwürdigerweise ist es mit Jugoslawien plötzlich gegangen. Ich glaube, daß da andere Momente bestimmend sind und nicht der Unwille der österreichischen Regierung.

Nun ist hier ja auch schon die Frage aufgeworfen worden, ob wir unseren Export, der in Österreich noch für das Ausmaß unserer Importe maßgebend ist, auch fördern. Gewiß, wir haben Exportförderungsmaßnahmen auf der einen oder anderen Seite, und ich möchte hier auch — ich weiß, was Sie mir dazu zu sagen haben — die Außenhandelsstellen erwähnen, die sich in der kurzen Zeit bereits sehr gut bewährt haben und die zu vermehren wir im gesamtwirtschaftlichen Interesse alle Ursache haben.

Aber ich weiß auch, daß gerade in einer Behörde, der hauptsächlich unser Außenhandel obliegt, ein Arbeitsausschuß tätig ist, der unseren Außenhandel hemmt, erschwert und sogar unterbindet. Sehen Sie, das soll nicht sein; da muß ich mich meinem Herrn Kollegen Ebenbichler anschließen. Wir haben einen Minister mit der verfassungsmäßigen Ministerverantwortlichkeit. Geben wir ihm diese Ministerverantwortlichkeit voll und ganz zurück, so wie er sie braucht, um aus diesem Außenhandel ein brauchbares Instrument für unsere Wirtschaft zu machen, und wir werden sofort sehen, daß wir kaufmännischer, zügiger und zu günstigeren Weltmarktpreisbedingungen einkaufen werden. (*Abg. Truppe: Das wird ein frommer Wunsch bleiben!*) Das wird kein frommer Wunsch sein, das wird sich sofort automatisch einstellen.

Wir sollen aber auch vermeiden, Fertigprodukte einzuführen, die wir im Inland zumindest ebensogut herstellen, wie das Ausland es tut, und die wir mengenmäßig heute auch schon so herausbringen, daß unser Inlandsbedarf gedeckt wird. Wir werden aber zusehen, daß wir auch unseren Export fördern, daß wir vor allem anderen den Export der Fertigwarenprodukte, der ja zwingend gehoben werden muß, fördern und daß wir zum Schluß den Gesamtexport fördern, der ja der Gradmesser, wie ich es bereits gesagt habe, für unsere Wirtschaft ist.

Wir wissen, daß wir hier noch einige Forderungen haben. Wir wissen, daß der

Import bei uns noch wesentlich größer ist. Man kann sich vielleicht verschieden zu der Haltung unseres Herrn Finanzministers stellen. Man kann vielleicht Argumente vorbringen, die eine Hebung des Wechselkursniveaus befürworten, und man kann Argumente bringen, die uns sagen: Bleiben wir bei dem jetzigen Wechselkurs, solange wir mit den Importen den Exporten noch so weit voranschreiten müssen! Es sind da Argumente, deren Richtigkeit sich oft erst in der Zukunft erweist. Aber der Finanzminister ist der verantwortliche Mann dafür, und wir haben es zur Kenntnis zu nehmen, daß er an eine Änderung des Wechselkurses nicht denkt. Aber wir werden dafür sorgen müssen, daß für die getätigten Exporte auch in irgendeiner Form eine entsprechende Exportvergütung gewährt wird.

Ich habe zum Handel ja schon einiges und vielleicht gerade das Wesentlichste gesagt. Wann sind Schieber und Schleichhändler aufgetreten? In der alten Monarchie hat man überhaupt nicht gewußt, was ein Schieber und Schleichhändler ist. Ich glaube, dieses Vokabel war Ihren Vätern und Müttern vollkommen unbekannt. Mir auch. Das hat man zum erstenmal nach dem ersten Weltkrieg gehört, als die Bewirtschaftung der verschiedenen Waren eingeführt wurde. (*Zwischenrufe.*) Es ist klar: Dort, wo Gesetze bis ins kleinste Detail gemacht werden, wo nicht große Rahmengesetze bestehen und wo der Wirtschaft kein freier Raum gelassen wird, damit sie sich einspielt, bleibt für den einzelnen ganz einfach eine offene Masche, die es ihm ermöglicht, solange Schleichhandel zu treiben, als nicht genügend Waren da sind. (*Abg. Truppe: Die Verhältnisse in der Monarchie haben den ersten Weltkrieg gebracht!*) Darüber können wir uns doch nicht unterhalten, warum der erste Weltkrieg ausgebrochen ist! Da hätte ich bis 6 Uhr nachmittag zu reden! Aber das wissen wir ja alle. (*Ruf bei der ÖVP: Wir haben ja keinen Geschichtsunterricht!*)

Wenn Sie mit der Bewirtschaftung anfangen, wenn solche Gesetze herauskommen, werden Sie die Gesetze nie so vollkommen machen können, daß nicht für jene, die nicht guten Willens, sondern bösen Willens sind, Maschen offen bleiben, die sie für eine momentane Bereicherung ausnützen. Es macht diesen Leuten nichts aus, wenn sie eines schönen Tages beim Krawattl gepackt und in den Tschumpas hineingeworfen werden. Das sind Kreaturen, mit denen wir nichts zu tun haben wollen. Aber das wird auf diese Weise gefördert. Die freie Wirtschaft kennt keinen funktionslosen Zwischenhandel. Der Händler muß in demselben Moment seinen Handel aufgeben, in dem er beginnen will, Zwischen-

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2835

handel zu betreiben, weil er dann keine Einkünfte hat.

Nun ein kurzes Wort zum Fremdenverkehr. Ich will nicht irgendwie in die Details eingehen, sondern lediglich die Wichtigkeit des Fremdenverkehrs für unsere Wirtschaft unterstreichen. Aber ich möchte mir doch erlauben, Sie auf eines aufmerksam zu machen, nämlich auf die Notwendigkeit des Ausbaues unserer Straßen. Wir haben das vorjährige Bauvolumen nur mit einem Defizit decken können. Dieses Defizit ist im Zuge des 5. Lohn- und Preisabkommens entstanden. Die Straßenbauten mußten doch im ursprünglichen Volumen bis zum Schluß fortgesetzt werden, weil die Unterbrechung mit zusätzlichen Kosten verbunden gewesen wäre. Und heuer sehen wir, daß das Budget für Straßenbauten nicht in dem Maße erhöht wurde, wie die Baumaterialien und die Löhne in die Höhe gegangen sind, sodaß hier eine Lücke von etwas über 100 Millionen Schilling klafft. Vielleicht tue ich eine nicht ganz vergebliche Bitte an den Herrn Minister — ich weiß, daß er selbst das größte Interesse daran hat —: Vielleicht gelingt es doch im Laufe des Jahres, hier noch etwas Zusätzliches zu erreichen und den Ausbau unserer Straßen doch etwas vorwärtszutreiben!

Was ist denn erforderlich, damit wir dorthin kommen, wohin wir zu gelangen trachten? Ich glaube, es ist hier im Haus niemand, dem nicht das Wohl der gesamten Bevölkerung, des ganzen Volkes am Herzen liegt. Es gibt im ganzen Hause niemanden, der mir widersprechen wird, wenn ich sage, daß uns dieses Österreich doch so am Herzen liegt, daß wir daraus zwar kein Paradies, aber doch etwas machen wollen, wo man schön und angenehm leben kann, wohl mit harter Arbeit — aber das würzt ja das Leben —, und daß wir Österreich lebensfähig machen wollen. Das alles ist in erster Linie eine Frage des Vertrauens, das wir jenen Stellen entgegenbringen müssen, die wir ja doch selbst eingesetzt haben.

Wir müssen gemeinsam alle Anstrengungen machen, um die Bautätigkeit zu heben, die Erzeugungskosten in unseren Fabriken zu vermindern und die Importfähigkeit durch erhöhte Exportfähigkeit zu steigern. Wir wollen mit Ihnen unseren Reallohn heben und den sozialen Plafond erhöhen. Das wäre, wenn man guten Willens ist, sicherlich nicht unmöglich, und es war ja auch bisher nicht unmöglich, einander die Hände zu reichen und dort zu finden, wo wir den Ausweg in eine bessere Zukunft sehen. Aber eines möchte ich, meine Herren, hier an den Schluß stellen: Der Erfolg der gesamten Wirtschaft ist es, der die Finanzpolitik unseres Staates und damit das Maß unserer Sozialpolitik bestimmt! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Abg. Dipl.-Ing. Dr. **Buchberger**: Hohes Haus! Ich will heute nur zum Kapitel Bauten sprechen. Bevor ich jedoch auf das Thema eingehe, möchte ich eine ganz interessante Feststellung machen. Mein Herr Vorredner sagte als Erklärung der wirtschaftlichen Schaukelpolitik, daß die ÖVP immer wieder im Interesse der Ruhe und Ordnung zu Zugeständnissen und Kompromissen gezwungen ist. Nun, Hohes Haus, ich glaube, das ist ein sehr bedeutsames Eingeständnis, das heißt also in verständliches Deutsch übersetzt: Geht es nicht so, wie es die SPÖ will, dann geht sie auf die Straße! Und das nennt man bei uns in Österreich Demokratie und Koalitionspolitik. Ich wollte das nur eingangs als interessante Feststellung aufzeigen.

Nun komme ich zum Thema Bauten. Auch hier ist es bezeichnend, daß das Kapitel Bauten nur das Anhängsel des Kapitels Handel darstellt und ich trotz des umfangreichen und wichtigen Gebietes nur eine halbe Stunde Redezeit zur Verfügung habe, obwohl, wenn ich das Gebiet nur etwas eingehender behandeln wollte, leicht eine Stunde draufgehen würde.

Das alte Übel hier in Österreich ist, daß in dieser eminent technischen Zeit, in dieser technischen Weltperiode, in der wir leben, die Technik bei uns als nebensächliche Sache behandelt wird. Wie ich schon im Ausschuß sagte, fehlt uns hier die Spitze. Es fehlt uns, ich möchte nicht sagen — weil das einen gewissen Beigeschmack hat — ein technisches Ministerium, wohl aber fehlt uns, sagen wir, ein Generalbaudirektor oder Bundesbaudirektor oder wie man das nennen soll, das heißt also eine verantwortliche Spitze. Es muß endlich eine technische Verantwortlichkeit geschaffen werden, und die technischen Belange dürfen nicht mehr so wie bisher ein Anhängsel des Handels sein. Wie ich letzthin auch im Ausschuß schon ausführte, ist es ein völlig unbilliges Verlangen, daß der Handelsminister auch in die Belange der Technik verantwortlich eingreife und diese lenke. Derart verschiedene Gebiete in einer Hand zusammenzufassen ist in der heutigen Zeit unmöglich.

Dadurch, daß wir keine Spitze haben, ist auch keine Gesamtplanung da. Auch auf dem technischen Gebiet wäre eine Gesamtplanung des Bauwesens unbedingt notwendig. Diese Gesamtplanung fehlt aber. Da eben diese Gesamtplanung fehlt, ist es auch nie zu einer richtigen Budgetierung der Bauvorhaben und der technischen Belange gekommen. Es ist doch so, daß ein Jahresbudget für längere Bauvorhaben nicht ausreicht. Es ist wirtschaftlich ein Unsinn — man kann es nicht

2836 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

anders bezeichnen —, wenn die Mittel, die für ein Jahr berechnet sind, am Ende des Jahres dann schnell hinausgegeben und hinausgeschleudert werden müssen, nur damit sie verbraucht werden und nicht verfallen. Mit solchen Methoden muß unbedingt gebrochen werden. Daher muß also für Dauerinvestitionen und Dauerbauvorhaben ein sogenanntes Periodenbudget erstellt werden, damit die Ausgaben, die vorgesehen sind, wirtschaftlich verwendet werden können, was heute nicht der Fall ist.

Ich komme dadurch auch auf die Baufinanzierung zu sprechen, die ich aber näher etwas später bei den Nöten der Bauwirtschaft behandeln möchte. Eine richtige Baufinanzierung fehlt ebenso. Ich möchte nur vorausschicken, daß ich heute zufällig vor dem Herrn Kollegen Olah als Rednerdrangekommen bin, der im Ausschuß vor mir gesprochen hat. Ich kann seine Ausführungen nur bestätigen und unterstreichen. Wenn ich also etwas vorwegnehmen sollte, so bitte ich das nicht als Plagiat aufzufassen. Ich muß sagen, daß der Herr Kollege Olah wie ein alter erfahrener Baufachmann gesprochen hat.

Ich möchte jetzt betonen, daß außer der von mir schon erwähnten Spitze auch gesetzliche Grundlagen auf dem Gebiete der Technik vielfach fehlen. Ich beginne mit dem Ziviltechnikergesetz. Das ist ein altes Übel. Es wurde schon seit Jahren versprochen, und ich glaube, die Vorlage wurde schon sieben- oder achtmal behandelt. Sie ist uns aber bis heute noch nicht vorgelegt worden, und das Gesetz konnte noch nicht eingeführt werden.

Dies hat drei verschiedene Ursachen. Die erste Ursache ist, wie ich zugeben möchte, in der eigenen Kollegenschaft gelegen, das heißt also, die Ingenieure der verschiedenen Sparten, Gruppen und Abteilungen konnten sich nicht einigen. Die einen treten gegen die anderen auf.

Das zweite ist, daß eine gewisse Ausschließlichkeit der Hochschulingenieure angestrebt werden muß, und diese Ausschließlichkeit stößt hauptsächlich auf den Widerstand der Mittelschultechniker. Haben wir eine Hochschulbildung, die notwendig ist, dann müssen wir dieser Hochschulbildung auch eine gewisse Vorrangstellung einräumen und sie irgendwie gesetzlich zum Ausdruck bringen; ist sie aber nicht notwendig, dann schaffen wir sie ab, dann ist sie nur ein Luxus! Jedoch zu sagen, daß jeder Baumeister und Maschinentechniker dasselbe machen und leisten kann wie ein Hochschultechniker, ist absurd. Auf diesem Gebiet muß also Wandel geschaffen werden. Man muß endlich einmal

dazu kommen, daß höhere Bildung auch höhere Vorrechte mit sich bringt. Das ist in allen Ländern so, nur in Österreich anscheinend nicht.

Zu dem letzten der Hemmnisse möchte ich sagen: Die beamtete Ingenieurschaft ist leider bei uns sehr zahlreich und wird immer zahlreicher, weil sich jedes Land und jeder Magistrat immer größere Bauabteilungen einrichten. Diese Techniker sind wie die meisten Beamten leider sehr schlecht entlohnt. Sie sind bestrebt, sich nebenbei etwas zu verdienen. Das sei ihnen auch gegönnt, ich sage nichts dagegen. Aber sie sträuben sich gegen die Einführung eines Gesetzes für die wirklichen Ziviltechniker, obwohl in der Ministerialverordnung vom Jahre 1867 die Kompetenzen ausdrücklich umgrenzt sind. Dort heißt es, daß Planungen und so weiter nicht Sache der beamteten Ingenieure sind und es auch nicht sein sollen, denn diese sind in erster Linie Aufsichts- und Verwaltungsingenieure.

Ferner fehlt die gesetzliche Regelung auf dem Gebiete des Wohnbaues. Da ist vor allem ein Wohnbauförderungsgesetz notwendig, das heißt eine Vereinheitlichung der Bundes- und Landes-Siedlungsfonds. Warum sind diese in verschiedenen Händen, wo es doch öffentliche Gelder, Steuergelder sind? Warum sind die Kompetenzen der Bundes- und Landes-Wohnbauförderungsfonds verschieden? Der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds kann an Private überhaupt keine Darlehen geben, sondern nur an Gemeinden und gemeinnützige Baugenossenschaften.

Ferner ist hier durch ein Wohnbauförderungsgesetz endlich einmal auch mit dem Usus, mit dem Mißbrauch zu brechen, daß die Bauangelegenheiten acht verschiedenen Ministerien unterstehen und ebenso neun verschiedenen Landesregierungen, es daher 17 kompetente Stellen gibt und nichts einheitlich geregelt ist. Alles wird verzettelt, dort wird gebaut, da wird gebaut, eine richtige Linie, ein großer Plan fehlt.

Ebenso fehlt ein Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz. Die Gebührenordnung von 1946 nimmt ja fast keine Rücksicht auf die Gemeinnützigkeit.

Ebenso müßte die Erstellung der Arbeiterwohnungen unbedingt unter die Bestimmungen für Gemeinnützigkeit fallen, und die betreffenden Gelder müßten steuerfrei sein. Wenn es auch richtig ist, wie dagegen angewendet wird, daß dann der Fiskus und nicht der Unternehmer einen Teil dieser Arbeiterwohnungen mitbezahlt, kann uns das in der heutigen Situation doch wohl gleichgültig sein, weil es die wichtigste und erste Pflicht ist, daß überhaupt Wohnungen gebaut werden.

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2837

Zu erwähnen wäre noch, daß es, ich möchte geradezu sagen, ein Unfug ist, daß diese gewissen fünfjährigen Rücklagen für Reparaturen und Verbesserungen für die Einkommensteuer versteuert werden. Da müßte auch Wandel geschaffen werden, denn diese Beträge sind widmungsgemäß eben zur Erhaltung und Verbesserung des Hausbesitzes, aber nicht zur Auffüllung des Staatssäckels und des Fiskus bestimmt.

Schließlich fehlt auch auf dem Gebiete des Normenwesens in Österreich sehr viel. Wir haben wohl einen Normenausschuß, der auch tätig ist, aber man hört von seiner Tätigkeit eigentlich wenig. Ich möchte nur fragen: Warum wird nicht die VOB, das heißt die Verdingungsordnung für Bauleistungen, einfach bei uns übernommen, wie sie seinerzeit in Deutschland in Geltung war? Jeder Techniker weiß, daß diese Bestimmungen und Anordnungen einfach muster-gültig waren. Wenn man etwas Muster-gültiges sieht, muß es doch, weil es zufällig im Dritten Reich in Geltung war, deswegen nicht schlecht sein. Oder darf man es deswegen nicht übernehmen? Ich glaube, das ist mehr als kurzsichtig.

Es wird nun eine eigene ÖNORM ausgearbeitet, die eigentlich nichts anderes ist als ein Komprimat dieser VOB. Aber ich weiß nicht, ob es ein günstiges Komprimat ist. Es ist dort vieles besser und ausführlicher als in dieser ÖNORM behandelt worden. Die Bedingungen für Ausschreibung und Abrechnung, die dort festgelegt wurden, sind bei uns in Österreich noch nicht in Geltung. Da ist angeblich der Normenausschuß damit beschäftigt, aber man hört nichts davon. In dieser Hinsicht ist die Gemeinde Wien wieder vorbildlich, weil sie dort, wo noch keine österreichischen Normen bestehen, die VOB in Geltung gesetzt hat. Es wäre höchste Zeit, daß die VOB überhaupt in Geltung gesetzt wird und diese Kommissionen nicht weiterhin leerlaufen.

Jetzt komme ich zum Wohnungsbau als solchem. Es herrscht immer noch der Streit, ob kommunaler oder privater Wohnungsbau. Nun, dieser Streit sollte endlich aufhören, und man sollte an dem Beispiel von Deutschland lernen. Das System ist dort gegeben und sehr erfolgreich, wie man allerorten feststellen konnte. Es herrscht dort im allgemeinen privater Wohnungsbau, der jedoch kommunal kreditiert und finanziert wird. Dieses Exempel sollten wir nachmachen und auch auf dieselbe Weise bauen, statt uns herumzustreiten, ob so oder so.

Ich will hier nicht Ziffern bringen. Ziffern sind nicht nur langweilig, sondern können

auch hier im Hause nicht nachgeprüft werden. Ich möchte nur ein einziges Beispiel herausheben. Durch den Städtebund wurde die Feststellung gemacht, daß in Österreich ungefähr 250.000 Wohnungen fehlen, die gebaut werden müßten. Ebenso ist es nur zu bekannt, daß nach vorsichtiger Schätzung jährlich ein Bedarf von ungefähr 3000 Wohnungen zuwächst, ein Zuwachs durch neue Haushalte und den Ausfall von nicht mehr benützten Wohnungen. Vor einem Jahre konnte man für eine Wohnungseinheit, bestehend aus zwei Zimmern und Küche, noch ungefähr 50.000 S rechnen. Heute sind die Preise für eine solche Einheit bereits bei 80.000 S angelangt. Das heißt also, diese 250.000 Wohnungen würden eine Summe von 20 Milliarden Schilling erfordern. Wir haben im ganzen Budget für alles, was Bau ist, nur 1-5 Milliarden Schilling ausgeworfen. Ich glaube, es ist etwas mehr, aber man kann für Wohnbau kaum die Hälfte davon einsetzen, also 750 Millionen Schilling. Sie können sich ausrechnen, wann in diesem Fall die 20 Milliarden aufgebracht sein werden — in 30 Jahren! Ebenso kosten die 3000 Wohnungen, die im Jahre anfallen, nach den heutigen Preisverhältnissen bereits 240 Millionen, und das ist schon die Hälfte von dem, was überhaupt für den Wohnungsbau zur Verfügung steht.

Es muß also auf diesem Gebiet auch irgend etwas geschehen, um den Wohnungsbau voranzutreiben. Da ist es vor allem notwendig, wie ich schon erwähnte, eine Gesamtplanung aufzustellen, damit nicht planlos gebaut wird. Es muß auch einmal festgestellt werden, welche Bauten am vordringlichsten sind, und das Vordringlichste muß zuerst in Angriff genommen werden. Ebenso notwendig wäre es, wie auch schon in der Enquete, die in der letzten Zeit von der Bauinnung veranstaltet wurde, betont wurde, das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz zu novellieren. Es gibt dort Dinge, die nicht ganz richtig sind und sich ungünstig ausgewirkt haben. Ich will hier wegen der Kürze der Zeit nicht näher darauf eingehen. Das Ganze ist ja im Druck erschienen, und die Vorschläge der Bauinnung können nachgelesen werden.

Ebenso betone ich bei dieser Gelegenheit nochmals, daß für die Vorantreibung und die Verwendung der Geldmittel für den Wohnungsbau unbedingt die Zivilarchitekten heranzuziehen sind. Die Zivilarchitekten haben durch ihren Dienstgrad halbamtliche Eigenschaft, sie können in dieser Hinsicht ausgenützt werden, denn man kann diese Arbeitskräfte nicht brachliegen lassen.

2838 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

Ich komme nun zu den übrigen Bauten. Hinsichtlich des Wasserbaues möchte ich sagen, daß die Zusammenlegung der Agenden, die bisher in zwei oder drei Ministerien verteilt sind, unbedingt erforderlich ist. Ebenso ist es bei dem Elektrizitätswesen usw.

Ich komme nun zum Straßenbau und muß hier eine sehr betrübliche Feststellung machen. Im Jahre 1951 sind für den Bundesstraßenbau 345 Millionen ausgeworfen worden, im Jahre 1952 werden es 395 Millionen sein, also um nur 50 Millionen mehr als im Vorjahr, obwohl die Preise bei Straßenbauten — wie Sie sich selbst überzeugen können, wenn Sie sich bei irgendeiner großen Straßenbaufirma erkundigen — inzwischen um 34 Prozent gestiegen sind. Das heißt, es würden nur durch diese Steigerung — wenn man in demselben Rahmen wie 1951 bleiben wollte — um 117 Millionen Schilling mehr erforderlich sein. Es sind aber statt 462 Millionen, wie es notwendig wäre, nur 395 Millionen ausgeworfen worden. Das heißt mit anderen Worten, daß heute die Instandhaltung der Bundesstraßen nicht mehr im vollen Umfang aufrechterhalten werden kann, noch weniger können aber weitere Bauten durchgeführt werden. Ich vermisste, daß irgendeiner der maßgebenden Herren bei der Behandlung des Kapitels Fremdenverkehr auf diesen Umstand aufmerksam gemacht hätte. Diese Ziffer verschlechtert sich aber noch weiter, wenn man bedenkt, daß bei den Straßenbauämtern noch gewaltige Zahlungsrückstände bestehen, die dadurch entstanden sind, daß gerade nur die eigenen Regiearbeiten im Nachtragskredit des vorigen Jahres berücksichtigt wurden, alle übrigen Steigerungen aber nicht. Mit anderen Worten heißt das, daß sich auch diese ausgeworfene Summe noch bedeutend verringert. Es müßte also auf dem Gebiete des Straßenbaues unbedingt irgend etwas geschaffen werden — auch im Interesse der Vollbeschäftigung wäre das gut —, damit wir nur im alten Rahmen bleiben.

Es ist gerade auch beim Straßenbau notwendig, auf einen anderen Umstand aufmerksam zu machen und einzuwirken: Die allzuvielen Eigenregiearbeiten, die die Straßenbauämter selbst durchführen — wenn man wirkliche Vergleichsrechnungen macht, wird man ebenfalls daraufkommen —, sind teurer, als wenn die Arbeiten an eine Firma vergeben werden; denn niemals berücksichtigen sie, was die Maschinen, die sie beistellen, kosten — die sind einfach da —, was das Personal für diesen Bau eigentlich kostet — das ist einfach da. Das heißt mit anderen Worten: Entweder ist zuviel Personal vorhanden, oder diese Eigenregiearbeiten werden

als Ausrede benützt, um das Personal noch mehr zu vermehren.

Wenn ich jetzt auf die Nöte des Baugewerbes zu sprechen komme, so möchte ich zuerst einmal anführen, daß hauptsächlich für kleinere Bauvorhaben die Baubewilligungen oft sehr schleppend erfolgen und bei den verschiedensten Bauämtern riesig lange Fristen dafür notwendig sind, um da zu einem Ziel zu kommen. Schlimm ist es in dieser Hinsicht auch auf dem Gebiet des Wiederaufbaues. Das gilt auch für Wien. Da werden Planungen vorgenommen, es werden verschiedene Architekten damit beauftragt, und ich kenne Fälle, in denen nach zwei Jahren noch keine Bewilligung und keine Honorierung erfolgt ist. Das sind auch Zustände, die einer Remedur bedürfen.

Das Schwierigste im Baugewerbe sind jedoch die finanziellen Belange. Gehen wir da einmal auf die Zahlungsmodalitäten der öffentlichen Hand ein! Da wird man finden, daß es gewisse Deckungsrücklässe gibt, daß es eine Haftzeit gibt usw. In der ÖNORM, die ich früher erwähnte, ist behandelt, wie das gehandhabt werden soll. Aber diese ÖNORM wird leider niemals eingehalten, sondern es ist in jedem Falle sozusagen eine Angelegenheit des Handelns der Baufirma mit der betreffenden Behörde, wie sie zu ihrem Geld kommt, wann die Bauleistungen abgenommen werden usw. Kurz und gut, die Finanzierung muß die Baufirma eigentlich in den meisten Fällen selbst leisten, und das ist in der heutigen Zeit der Kreditnot usw. kaum durchzuführen und ein unbilliges Verlangen, besonders wenn man bedenkt, daß der Zinsendienst für solche Kredite wohl auch in der ÖNORM als rückzahlungspflichtig hingestellt wird, aber wieder von den einzelnen Behörden niemals zugestanden wird. Es kommt dann auch in jedem Fall zu einem Handel, ich möchte sagen, zu einem Kuhhandel, es wird den Firmen das heruntergerissen, und bei der heutigen Konkurrenz und Anspannung kommt die Baufirma dann überhaupt um jeden Verdienst. Ich möchte da nur auf das böse Beispiel aus der letzten Zeit hinweisen: das ist der Zusammenbruch der großen Firma Rella & Neffe. Dort sind wohl auch andere Momente maßgebend gewesen, was zugegeben werden soll, aber eines der Hauptmomente waren die großen Schulden, die die öffentliche Hand bei dieser Firma hatte.

Und das vorwegnehmend komme ich gleich auch auf eine andere Ursache: Unser Rechnungshof trägt die Schuld! Der Rechnungshof schreibt ganz gegen die ÖNORM vor, daß der Bau immer an den billigsten Anbotsteller zu vergeben ist, was wirtschaftlich

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2839

nicht vertretbar ist. Der Billigste ist nicht immer der Beste und kann es nicht sein. So kommt es zu einem gegenseitigen Herunterlizitieren, und die Baufirmen sind dann gezwungen, das, was sie durch die Anbotstellung verlieren, auf andere Weise hereinzubringen. Das heißt also, die Baumoral leidet und die Firmen sind gezwungen, um überhaupt in Arbeit bleiben zu können, zu allen möglichen oft absolut nicht vertretbaren Machinationen zu greifen.

Die Behörden haben hier eine völlig falsche Dienstauffassung. Sie müßten wirtschaftlich denken und nicht vielleicht nach dem alten Vorurteil des Profitgeiers in der Rolle des Unternehmers stecken bleiben. Heute ist der Bauunternehmer bestimmt kein Profitgeier mehr; er hat sogar ein sehr schweres Auskommen.

Um die Finanzierungsschwierigkeiten zu beheben, müßte endlich darangegangen werden, sagen wir, eine Baubank oder etwas Ähnliches ins Leben zu rufen, und dann gewisse Interimszahlungserleichterungen etwa durch einen Bauwechsel zu schaffen, der zum Beispiel ein Leistungswechsel oder ein Materialwechsel wäre und einfach auf Grund einer entsprechenden Bestätigung der betreffenden Behörde eingelöst werden könnte, daß diese oder jene Leistung bereits erbracht worden ist, ohne daß sofort die lange Abrechnung erforderlich ist, oder daß dieses und jenes Material bereits geliefert worden ist. Das würde die Finanzierung der Baufirmen wesentlich erleichtern.

Schließlich und endlich ist bei den Baufirmen hinsichtlich der Beschaffung von Ersatzteilen für die Baumaschinen ein Notstand eingetreten. Für die Beschaffung dieser Ersatzteile und auch für die Anschaffung der Baumaschinen selbst werden oft nur ganz ungenügende D-Mark-Beträge bereitgestellt, fast nie aber ausreichende Beträge zur Verfügung gestellt; außerdem dauert die Beschaffung viel zu lange, sodaß die Baumaschinen ausscheiden und solange ruhen müssen, bis es endlich gelingt, von der Notenbank die Bewilligung zu erhalten.

Wenn ich hier das Gebiet des Bauwesens im großen und ganzen umrissen habe, so möchte ich jetzt zum Schluß noch auf ein Gebiet hinweisen, das bestimmt nicht das unwichtigste ist und das bei uns in Österreich völlig vernachlässigt wurde. Ich meine die Forschungsstellen für das Bauwesen und für die Technik. Eine solche wäre noch ins Leben zu rufen. Ich habe wohl gelesen, daß beabsichtigt ist, etwas Derartiges auf dem Boden des alten Arsenal's ins Leben zu rufen, aber erstens ist dies noch Zukunftsmusik, und

zweitens stünden dafür die Hochschulen zur Verfügung, die in dieser Hinsicht dringend einer Hilfe bedürfen. Da aber geschieht nichts. Warum denn auch alles zentralisieren? Ich glaube, es wäre gut, zunächst das zu unterstützen, was schon vorhanden ist. In diesem Zusammenhang weise ich hauptsächlich auf das Forschungsinstitut für Holz hin, das ich schon einmal erwähnt habe und über das man sich immer herumstreitet. Ich habe vom Herrn Minister diesbezüglich schon eine Antwort, aber keine bindende Antwort bekommen. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß bei uns in Österreich überhaupt noch keine Stelle besteht, die den Winterbau, den Frostbau behandeln würde. Ich kann darauf hinweisen, daß in der Sowjetunion den ganzen Winter über gebaut wird, und dort sind viel strengere Winter als bei uns hier. Uns aber fehlen selbst die einfachsten Grundlagen auf diesem Gebiete.

Ich darf da auch auf eine kleine Groteske in bezug auf die Straßenpflege und die Schneeräumung hinweisen: Wir haben in einem ganz kleinen Straßenbauamt einen Oberbaurat sitzen, der als internationaler Fachmann auf dem Gebiete der Schneeräumung gilt und der sein Verfahren unter Todt bereits in ganz Europa eingeführt hat. Ich bin deshalb schon an verschiedene Hochschulen herangetreten, habe sie darauf aufmerksam gemacht und habe ihnen gesagt: Hier habt ihr den Fachmann, den ihr sucht; ihr habt ja gar keinen! Aber nichts ist geschehen. Das ist wieder ein Beispiel dafür, wie man in Österreich Fachleute behandelt, wie man sie in der Ecke stehen läßt und Freunde sucht, die oft nicht soweit sind und nicht die Erfahrungen besitzen. Ich werde dem Herrn Minister später den Namen nennen, denn ich will hier nicht für eine Einzelperson Reklame machen.

Da meine Zeit abgelaufen ist, möchte ich schließen und den Herrn Minister nur noch bitten, sein Augenmerk in einem höheren Ausmaß auf das Gebiet des Bauwesens zu lenken und eine verantwortliche Stelle zu schaffen, die ihn entlastet und tatsächlich die technischen Belange und im besonderen die Belange des Bauwesens in Österreich richtig und verantwortlich betreuen kann. *(Beifall beim KdU.)*

Präsident Dr. Gorbach *(der inzwischen den Vorsitz übernommen hat)*: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abg. Krippner. *(Abg. Dr. Herbert Kraus: Wo ist denn Ihre Partei? — Abg. Neuwirth: Die interessiert sich für den Handel nicht! — Abg. Krippner: Sie werden gleich kommen!)*

Abg. Krippner: Hohes Haus! Es ist tief zu bedauern, daß das Lebensglück des öster-

2840 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

reichischen Bürgers nach Jahren härtester Entbehrungen ausgerechnet vom Schweinefleisch abhängt. In diesem Zusammenhang ist denn auch die Schweinefleischkrise, die heuer im Sommer eingetreten ist, maßlos aufgebauscht worden. Man hat dabei aber ganz vergessen, daß fettes Schweinernes noch im Winter und noch im Frühjahr des heurigen Jahres nicht anzubringen war und daß sogar die Wurst bei den Kaufleuten und in den Fleischerläden nicht zuviel Speck enthalten durfte.

Statt der Sachlage irgendwie Rechnung zu tragen, hat man zu den sonderbarsten Mitteln gegriffen. Man hat in der ganzen Welt herumgesehen, ob nicht irgendwo ein Schweinderl ist, das man noch fangen kann und dem man die Marke „Austria“ daraufpicken kann. Man hat Schweine schon in Ägypten und Wildschweine in der Türkei gesucht, 50 bis 60 Waggon sind da für uns herumgeschwommen. (*Heiterkeit.*) In den verschiedenen Korrespondenzen hat man ganz übersehen, daß man sich vor der ganzen Welt lächerlich macht, wenn man solche Dinge tut, statt daß man den Käuferstreik, mit dem man ja auch schon geliebäugelt hat, tatsächlich einmal in Szene gesetzt hätte. Ich stimme da der Meinung der Frau Kollegin Moik bei — es gibt da manchmal auch mit ihr Berührungspunkte (*Heiterkeit*), so auch beim Käuferstreik. Da wären wir ganz auf einer Seite, und es wäre wirklich zu erwägen, eine solche Geschichte einmal durchzuführen. Ich könnte auch andere Beispiele nennen, nicht nur das Schweinerne. Wie wäre es denn zum Beispiel mit einem kleinen Streik bei den Eiern zu Weihnachten? Die Eier werden ja am meisten verlangt, wenn am wenigsten da sind; dafür bleiben sie dann zu Ostern liegen. Und wie wäre es zum Beispiel auch mit einem Käuferstreik beim Spinat am Gründonnerstag? Dafür wird er dann weggeschmissen, wenn genug davon da ist.

Meine Damen und Herren! Es gibt genug andere Beispiele. Ich will nur noch auf die absurde Tatsache hinweisen, daß man zur gleichen Zeit, als man bei uns diesen Wirbel gemacht hat, in Ostdeutschland, in Leipzig auf der Messe, grüne Heringe auf Fleischmarken ausgegeben hat und daß sich die Leute in Agram, einst dem Schweinefleischreichsten Gebiet Europas, um Rindfleisch anstellen mußten.

Meine Damen und Herren! Als man dann auf einmal eingesehen hat — und da kommt das Bedenkliche —, daß mit dem Schweinefleischwirbel allein nichts getan ist, da hat man die Erdäpfel zu Hilfe genommen und ist in Österreich, zum Beispiel in Leoben und

Graz, damit herumgezogen und hat in Reden verkündet: Mit den Erdäpfeln ist was los, mit den Erdäpfeln muß auch etwas geschehen! Damit hat man glücklich jene Nervosität erzielt, die man damit erreichen wollte. Der Marillen- und der Kirschenskandal ziehen eben nicht mehr, aber mit dem Erdäpfelskandal hat man immerhin Aussicht, eine Beunruhigung zu schaffen.

Was ist geschehen? Der Import von 5000 t Erdäpfeln ist bewilligt worden — auf die näheren Einzelheiten will ich nicht eingehen —, nur 450 t sind gekommen. Auf einmal war der ganze Skandal aus. Mir wurde heute mitgeteilt, daß trotz dem Preis von 1 S bei importierten Erdäpfeln die Kartoffeln auf dem Yppenmarkt nur 95 Groschen kosten.

Ich möchte diesen hochgeehrten Sonntagsrednern so gerne etwas Mäßigung empfehlen. Sie mögen sich auf andere als auf wirtschaftliche Dinge werfen, von denen sie ohnehin meistens nichts verstehen.

Aber man ist vom Schweinefleisch gleich abgekommen und hat folgendes als besonderes Allheilmittel empfohlen: In Donawitz und Umgebung werde man das Fleisch selbst in den Betrieben aushacken und es um 10, 20, um 30 Prozent billiger abgeben können. Na schön, das ist ja auch kein Kunststück. Man erspart dabei die Miete, Beleuchtung, Beheizung, man erspart sämtliche Steuern inklusive der Umsatzsteuer, der Mann steht auch in der Freizeit zur Verfügung — heißt es natürlich —, und es ist daher kein Wunder, wenn das Fleisch um jenen Betrag billiger abgegeben werden kann, um den der Staat an jenen Abgaben, die ihm zukommen, geprellt wird.

Von da ist nur mehr ein Schritt weiter zu den Betriebsratsaktionen, die auch amtlich gefördert werden sollen. Ich habe gleich gewußt, als ich vor kurzem die Anfrage der Kollegen Fageth und Genossen bezüglich des Verkaufs von Damenhöschchen, Büstenhaltern und ähnlichen schönen Dingen im Bundeskanzleramt gelesen habe, daß damit nur irgendwie abgelenkt werden sollte. Ich habe hier ein Rundschreiben des Betriebsausschusses des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vor mir liegen, der mitteilt, daß man beim Kontrollor Janus eine Menge schöner Sachen haben kann. Von Manner-Schnitten bis zu Lederwaren steht alles zur Verfügung. Ähnlich ist es bei den Stickstoffwerken in Linz. Da liegt mir ein Rundschreiben „Seifenaktion“ vor. Danach ist ein Verkauf ohne vorherige Bestellung im Bibliothekszimmer des Betriebsratsbüros in der Zeit von 10 bis 19 Uhr, also in der Betriebszeit, möglich.

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2841

Auch dabei gibt es eine Menge schöner Sachen: Geschenkpäckchen, Toiletteseifen mit verschiedenen Gerüchen, auch Baumbehang und dergleichen. Ich empfehle dieses Rundschreiben dem Kollegen Fageth zur freundlichen Beachtung. Der Linzer Landesregierung ist es bereits übermittelt worden.

Aber mit all diesen Sachen, die ich hier erörtert habe und die eigentlich gar nicht hierher gehören, verbinden sich dunkle Motive. Man will damit einfach wieder die Bewirtschaftung erreichen. Die Wiedereinführung der Bewirtschaftung lockt halt, und es locken die damit verbundenen Schreibtische und Sessel, von denen aus es sich so schön anschaffen läßt: „Auf Nr. 17 ein halbes Kilo Gemüse ohne Aussuchen, mit der Schaufel eingefäßt!“ usw. Aber ich warne Sie: Die Hausfrauen pfeifen darauf, sich neuerlich anzustellen und die Bewirtschaftung über sich ergehen zu lassen.

Diesmal haben wir den Konsumenten auf unserer Seite, wenn wir gegen die Bewirtschaftung unsere Stimme erheben. Man will damit auch gleich die Wirtschaft angreifen, den Handel, der sich sozusagen als unnötiges Zwischenglied zwischen den höchst ehrenwerten Konsumenten und den Produzenten schiebe. Und wie ich bereits in der letzten Budgetdebatte vorgebracht habe, kommt dann das berühmte Schlagwort zum Hausgebrauch: der „funktionslose Handel“. Dieser Unsinn, gelinde gesagt, ist ja schon etwas abgeflaut, denn man hat eingesehen, daß man damit keine Katz hinter dem Ofen hervorlocken kann. Dennoch ist es notwendig, daß ich, wie im Vorjahr, den eindringlichen Appell an Sie richte, mir Branchen oder Firmen zu nennen, die Sie zum funktionslosen Handel zählen. Ich werde dann hingehen und mich mit den Arbeitern und den Angestellten ins Einvernehmen setzen und sie fragen, worin ihre funktionslose Tätigkeit besteht. Vielleicht bekomme ich dann eine richtige Auskunft. Die beste Widerlegung des funktionslosen Handels ist die Tatsache des Bestehens der Konsumvereine und der Genossenschaften, meine Damen und Herren, die ja um keinen Groschen billiger oder preiswerter liefern als der gesamte übrige Handel (*Widerspruch bei den Sozialisten*), obwohl bei ihnen der Zwischenhandel angeblich ausgeschaltet ist. Im Gegenteil, die Konsumvereine und die GÖC haben bei den Lohnverhandlungen im Herbst, die sehr schwierig waren, nach dem Lohn- und Preisabkommen ausdrücklich erklärt, daß es auch ihnen unmöglich sei, mit diesen Spannen auszukommen. Das werden die Unterhändler der Gewerkschaft, die bei den Verhandlungen anwesend waren, gewiß bestätigen können. Auch dieses Märchen fällt

in nichts zusammen. Ein funktionsloser Zwischenhandel ist schon möglich, aber nur im Rahmen der Bewirtschaftung, denn dann blüht wieder etwas anderes, der Schleich- und Schwarzhandel, wodurch eben der funktionslose Zwischenhandel gefördert wird, angeregt durch die Verteilung über sogenannte Wirtschaftsverbände.

Dieser Wirbel wird ja immer vor Weihnachten inszeniert. Heuer haben wir diesen Leuten durch die Preissenkungsaktion den Wind etwas aus den Segeln genommen. Sie ersehen auch daraus, daß sich der Handel seiner Verpflichtung der Bevölkerung gegenüber voll und ganz bewußt ist. Sie ersehen dies schon daraus, daß Wirtschaft und Handel durch die Preissenkungsaktion große Opfer im Interesse der Allgemeinheit bringen. Es ist hier bereits gesagt worden, daß der Bevölkerung durch diese Preissenkungsaktion schon bisher eine halbe Milliarde Schilling erspart worden ist.

Und was geschieht nun auf der hochverehrten Gegenseite? Da wird die Preisherabsetzung lächerlich gemacht. Die „Weltpresse“ tut sich dabei ganz besonders hervor, und auch das Plakat des ÖGB stößt in das gleiche Horn. „Was ist da schon geschehen? Es muß noch viel mehr geschehen!“ und dergleichen mehr hört man. (*Abg. Wilhelmine Moik: Das ist eben zuwenig!*) In der „Arbeiter-Zeitung“ wird darüber eine ganze Seite geschrieben. Aber was ist mit einer Preisherabsetzung bei Blech und Eisen? Da werden Krokodilstränen vergossen, es könne unmöglich etwas geschehen, diese Betriebe gingen sonst zu Grunde, sie lebten ohnehin nur vom Draufzahlen. Drei Tage später hat sich das Draufzahlen aufgehört, und man hat auch dort die Preise doch um 5 Prozent herabsetzen können.

Die Preissenkungsaktion muß und wird fortgesetzt werden (*Zwischenrufe*), und verlassen Sie sich darauf, wir werden sie auch fortsetzen. Aber wenn Sie so schön in der Loge sitzen und sagen: Der Raab soll sich erwürgen mit all den anderen!, (*Zwischenrufe*) oder wenn Sie höchstens leise Beifall klatschen und sagen: Es ist viel zuwenig, da muß viel mehr geschehen! — dann muß man Ihnen erwidern: So gehen die Dinge nicht! — um mit den Worten meines hochverehrten Herrn Chefs zu sprechen. So geht das nicht, daß Sie schon ankündigen, am 1. Jänner 1952 werden die Frachtgebühren wieder höher, und von uns verlangen, die Preissenkungsaktion müsse weitergehen. So geht das nicht, daß auf einmal auch die Hundesteuer erhöht wird. (*Ruf bei den Sozialisten: Was hat die Hundesteuer damit*

2842 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

zu tun? — *Heiterkeit.*) Das ist etwas, was jeden trifft. Auch Sie haben einen Hund zu Hause. Ich weiß schon. (*Neuerliche Heiterkeit und Zwischenrufe.* — *Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.*)

Es wäre zum Beispiel eine sehr schöne Tat, wenn Sie vielleicht einmal sagen würden: Was ist mit einer Herabsetzung der Gewerkschaftsbeiträge? Sie werden vielleicht sagen, das ginge mich nichts an. Aber das ist wieder nicht wahr, ich bin ja als Volksvertreter auch dazu da. Wenn Sie den Gewerkschaftsbeitrag herabsetzen oder bei der Wohnbausteuer sagen würden: Lieber Arbeiter und Angestellter, den Schilling für den Wohnbau übernehmen wir!, das wäre eine soziale Tat, zu der ich Sie beglückwünschen könnte.

Zu den gestern gegen die Regierung erhobenen Vorwürfen, daß der Handel mit den Oststaaten nicht gefördert werde, will ich hier nicht viele Worte verlieren. Diese Ausführungen zeigten nur große Naivität oder Unwissenheit. Oder weiß der Kollege nicht, daß es beim Handel mit den Oststaaten so ausschaut, daß inan zwar einen Vertrag schließt, nach dem man Speck und Fleisch bekommen soll, daß aber dann statt dessen Tomatenmark und Sauerkraut hereinkommt? Dabei ist zu sagen, daß sich in der letzten Zeit die Verhältnisse schon etwas gebessert haben. Wenn wir jetzt aus Ungarn statt des versprochenen Specks und Fleisches wenigstens Reis bekommen, so ist das schon etwas besser, als wenn wir Waren erhalten, die wir nicht brauchen können, wie die vorher erwähnten Artikel. Allerdings ist dieser Reis um 3 S teurer als anderswo. Das ist also das Problem der Handelsverbindungen mit den Oststaaten.

Wenn ich nun kurz die Luxusautos streife, so geschieht das deswegen, weil immer jeder Redner, dem nichts mehr einfällt, von den Luxus- und Personenautos spricht. (*Heiterkeit.*) Da ist besonders die Zeitschrift der „ÖGB-Bildungsfunktionär“ des Gewerkschaftsbundes zu nennen. Ich habe dieses Blatt gestern in der Hand gehabt. Darin sind zwei schöne Autos vor der Handelskammer abgebildet. Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir als verantwortungsbewußte Volksvertreter sollten mit solchen Spässen aufhören, denn Autos sind heute bestimmt kein Luxus mehr, sondern eine bessere Art eines Fortbewegungsmittels. (*Zwischenrufe.*) Ich komme nicht in den Verdacht, Luxusautos zu besitzen. Aber vielleicht hätte sich der gute Photograph auch beim Parteitag Ihrer Partei zum Sofiensaal hinstellen können; dort hätte er auch ein paar Autos fotografieren können und dort hätte er auch ein paar wunderschöne

Exemplare gefunden, die denen nicht nachstehen, die auf dem Bild vorder Handelskammer gezeigt werden.

Wenn einem Redner schon gar nichts mehr einfällt, spricht er auch von den Kartellen. Über Kartelle läßt sich so schön reden, weil man davon überzeugt sein kann, daß die Zuhörer ohnehin davon nichts verstehen. Die Kartelle sind ein sehr beliebtes Thema für Sonntagsredner, und am meisten habe ich schmunzeln, wenn nicht lachen müssen, als sich vor einiger Zeit ein Hausmeister bei irgendeiner Veranstaltung berufen gefühlt hat, über die Kartelle zu sprechen. Der gute Mann wäre sicherlich sehr verwundert gewesen, wenn man ihm gesagt hätte, daß die Vereinbarung, die in seiner Berufskörperschaft besteht, daß aus dem Sperrsechserl ein wunderschöner Sperr-Doppelschilling geworden ist, ja auch eine Art Kartell ist. Er hätte sich sicherlich zur Wehr gesetzt, wenn man das als ein Sperrsechserl-Kartell bezeichnet hätte. (*Abg. Weikhart: Die Hausmeister-Kartellvereinigung! — Heiterkeit.*)

Das Kartellproblem ist seit Jahrzehnten umstritten. Es haben sich, wenn Sie es noch nicht wissen sollten, berühmte Nationalökonomien in England und Amerika schon seit Jahrzehnten den Kopf darüber zerbrochen, und sie sind auf keinen grünen Zweig gekommen. Wir haben den Kartellgesetzentwurf drei Jahre lang beraten. Als ich ins Parlament hereingekommen bin, hatten wir ihn, glaube ich, in der 17. Auflage vor uns liegen. Wir haben ihn durchberaten, und als wir dann fertig waren, ist der Herr Kollege Kostroun gekommen. Er, der sonst sehr sanftmütig ist, hat einen roten Kopf bekommen, hat auf den Tisch gehaut — man mußte ihn zurückhalten, damit nichts passiert — und hat gesagt: Das ist zuwenig, das muß verschärft werden! Dann haben wir noch ein paar Sitzungen abgehalten, und nun ist einer nach dem anderen aufgestanden. Der eine sagte, es geschehe nichts, dem anderen war das Gesetz zu mild, wieder einem anderen zu scharf, und andere sagten, das Gesetz bringe überhaupt nichts Neues. Zum Schluß haben sich im Ausschuß zwei Meinungen gebildet. Meine Meinung habe ich Ihnen in diesem Ausschuß bereits kundgetan, damit Sie mich nicht verdächtigen können, ein Verteidiger der Kartelle zu sein. (*Abg. Weikhart: Krippner als Konsumentenvertreter! — Heiterkeit.*) Mein Entwurf ist ganz kurz und besteht bloß aus zwei Paragraphen: § 1. Die Kartelle sind verboten. § 2. Wer diese Bestimmung übertritt — Todesstrafe!

Aber so einfach liegen die Dinge nicht. Sie wissen es ja selbst aus eigenem. Sie wissen

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2843

ja ganz genau, daß auch wichtige Arbeitnehmerinteressen damit zusammenhängen. Oft ist der Schutz des Arbeitsplatzes davon abhängig, schließlich und endlich ist auch euer lieber und guter Freund Waldbrunner froh, daß er sein Eisen- und Blechkartell hat, und ich weiß nicht, ob nicht auch die Stromlieferanten froh sind, daß sie ein wunderschönes Elektrizitätskartell haben. Darüber werden wir auch sprechen.

In diesem Zusammenhang komme ich auch noch auf den schönen Spruch der „Arbeiter-Zeitung“ zurück: Teurer, aber doch preiswert!, der sich nicht auf die Kipfler und auf das Schweinerne bezieht, sondern auf die „Arbeiter-Zeitung“ selbst, die zwar teurer geworden, aber trotzdem preiswert ist. Diese gemeinsame Preisbestimmung der Zeitungen ist doch ebenfalls ein Kartell. Aber so etwas gönnt man den anderen Berufszweigen nicht! (Abg. Hartleb: Was sagt Helmer dazu? — Bundesminister Helmer: Das macht mir genug Sorgen! — Heiterkeit.)

Das dritte beliebte Schlagwort für den täglichen Hausgebrauch ist das Untersagungsgesetz. (Zwischenruf des Abg. Dr. Migsch.) Herr Minister Migsch, Sie haben das Untersagungsgesetz mit einem Naturschutzpark verglichen und mit einer Festung mit Wall und Graben, in der die so schön behüteten Nutznießer des Untersagungsgesetzes sitzen und die Pfründen einheimsen, die sie kampflos bekommen. Als Vorwand nehmen Sie die Unterbindung des Wettbewerbes oder — es läßt sich so schön reden — das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen!“, was für die Existenzgründung der Jungen ja notwendig und was an sich schön und gut ist. (Abg. Dr. Migsch: Und was auch wahr ist, Herr Krippner! — Heiterkeit.) Herr Kollege, warten Sie nur ein bißchen. Erstens einmal, was den Wettbewerb betrifft, so kann ich Sie beruhigen. (Abg. Dr. Migsch: Nein!) Diese Bestimmungen werden sehr liberal gehandhabt. In Wien sind heuer in den ersten drei Monaten von 341 Geschäften nicht weniger als 60 Prozent positiv begutachtet worden. Bei den Ansuchen um weitere Betriebsstätten und Zweigniederlassungen hatten wir 80 Prozent, bei Geschäftsübernahmen 90 Prozent und bei Geschäftserweiterungen 95 Prozent positive Begutachtungen.

Sie werden nun sagen, daß in München und überhaupt in Westdeutschland die Gewerbefreiheit eingeführt wurde. Das stimmt, aber ich habe, als ich draußen war, meine Wunder erlebt, als ich sah, wieviel Volksvermögen dadurch vergeudet wurde und wie

viele Existenzen vernichtet wurden. (Abg. Dr. Migsch: Aber billiger ist es in Deutschland!) Nein, Herr Minister, das ist nicht richtig. Ich war wiederholt draußen und kann Ihnen daher sagen, daß das nicht stimmt. Die Preise befinden sich in Deutschland auf dem gleichen Niveau wie bei uns. Heute ist die Auslese auch schon vorbei. Die Zahl der Abmeldungen überwiegt draußen schon die der Anmeldungen, es ist eine Menge von Konkursen und Insolvenzen zu verzeichnen. Sie selbst, Herr Minister, haben behauptet, es müßten mehr Geschäfte aufgemacht werden, denn dann würden die Waren billiger werden. Ihr Klubkollege hat hingegen gesagt: Nein, es sind zu viele Geschäfte da, wir haben so viele Neugründungen, es müssen weniger Geschäfte da sein, denn sonst werden die Waren zu teuer! Was stimmt nun, Herr Kollege Migsch? Weder das eine noch das andere! Es wird nur so erzählt, damit man entsprechende Argumente hat. Wer fordert denn die Aufhebung des Untersagungsgesetzes? Die GÖC, die Konsumvereine und ihre Filialbetriebe wissen nicht, was sie mit den vielen Geldreserven anfangen sollen, die in die hundert Millionen Schilling gehen, die sie durch Rückstellungen bekommen haben. Jetzt wollen sie an jeder Ecke ein Geschäft und eine neue Filiale errichten. (Widerspruch bei den Sozialisten.) Deshalb sagen Sie, Sie wollen die jungen Kaufleute fördern und unterstützen.

Wir werden bestimmt über das Untersagungsgesetz noch sprechen. (Abg. Dr. Migsch: Es muß fallen!) Ich bin kein unbedingter Verfechter der Totalität, auch nicht beim Untersagungsgesetz. Wir werden den Befähigungsnachweis verschärfen und auch — da werden Sie uns beipflichten — die Meisterprüfungsbestimmungen (Abg. Doktor Migsch: Daraus wird nichts!), aber wir werden auch trachten, daß die Konsumvereine zugunsten der jungen Kaufleute darauf verzichten, Filialen zu errichten. Wir werden auch darauf dringen, daß die Altersversicherung für die Handels- und Gewerbetreibenden geschaffen wird. Aber auch über das Pfuschergesetz, Herr Kollege Migsch, werden wir noch sprechen und dafür sorgen, daß den schönen, netten Betriebsratsaktionen und den Pfuschern das Handwerk gelegt wird. Alle diese Probleme werden bestimmt noch gelöst werden.

Nur bei einem Problem weiß ich nicht, wie wir es lösen sollen. Es ist das Krebsgeschwür am Körper Österreichs, die USIA-Betriebe. Es werden ständig neue Filialen der USIA errichtet. In Wien sind es bereits 57 und in Niederösterreich 167. In der Gudrun-

2844 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

straße und bei der Bärenmühle sind die Leute in Viererreihen angestellt. Es ist aber auch schwer, den Leuten begreiflich zu machen, daß sie dort nicht einkaufen sollen, weil sie die Unterschiede bei den Preisen sehen. Dort kostet die Flasche Rum 14 S, während sie anderswo 18 und 20 S kostet. Die Hausfrauen vergessen, daß die 30, 40 bis 100 Millionen Schilling, die dem Staat allein durch den Ausfall der Monopolabgaben bei Rum und Spirituosen entgehen, in anderer Weise wieder aufgebracht werden müssen. Für die USIA-Filialen ist keine Gewerbeanmeldung notwendig, sie zahlen keinen Zoll und auch keine Steuern. Der Herr Finanzminister hat in der Budgetdebatte erklärt, daß durch diesen Ausfall an direkten Steuern allein ein Abgang von einer halben Milliarde Schilling entsteht. Dabei sind die zehnpromzentige Getränkesteuer für die Gemeinde Wien, die Bahnfrachten und die sozialen Abgaben nicht berücksichtigt, die von diesen Betrieben gleichfalls nicht geleistet werden. Es ist daher nicht zuviel gerechnet, wenn man sagt, daß der Schaden, der dem Staat durch die USIA-Betriebe entsteht, über eine Milliarde Schilling beträgt.

Weiters ist auch zu bedenken, daß den Marktamtsbeamten der Zutritt in diese Filialen nicht gestattet ist und dadurch keine Fleischschau stattfinden kann. So wurde auch, wie in den Blättern mehrfach zu lesen war, vor ein paar Wochen gesundheitsschädliches Öl verkauft — was nur nebenbei erwähnt sei.

Die ganze Wirtschaft in Österreich wird korrumpiert, wenn man bedenkt, daß allein in den letzten Tagen, als in Wien in den anderen Geschäften keine Rosinen zu haben waren, 10 bis 14 Waggon Rosinen eingelangt sind, die nun nur in den USIA-Betrieben zu erhalten sind. In Wien durften sie die Großhändler nicht übernehmen. Die Rosinen sind dann in die Provinz geschickt worden, wo sie dann von den Zollbeamten beschlagnahmt wurden, weil sie unter der Vorspiegelung, sie wären zollbehandelt worden, versendet worden waren. 100 Waggon Mandarinen und Orangen liegen hier — ich möchte das dem Herrn Minister zur Kenntnis bringen —, die mit einem Aufgeld von 3-50 S ihren Käufer suchen und auch finden werden. Zoll und Steuern werden auch bei diesen Sendungen wieder hinterzogen. 60 BMW-Autos sind eingelangt. Sie stehen in der Porzellangasse und Umgebung und werden um zirka 80.000 S verkauft. 700 bis 800 Säcke Kaffee liegen in Matzleinsdorf, während das Gerücht von der Kaffeeknappheit in die Welt gesetzt wird, wahrscheinlich deshalb, um höhere Preise zu erzielen. Meine Damen und Herren! Wir müssen uns sehr bald aufraffen, hier

Mittel und Wege zu suchen, um diesem anscheinend unlösbaren Problem an den Leib zu gehen.

Die Grundlage des gesamten USIA-Geschäftes ist das Branntweingeschäft. Da muß ich nun sagen, daß leider Gottes die österreichische Branntweinmonopolverordnung der USIA noch Vorschub leistet. Das österreichische Branntweinmonopol verkauft den Liter Weingeist um 28 S. Dieser Preis ist deswegen so hoch, weil wir der Industrie den Industriespiritum um 1-50 S abgeben und der Hausfrau den Brennspritum um 2 S, also billiger als eine Flasche Sodawasser. Um 14 S kriegen ihn die Apotheken. Der Selbstkostenpreis beträgt dadurch, daß der Brennspritum und der Industriespiritum so billig abgegeben werden, 13-50 S. Der österreichische Staat verdient also bloß 50 Groschen. Daher sind auch Rum, Liköre und Branntwein so teuer. Die USIA verkauft keinen Industrie- und Brennspritum, im Gegenteil, mir wurde noch erklärt, daß unser Monopol billigen Spiritum in die USIA-Lackfabriken liefern müsse. Die USIA verkauft den Spiritum um 20 S und verdient daran mehr als die Hälfte, während das österreichische Monopol schweren Schaden erleidet, da der größte Teil des Spiritum nicht über das österreichische Monopol zum Verkauf gelangt, wobei der geringe Reingewinn nur 50 Groschen beträgt. Statt hier eine vernünftige Preisrelation herbeizuführen, den Weingeistpreis zu senken, den Rum zu verbilligen und dabei zu trachten, der USIA das Geschäft abzugraben, ist man hergegangen und hat die Kaufleute und Gewerbetreibenden mit einem Branntweinvertriebbuch beglückt, das die reinste Tierquälerei in der Aus- und Umrechnung von Prozentsen darstellt. Diese Maßnahme wird das Problem bestimmt nicht lösen, sie ist daher zwecklos und wird auch keinen Erfolg bringen.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Spitzen des Staates und der Behörden den Kopf in den Sand stecken und eine Vogel-Strauß-Politik betreiben. Wenn die Sache so weitergeht, bis die Finanzen des österreichischen Staates total zerrüttet werden, dann wird sich der Herr Finanzminister bald nicht mehr den Kopf über die Finanzen zu zerbrechen haben. Diese Sorge werden ihm dann andere abgenommen haben.

Man muß auch trachten, daß die Firmen, die an USIA-Betriebe liefern, beispielsweise von der Salzbelieferung ausgeschaltet werden. Es geht nicht an, daß in den USIA-Geschäften Waren von Firmen zu beziehen sind, die nicht unter USIA-Verwaltung stehen. Es sollte also nicht durch solche Firmen zum Beispiel der

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2845

Imperial-Feigenkaffee geliefert werden. Man müßte diese Firmen und Fabriken dazu verhalten — wie man auch die Greißler zwingt, für jeden Liter Rum, den sie bei der USIA kaufen, die Monopolabgabe nachzuzahlen —, dem österreichischen Staat auch die entgangene Umsatzsteuer nachzuzahlen.

Weiters möchte ich auch den Appell an die Hausfrauen richten — hoffentlich wird das bald in einem anderen Rahmen als bloß durch die Presse geschehen —, daß sie sich ihrer nationalen Pflicht bewußt sein sollen und wetterfest sein mögen wie die Berliner, die den Ansturm aus dem Osten abgewehrt haben. Auch unsere Hausfrauen müssen wissen, daß sie durch jeden einzelnen Groschen, den sie dorthin tragen, den österreichischen Staat auf das schwerste schädigen und mit dazu beitragen, daß 20 und 30 Luxuslimousinen beim Trattnerhof herumstehen — auch bei sonstigen USIA-Zentralen —, die also aus den entfallenen Steuereingängen des österreichischen Staates angeschafft wurden.

Wir befinden uns den USIA-Betrieben gegenüber in einer nationalen Notwehr. Der nationale Notstand muß proklamiert werden. Alle müssen wir zusammenhelfen, damit endlich einmal dieses Krebsgeschwür am Körper Österreichs zum Verschwinden kommt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Abg. Gschweidl: Hohes Haus! Ich möchte mich zunächst mit der langen Rede kurzem Sinn des Herrn Abg. Ebenbichler beschäftigen, der in seiner Rede unter anderem erklärt hat, daß Österreich über kein Gold verfügt und daß die Währung in Österreich nicht das Vertrauen der Bevölkerung genießt. Was nun den Umstand betrifft, daß Österreich über kein Gold verfügt, dürfte dem Herrn Abg. Ebenbichler entgangen sein, daß das nicht die Schuld der österreichischen Bevölkerung ist. Ich möchte ihn daran erinnern, daß am 13. März 1938 Hitler Österreich annektierte (*Abg. Ebenbichler: Das nützt doch heute nichts!*) und daß am 14. März 1938 der damalige Finanzminister des Reiches nach Österreich gekommen ist, um sämtliche Goldreserven zu beschlagnahmen, und zwar nicht nur diejenigen, die in der Oesterreichischen Nationalbank gelegen sind, sondern auch diejenigen, die in den diversen Sparkassen und in den sonstigen kleineren Sparanstalten vorhanden waren.

Daß wir in Österreich gegenwärtig in einer Vertrauenskrise gegenüber der Währung leben, ist zweifellos richtig. Aber ich möchte den Herrn Abg. Ebenbichler fragen, wer dazu beiträgt. Daß die österreichische Bevölkerung heute dem Schilling nicht ihr Vertrauen entgegenbringt, ist nur daraus zu erklären, daß

neben der Propaganda der österreichischen Kommunisten auch die Propaganda des österreichischen VdU dazu beiträgt, dieses Vertrauen zu erschüttern. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Scheuch: Da ist keine Propaganda notwendig!*) Die Flüsterpropaganda, daß der Schilling entwertet wird, die Propaganda, daß man kein Geld in die Sparkassen legen soll, hat dazu geführt, daß das Vertrauen erschüttert wurde. (*Ruf beim KdU: Haben Sie jemand von uns gehört, der das sagte?*)

Herr Abg. Ebenbichler hat auch davon geredet, daß in Österreich das Untersagungsgesetz keinen Sinn mehr hat. Dem muß ich entgegenhalten, daß der Sinn des Gesetzes doch noch vorhanden ist. Sein Sinn liegt offenbar darin, daß die österreichische Konsumgenossenschaft auf Grund des Untersagungsgesetzes keine Filialen mehr errichten kann, daß hier nicht der Wille der Konsumenten entscheiden soll, ob irgendwo eine Filiale oder eine Abgabestelle errichtet werden darf, sondern daß hier ausschließlich der kleine Krämergeist, der Krämergeist draußen in den Dörfern und in den Märkten entscheidet, ob die Genossenschaft eine Filiale errichten darf oder nicht. Was in England oder in Schweden und in Dänemark eine Selbstverständlichkeit ist, daß nämlich die Konsumgenossenschaften ihre Entwicklung anstreben dürfen und können, trifft für Österreich nicht zu. Die modernen Staaten haben ausgesprochen genossenschaftsfreundliche Gesetze, währenddem wir in Österreich genossenschaftsfeindliche Gesetze inszenieren.

Der Herr Abg. Ebenbichler hat ebenso wie verschiedene andere Redner erklärt, daß die Scheingewinne in irgendeiner Form verschwinden sollen. Ich möchte hiezu folgendes feststellen: Auch der Abg. Ebenbichler ist für die österreichische Bevölkerung kein politischer Gewinn, und wir wären ohne weiteres bereit, diesen Posten ordnungsgemäß abzubuchen.

Aber nun zu etwas Ernsterem. Ich möchte mich damit beschäftigen, daß Niederösterreich nicht nur das Land ist, das bei den Kriegsschäden an zweiter Stelle steht, sondern daß neben den allgemeinen Kriegsschäden in der Industrie und der Landwirtschaft auch die Fremdenverkehrsindustrie in Niederösterreich schwerste Schäden erlitten hat.

Nach einer Statistik aus dem Jahre 1936 standen der Fremdenverkehrsindustrie in Niederösterreich damals 91.641 Fremdenbetten zur Verfügung. Diese Betten sind aufgeteilt auf 2529 Hotels und Gaststätten, 99 Schutzhütten, 329 Pensionen und 16.721 Privathäuser.

2846 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

Eine Erhebung aus dem Jahre 1948 ergibt, daß 95 Fremdenverkehrsbetriebe vollkommen zerstört wurden, 307 Betriebe teilweise zerstört sind und daß bei 952 Betrieben die Einrichtung zur Gänze verlorengegangen ist. 95 Betriebe waren beschlagnahmt, und 85 Betriebe wurden für andere Zwecke verwendet.

Im Jahre 1950 hatte Niederösterreich nach einer neuesten Erhebung nur mehr 19.211 Betten in 2173 Hotels und Gasthöfen, 1860 Betten in 83 Schutzhütten, 4841 Betten in 80 Pensionen und 9800 Betten in Privatquartieren, somit lediglich nur mehr insgesamt etwa 35.700 Betten. Gegenüber dem Jahre 1936 fehlen 55.000 oder 61 Prozent der gesamten Fremdenbetten.

Die Nächtigungsziffern im niederösterreichischen Fremdenverkehr beliefen sich im Jahre 1937 auf 5.700.000, im Jahre 1951 auf 2.034.000 Nächtigungen. Auf das Friedensjahr 1937 fehlen also immer noch 3.700.000 Nächtigungen.

Niederösterreich konnte sich im Fremdenverkehr nicht so rasch erholen wie die anderen Bundesländer. Welche sind nun die Ursachen dafür, daß das Tempo so langsam ist?

Hier muß zunächst einmal festgestellt werden, daß in Niederösterreich das Vorhandensein der Ostzone einen wesentlichen Einfluß auf den Fremdenverkehr nimmt. Es herrscht vielfach draußen in den Fremdenverkehrsgemeinden, wie die uns vorliegenden Berichte besagen, eine Angst vor der Einquartierung, die Angst, daß derjenige, der heute größere Investitionen tätigt und der seinen Betrieb wieder in Ordnung bringt, Einquartierungen bekommen könnte und damit sein aufgewendetes Kapital umsonst ausgegeben hat, daß seine Mühe ebenfalls umsonst war. Hinzu kommt noch, daß bei den Gästen, die nach Niederösterreich kommen, eine gewisse Angst davor herrscht, in eine von den Russen besetzte Zone zu gehen.

Am deutlichsten wirkt sich das Vorhandensein der Zonen beim ausländischen Fremdenverkehr aus. 1936 hat Niederösterreich 5,70 Prozent des gesamten Bundesanteiles in seinem Land beherbergt; im Jahre 1950 sind es lediglich 0,79 Prozent. Hier erweist sich am deutlichsten, daß die Ausländer, also diejenigen Gäste, die die Devisen nach Österreich bringen, am wenigsten am Fremdenverkehr Niederösterreichs beteiligt sind. Niederösterreich ist heute lediglich auf die Großstadt Wien und auf die Umgebung Wiens angewiesen.

Zweitens kann die Geringfügigkeit der Mittel für den Wiederaufbau angeführt werden. Nieder-

österreich hat Kriegsschäden von 230 Millionen Schilling aufzuweisen. Bis jetzt hat Niederösterreich von den ERP-Mitteln lediglich 4,5 Millionen Schilling erhalten, das sind 1,7 Prozent des gesamten Bundesanteiles.

Wenn wir heute nach Baden, auf den Semmering und in sonstige große Fremdenverkehrsgemeinden kommen, dann finden wir dort noch immer zerstörte Hotels und zerstörte Unterkünfte, und niemand ist imstande, die dafür notwendigen Geldmittel aufzubringen. Die niederösterreichische Landesregierung hat einen eigenen Gewerbeförderungsfonds eingerichtet, der bis jetzt in 192 Fällen den Zinsendienst mit einem Betrag von 6,4 Millionen Schilling übernommen hat. In 152 Fällen hat der Fonds zinsenlose Darlehen von insgesamt 1,8 Millionen Schilling gewährt. Die Mittel sind zusammengenommen außerordentlich gering, und ich möchte daher an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau die Bitte richten, Niederösterreich im Interesse des Fremdenverkehrs jene Mittel zur Verfügung zu stellen, die dieses Land in den Stand setzen, seine Fremdenverkehrsindustrie so wie die übrigen Bundesländer aufzubauen.

Wir wissen schon, daß in den Bestimmungen über die Ausgabe der ERP-Mittel Regelungen enthalten sind, die besagen, daß nur an Betriebe mit devisenbringenden Gästen Darlehen gegeben werden dürfen. Ich glaube aber, es ist notwendig, auch im Interesse Niederösterreichs selbst den beteiligten Faktoren klarzumachen, daß dieses Land zum gesamten Bundesstaat Österreich gehört und daher nicht ausgenommen sein kann.

In den großen Fremdenverkehrsgemeinden Baden, Semmering usw. ist das Vorhandensein des Eisernen Vorhanges besonders spürbar. In diesen Gebieten gab es bis 1938 einen umfangreichen Ausländerfremdenverkehr, heute aber wirkt sich die Tatsache, daß die Bewohner der Oststaaten nicht mehr heraufkommen können, daß aus Ungarn, Jugoslawien usw. keine Fremden mehr dorthin kommen, niederschmetternd für diese niederösterreichischen Gebiete aus.

Ich möchte noch einige Dinge herausgreifen, auf die ich den Herrn Bundesminister aufmerksam machen möchte. Was wir neben diesen Mitteln aus dem Marshallplan brauchen, sind Straßen durch Niederösterreich. Wir wissen, daß die Bundesregierung schon in den letzten Jahren in Niederösterreich, da ja Wien das Ausfallstor in die Bundesländer ist, größere Investitionen durchgeführt hat. Wir brauchen aber trotz dieser bisher investierten Mittel noch größere Beträge, um auch hier unsere Aufgaben als Fremdenverkehrsland

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2847

erfüllen zu können. Hiezu kommt noch der allgemeine Verkehr auf der Schiene; hier wird ebenfalls versucht werden müssen, Niederösterreich durch Verbesserung des Verkehrs auf der Schiene einen Beitrag zum Wiederaufbau zu geben.

Ein wesentlicher Umstand aber, der Niederösterreich in der Zukunft auszeichnen muß, ist die Preisbildung. Niederösterreich ist auf die Gäste aus Wien und nicht mehr so wie früher zu einem großen Teil auf ausländische Gäste angewiesen. Niederösterreich wird in erster Linie vom Mittelstand, von den Arbeitern und Angestellten besucht. Hier eine Preispolitik zu betreiben, um das, was auf der einen Seite an Zuzug fehlt, durch eine gediegene und geschickte Preiserstellung auf der anderen Seite wieder wettzumachen, muß Aufgabe aller beteiligten Kreise in Niederösterreich sein.

Wir haben vielleicht auf diesem Gebiet einen Vorzug. Niederösterreich hat ein Fremdenverkehrsgesetz geschaffen, das die Fremdenverkehrsangelegenheiten aus den Händen der Verschönerungsvereine oder der Hotellerie nimmt und sie in die Hände der Gemeinden legt. Die Gemeinden haben nunmehr die Möglichkeit, aktiv an der Gesamtgestaltung des Fremdenverkehrs, aber auch wesentlich an der Preisgestaltung Anteil zu nehmen. Der Fremdenverkehr hat an sich für die bodenständige Bevölkerung ein doppeltes Gesicht. Gerade bei uns muß die Preisgestaltung im Fremdenverkehr so gediegen und aufrichtig sein, daß die in diesen Dörfern und Fremdenverkehrsgemeinden lebende einheimische Bevölkerung nicht durch überhöhte Preise unnötig in Ärger versetzt wird. Daß hier die Kammer der gewerblichen Wirtschaft mit der Landwirtschaftskammer, der Arbeiterkammer und den sonstigen beteiligten Kreisen zusammenarbeiten muß, hat sich in den letzten Wochen in den verschiedensten Dingen erwiesen.

Für Niederösterreich, das für Wien Einfallsgebiet ist, ist noch die Verbilligung der Vor- und Nachsaison sehr wesentlich. Wir leiden in Niederösterreich daran, daß in der Hauptsaison durch den Bettenmangel die Fremdenverkehrsgemeinden und die Sommerfrischen überfüllt sind, während zu anderen Zeiten niemand auf Urlaub geht. Wir müssen daher als Anreiz verbilligte Vor- und Nachsaisonpreise einführen. Hier muß ein Weg gefunden werden, der bei der Fremdenverkehrsindustrie einerseits und beim Urlauber auf der anderen Seite zu einer gewissen Befriedigung führt.

Genau so ist bekannt, ob es sich nun um Niederösterreich oder um die westlichen Bundesländer handelt, daß die Saison für die

Fremdenverkehrsindustrie im allgemeinen zu kurz ist. Hier Möglichkeiten der Ausdehnung zu schaffen und zu finden, muß die Aufgabe der nächsten Monate sein.

Ein Wort noch zur Planung der Werbung. Niederösterreich ist in der gesamtösterreichischen Werbung für den Fremdenverkehr — so wie bei den Marshallplangeldern — in mancher Beziehung stiefmütterlich behandelt worden. Auch in diesem Fall ergeht mein Wunsch an den Herrn Bundesminister, für Niederösterreich in der Gesamtwerbung einen größeren Raum zu schaffen.

Die Modernisierung der Betriebe in der Fremdenverkehrsindustrie, der Ausbau der sanitären Anlagen in den Fremdenverkehrsgemeinden wird Gegenstand umfassender Maßnahmen in der nächsten Zukunft sein. Und ich schließe hier lediglich meine Bitte an den Herrn Minister an, auch für diese Maßnahmen die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Niederösterreich hat in den letzten Jahren auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs sicher Umfassendes und Großes geleistet. Wenn man sich zurückerinnert, daß 1945 viele Betriebe ihrer kompletten Einrichtungen entblößt, daß viele Betriebe zerstört gewesen sind und nun sieht, wie im Zusammenwirken aller Kräfte, der Gemeinden und der Fremdenverkehrsindustrie, ein Aufbau möglich war, daß wir heute Bezirke in Niederösterreich vorfinden, die weit über die Kapazität von 1936 und 1937 hinausgewachsen sind, so müssen wir diese Entwicklung als ein gemeinsames Verdienst anerkennen.

Ein Wort noch, Herr Minister, zu den neuen Beförderungsmitteln, zu den Seilbahnen in Niederösterreich. In Niederösterreich wachsen, wie in den anderen Ländern auch, in den letzten Jahren verschiedene Sessellifte und Gondelbahnen aus dem Boden, aber hier mangelt es den Gemeinden und den verschiedenen daran interessierten Gruppen ebenfalls an der notwendigen finanziellen Unterstützung. Auch hier einen Beitrag von seiten des Bundes zu leisten ist meine Bitte.

Wenn es uns gelingt, auch Niederösterreich jenen Beitrag zu leisten, der bisher bereits an die westlichen Bundesländer gegangen ist, dann wird, davon bin ich fest überzeugt, Niederösterreich so wie in der Vergangenheit auch in Hinkunft ein treuer Kämpfer für die gesamten bundesstaatlichen Angelegenheiten sein! *(Beifall bei den Sozialisten.)*

Inzwischen hat der Präsident den Vorsitz übernommen.

2848 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

Abg. Grubhofer: Hohes Haus! Wenn man der Debatte etwas aufmerksam gefolgt ist, die sich zu diesem Kapitel nun eben abgewickelt hat, so konnte man feststellen, daß eine Reihe von Argumenten vorgetragen wurden, die man ohne weiteres unterstützen kann. Es ist Kritik geübt worden, und ich stehe nicht an, diese Kritik irgendwie in meinen Ausführungen indirekt zu bestätigen. Es ist aber auch solche Kritik geübt worden, auf die man leicht antworten und die man sehr leicht widerlegen könnte. Aber die Zeit hierfür ist leider Gottes nicht gegeben, weil ja die Redezeit eingeschränkt ist.

Ich habe nun vor, zu diesem Kapitel einige grundsätzliche Ausführungen zu machen. Wenn wir dem Bericht des Berichtstatters gefolgt sind, so haben wir daraus entnehmen können, daß für Handel, Gewerbe und Industrie ein Ausgabenansatz von rund 163 Millionen Schilling vorgesehen ist. Die Bewilligung der Geldansätze, die im Budget enthalten sind, und diese Budgetberatung überhaupt sind die einzige Möglichkeit für den Nationalrat, an der Vollziehung des Bundes mitzuwirken, das heißt, die materiellen bzw. die geldlichen Voraussetzungen zu schaffen und die Ansätze zu genehmigen, die zum Vollzug der Agenden notwendig sind. Die Kapitel 20 und 21 geben uns also Gelegenheit, hier einmal konkret zu den wirtschaftlichen Dingen und zu der Wirtschaftspolitik überhaupt zu sprechen.

Ich bin der Meinung, daß dieses Kapitel an sich schon falsch überschrieben ist und daß es auch nicht richtig ist, wenn im Volksmund das Ministerium, das wir jetzt hinsichtlich seiner Geldansätze behandeln, nur Handelsministerium genannt wird. Denn es ist viel mehr, was dort verwaltet wird, was von dort ausgeht, wofür dort die Grundlagen geschaffen, die Verträge geschlossen werden. Es ist die Wirtschaft im gesamten. Wirtschaft ist ja sicherlich viel mehr als Handel, Wirtschaft ist viel mehr als Gewerbe, und Wirtschaft ist sicherlich auch viel mehr als Industrie. Ja Wirtschaft ist noch mehr als das alles zusammen. Ich traue mir zu sagen: Wirtschaft ist die Hülle, die das Leben einkleidet. Wirtschaft ist die stete Bereitstellung der materiellen Güter, die einfach notwendig und erforderlich sind, um dieses Leben halbwegs lebenswert zu gestalten! Daher ist diese Wirtschaft auch reich an Problemen. So ist es in allen Staaten, nicht nur bei uns. Wir finden heute in Frankreich, ja in der Schweiz, in England, überall um uns die Probleme der Wirtschaft als Problem Nummer 1. Es ist keineswegs nur bei uns in Österreich so, daß man immer und immer wieder zu den

wirtschaftlichen Problemen Stellung nehmen muß.

Ich bin der Meinung, daß Wirtschaft etwas ist, was sich nicht ohne weiteres in Gesetze fassen läßt. Wirtschaft muß frei sein, Wirtschaft muß vielfältig sein; dann ist sie stark und gesund. Wirtschaft ist ein reales Entstehen. Deshalb fällt Wirtschaft auch nicht so sehr von vornherein unter jene Agenden, die die gesetzgebende Körperschaft zu behandeln hat.

Weil nun Wirtschaft eine Realität ist, die uns immer wieder neu und in einer anderen Art begegnet, ist sie vielmehr eine Vollzugstätigkeit für die Regierung, und der Nationalrat ist leider vielfach ausgeschaltet. Aber wenn es nur bei der Regierung bliebe, könnte man noch zufrieden sein. Denn diese Regierung hat ja die Wirtschaftsgesetze, die wir hier beschlossen haben, auch zu vollziehen. Heute aber beschäftigen sich in Österreich mit Wirtschaft viel mehr Stellen als die Regierung oder das Wirtschaftsministerium, jetzt genannt Ministerium für Handel und Wiederaufbau. Mit der Wirtschaft beschäftigt sich das Außenamt, das die Außenhandelsverträge abschließt, mit Wirtschaft beschäftigt sich das Finanzministerium, und mit Wirtschaft beschäftigt sich auch das Ministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe. Also hier allein schon haben wir eine Dreiteilung. Und man kann sicher annehmen, daß es zweckmäßiger wäre, wenn diese Wirtschaftsverwaltung eine Einheit bilden würde, wenn diese Wirtschaft in einem einheitlichen Ministerium geformt würde. Warum könnte das nicht alles in einem Wirtschaftsministerium zusammengefaßt sein? Ich weiß schon, daß momentan eine zweite Verfassung besteht, nämlich der Koalitions-pakt, der sicherlich sein muß; denn wenn zwei verschiedene Gesinnungsgemeinschaften miteinander eine Koalition bilden, so ist es natürlich notwendig, daß darüber irgendein Vertrag geschlossen wird. Das ist eben jetzt momentan nicht zu ändern. Schließlich und endlich aber soll das, was wir hier sagen, nicht nur für den Augenblick gelten, sondern für lange Sicht. Vielleicht ist es irgendwie nützlich, das Gesagte später wieder, wenn man solche Dinge ändern kann, aufzugreifen.

Aber mit den wirtschaftlichen Problemen und den Grundentscheidungen für die Wirtschaft befassen sich noch viel mehr Stellen als die, die ich eben genannt habe, Stellen, die sich außerhalb der Regierung und außerhalb der Ministerien befinden. Da ist einmal die Nationalbank, die in der Wirtschaft eine Führungsrolle einnehmen will. Da ist der Bankenverband, der in der Geldwirtschaft —

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2849

es handelt sich schließlich und endlich dabei um eine fundamentale Angelegenheit — eine Führungsrolle beansprucht. Da ist der Sparkassenverband, der über die Höhe des Zinsfußes beschließt, während eine andere Stelle wieder über die Bankrate und wieder eine andere Stelle über die Krediteinschränkungen beschließt. Da reden noch andere Persönlichkeiten und Institutionen in die Wirtschaft drein. Da ist das Wirtschaftsforschungsinstitut, das Produktivitäts-Zentrum etc.; alle diese Institutionen befassen sich irgendwie mit der Wirtschaft, und da werden dann die entsprechenden Konsortien gebildet und Beschlüsse gefaßt, die die Wirtschaft irgendwie treffen.

Sie werden vielleicht darüber erstaunt sein, daß gerade ich als Angehöriger der stärksten Regierungspartei das sage. Aber ich sage das deshalb, weil ich glaube, daß es nur richtig und nützlich sein kann, wenn man solche Dinge hier offen darlegt. Es werden Maßnahmen seitens dieser Institutionen getroffen, die die Wirtschaft und damit alles, was da kreucht und fleucht, in einem Maße berühren, von dem der Wert des Schillings, das Ansehen der Währung überhaupt, die Vollbeschäftigung, die Exportmöglichkeit und vieles andere abhängt.

Das sind meines Erachtens so wichtige Probleme und so schwerwiegende Entscheidungen und Maßnahmen, daß sie schon vorher im Parlament besprochen werden sollten. So ist es in anderen Ländern, so könnte es auch bei uns sein. Und es gäbe einen Weg dazu, denn Regierungsvorlagen müssen meines Erachtens nicht nur absolut Gesetzesvorlagen sein. Die Geschäftsordnung des Nationalrates sagt im § 13: „Gegenstände der Verhandlung des Nationalrates sind folgende Vorlagen: Anträge von Mitgliedern des Nationalrates; Vorlagen der Bundesregierung; Gesetzesanträge des Bundesrates; Volksbegehren; Anträge von Ausschüssen; Anfragen und Bittschriften.“ Damit sind die Verhandlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Aber man soll mir klarmachen oder beweisen, daß eine Regierungsvorlage unbedingt eine Gesetzesvorlage sein muß. Die Regierung könnte auch eine Erklärung oder einen Bericht gerade hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation abgeben und sich hier beraten lassen. Auch die Erklärung eines Ministers oder des Kanzlers ist in der Verfassung im Art. 52 gewährleistet, denn nach dieser Bestimmung kann ein Abgeordneter dazu auffordern, daß die Regierung Rechenschaft über ihr Tun und Lassen gibt. Man könnte doch der Meinung sein, daß die Regierung oder ihre Minister dem Nationalrat auch einmal ohne Aufforderung eine derartige Rechenschaft geben.

Wir haben — und ich glaube im Zusammenhang mit diesen von mir jetzt vorgetragenen Gedankengängen — im April dieses Jahres ein Gesetz verabschiedet, das das Wirtschaftsdirektorium zum Inhalt hat. In diesem Wirtschaftsdirektorium werden die wichtigen wirtschaftlichen Probleme behandelt. Gerade von der gestrigen Ministerratssitzung lesen wir, daß da Probleme behandelt wurden, die jeden von uns irgendwie interessieren und berühren. Gut! Dazu ist das Wirtschaftsdirektorium kraft des Gesetzes beauftragt, das der Nationalrat beschlossen hat. Aber dieses Wirtschaftsdirektoriumsgesetz hat in seinem § 4 eine Bestimmung, wonach die Bundesregierung dem Hauptausschuß des Nationalrates mindestens vierteljährlich über die auf Grund dieses Bundesgesetzes getroffenen Maßnahmen zu berichten hat. Ich möchte nun im besonderen den verantwortlichen Herrn Minister, den Bundesminister für wirtschaftliche Agenden, bitten, in der Regierung und im Wirtschaftsdirektorium dafür zu plädieren, daß derartige Berichte nun einmal dem Nationalrat gegeben werden. Ich glaube, das ist seitens eines Abgeordneten sicherlich kein unbilliges Verlangen, gerade deshalb, weil die Volksvertreter im Volk schließlich nicht nur als Gesetzesmacher gelten, sondern die Volksvertreter für alles verantwortlich gemacht werden. Den Volksvertretern werden an ihren Sprechtagen und in den Versammlungen alle diese Fragen gestellt, sie müssen Rede und Antwort geben und fühlen sich auch irgendwie verantwortlich und mitschuldig an den Maßnahmen. Wenn wir schon mitverantworten müssen — und diese Verantwortung tragen wir schließlich auch gerne, dazu sind wir ja auch gewählt und berufen worden —, dann müssen wir auch mitwissen.

Ich möchte auch bitten, das, was ich jetzt zum Ausdruck gebracht habe, zu beachten, damit eine Praxis geübt wird, nach der der Nationalrat über diese wichtigen Probleme gehört wird. Das hätte auch noch einen anderen Vorteil. Wenn die Regierung den Nationalrat mit diesen Fragen beschäftigen würde, dann könnte sie sich auf diese Weise eine Rückendeckung schaffen, und es wäre all dieser unguuten Propaganda, die von gewisser Seite gemacht wird, der Wind aus den Segeln genommen. Hier im Hause könnte Argument auf Argument treffen, die Meinungen könnten aufeinanderprallen, und dann könnte die Regierung noch immer so tun, wie sie glaubt, daß es richtig ist. Sie könnte sich aber auch den Ergebnissen dieser Beratungen anschließen oder sich das zu eigen machen, was dabei Gutes herauskommt.

2850 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

Ich möchte zu diesem Kapitel sagen: Ich bin absolut dafür, daß Experten gehört werden und Fachleute mitentscheiden. Aber es darf nicht so sein, daß allmählich eine Expertenpolitik vor die Politik der Volksvertreter gestellt wird, sondern es soll doch eine gewisse Harmonie bestehen.

Und nun zur Wirtschaft. Ich möchte dazu einleitend folgendes erklären, denn das muß einmal, glaube ich, von dieser Stelle aus gesagt werden: Wenn unsere Herren der Koalitionspartei in ihrem Zentralorgan, der „Arbeiter-Zeitung“, über Wirtschaft schreiben, so lesen wir immer: Wirtschaft ist gleich ÖVP, Wirtschaft ist gleich Raab, Wirtschaft ist gleich Handelsminister Kolb! Meine Herren, das ist nicht richtig, das ist nicht objektiv. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ich möchte Ihnen einmal sagen, wer die Wirtschaft ist. Was hinsichtlich der Wirtschaft in dieser Regierung und in den Institutionen, die ich eben genannt habe und die außerhalb von Regierung und Nationalrat stehen, gemacht wird, wird von Ihnen mitgemacht, denn dort sind Ihre Leute auch vertreten. Die Regierung ist eine Koalitionsregierung, und alle, die dort vertreten sind, haben die Verantwortung mitzutragen und sollen sich auch nicht scheuen, vor ihren Leuten und in ihrem Organ diese Verantwortung zum Ausdruck zu bringen. Wirtschaft ist nicht nur Raab. Wenn Sie das sagen, bestätigen Sie ja, daß Ihr Kollege Kostroun überhaupt niemanden hinter sich hat! Er will auch einem Wirtschaftsverband vorstehen.

Wenn Sie über die Wirtschaft sprechen, dann sind es immer die Wirtschaftstreibenden, Unternehmer, die da als Kapitalisten, als Ausbeuter und Materialisten bezeichnet werden. Ja, meine geschätzten Herren der Koalitionspartei, die Leute, die Sie so bezeichnen, werden auch von uns abgelehnt, denn diese stehen nicht hinter Raab, die vertritt Raab nicht und die vertritt die ÖVP nicht. Wissen Sie auch, wen diese Leute wählen? Das eine Mal SPÖ, das andere Mal VdU, dann weiß oder überhaupt nicht, gerade nach Laune und Konjunktur.

Zu diesem Kapitel möchte ich nur eine ganz kleine Zwischenbemerkung machen. Der Herr Abg. Truppe hat gestern vom funktionslosen Zwischenhandel gesprochen. Zweifels ohne wäre es richtig, wenn man Untersuchungen anstellte, inwieweit man gewisse Elemente ausschalten könnte, die die Wirtschaft nicht beleben, sondern belasten. Aber hüten Sie sich vor diesem schon etwas abgedroschenen Schlagwort „funktionsloser Zwischenhandel“; denn Sie treffen, glaube ich, auch Leute Ihrer eigenen Partei!

Funktionsloser Zwischenhandel ist nach Ihrer Auffassung gleich Großhandel. Mir ist bekannt, daß auch solche Großhandel treiben, die in Ihrem sozialistischen Wirtschaftsverband eine Landesobmannstelle einnehmen. Wenn dieser Mann nun im Großhandel „funktionslos“ ist und in Ihrer Partei eine Funktion hat, so scheint das für Sie kein Gegensatz zu sein. *(Abg. Truppe: Aber produktiv muß er sein! — Abg. Dengler: Außerdem sind dort auch Tausende von Angestellten beschäftigt!)* Der Kollege Dengler hat recht! In diesem angeblich funktionslosen Zwischenhandel sind sehr viele Angestellte, aber auch Arbeiter beschäftigt und beziehen ihr Saläre; sie müssen damit ihre Familien erhalten. Es ist ja nicht so, daß diese Menschen dann so ohne weiteres irgendwoanders untergebracht werden könnten. Ich glaube, daran muß man immer denken. *(Abg. Truppe: Sie sollen aber einer produktiven Arbeit zugeführt werden!)* Der Grundsatz der Produktivität ist sehr richtig, verehrter Herr Kollege Truppe, aber auch im Großhandel liegt Produktivität! Der Großhandel hat eine wichtige Verteilungsfunktion *(Zwischenrufe)*, zum Beispiel auch in der Textilwirtschaft. Die Produktionsbetriebe können nicht Metragen an die Kleingeschäfte auf dem Land und in den Tälern verkaufen; das wäre für sie eine zu große Arbeit und Belastung. Sie geben daher ihre Waren dem Großhandel, der teilt und verteilt. Auch hier wiederum sind Angestellte und Arbeiter beschäftigt. Die Post macht ihr Geschäft mit dem Großhandel, denn dieser läßt durch sie die Pakete befördern, hingegen läßt der Produktionsbetrieb seine Waren über Spediteure mit Bahnwaggonen abfertigen. *(Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Ich habe zum Kapitel Wirtschaft noch folgendes zu sagen: Wir haben in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 11. Dezember einen Leitartikel mit der Überschrift „Ernstere Warnung aus Paris“ gelesen. In diesem Artikel steht unter anderem: „Eine der Ursachen der starken Preissteigerungen der letzten Monate ist die unzulängliche, vielfach falsche Kreditpolitik der Banken.“ Und dann schreibt die Zeitung weiter, macht auch Gedankenstriche und gibt dem einen Bankdirektor mehr schuld als dem anderen. Zweifels ohne ist es so, daß diese Kreditpolitik der Banken eine gewisse Schuld daran trägt, daß Kreditrestriktionen getroffen werden mußten. Aber ich glaube, Sie wissen ganz genau, daß es gerade die verstaatlichten Betriebe sind, die diese Banken schwer belasten und von ihnen Kredite noch und noch verlangen, und daher das Wechselportefeuille bei der Nationalbank

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2851

gestiegen ist. Ich will die Kreditbeanspruchung nicht bekritteln und sie nicht als ungut bezeichnen; denn schließlich bieten die verstaatlichten Betriebe ein sehr reiches Betätigungsfeld zur Arbeit. Aber das eine kann und muß man doch verlangen: Schreiben Sie das in Ihren Zeitungen, geben Sie Ihren Leuten in den Versammlungen bekannt, daß gerade die verstaatlichten Betriebe die Kreditwirtschaft besonders beansprucht haben, viel mehr, als dies bisher der Fall war! Schreiben Sie, daß sie bei den Banken schon mit hunderten Millionen von Schilling im Soll stehen und daher auch die Schuld daran tragen, daß einschränkende Kreditmaßnahmen getroffen werden mußten!

In der Zeitung, die ich eben erwähnt habe, steht weiter, daß der Handelsminister und sein Ministerium bisher nicht alles getan haben, um die Erledigung der Ansuchen und Anträge in der Zentralkommission für Aus- und Einfuhr zu beschleunigen. Es heißt: „Es“ — das Handelsministerium — „hat sich nicht um die Reorganisierung, um eine Vereinfachung des Außenhandels bemüht, es hat nicht den übermäßig langen Amtsweg, nicht die verwirrenden Bestimmungen über Kompensationsgeschäfte abgeschafft“, usw. usf. Dafür wird dann geschrieben, nur die Arbeiterkammer sei dafür eingetreten, daß nicht mehr gemogelt wird, etc. etc.

Lassen Sie mich auch dazu ganz kurz etwas sagen. Der Herr Abg. Pittermann hat im Finanzausschuß ausgeführt, das momentan geübte Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht in der Ein- und Ausfuhrkommission, also in der Wirtschaft Österreichs, sei ein wesentlicher Teil des gegenwärtigen Regimes. Das sei zugegeben, aber ich glaube, daß die Art und Weise, wie dort die Anträge behandelt werden, kein wesentlicher Teil des derzeitigen Regimes sein kann. Die Akten bleiben lange liegen. Dafür kann der Minister nicht. Warum bleiben die Akten lange liegen? Weil sie nicht nur einmal, sondern mehrfach durch Kommissionen und wieder durch Kommissionen geschleust werden müssen und weil dort oft auch Vertreter am Werke sind, die, zugebenermaßen, vielleicht mehr von Parteipolitik als von Wirtschaft verstehen.

Ich habe hier einen Brief einer wohlangeesehenen Firma, die dartut, daß sie gezwungen sei — nicht sie allein, sondern viele Firmen dieses Landes —, hier in Wien ein Interventionsbüro zu unterhalten, also eigens Leute zu besolden, die tagtäglich dorthin gehen, um diesen Aktenlauf zu beschleunigen; denn die anderen, die das Glück haben, hier zu wohnen, oder jene Großfirmen, die die Mittel haben, hier sogenannte Repräsentanzen zu

unterhalten, die tun es auch; also muß es der Mittelbetrieb ebenfalls tun. Ja, ich glaube, es sollte doch nicht notwendig sein, daß eigene Interventionsbüros geschaffen werden müssen, um endlich die Akten bei der Zentralkommission für Ein- und Ausfuhr weiterzubringen. Wenn man sagt, die Arbeiterkammer habe das Mogeln abgeschafft, dann soll sie auch dafür eintreten, daß derartige Interventionsbüros nicht notwendig sind, daß die Akten von ihren Vertretern — und von mir aus, ich gebe zu, auch von den Vertretern der übrigen Körperschaften — frühzeitig genug studiert werden, damit sie sich auskennen, damit nicht nachher zum Beispiel auch noch separate „Interventionen“ beim Vertreter der Arbeiterkammer notwendig sind, sodaß auch dieser das Geschäft nun besser versteht oder wohlwollend gesinnt ist und das nächstmal ja sagt.

Das ist eine ungesunde Sachlage, und darunter leidet durchaus nicht in erster Linie der Unternehmer, sondern darunter leiden vor allem die Arbeiter und Angestellten jener Betriebe, die importieren oder exportieren wollen. Bis der Betrieb die Bewilligung bekommt, sind alle diese Geschäfte und diese Verträge bereits gegenstandslos und damit mitunter auch die Vollbeschäftigung und die Arbeitsplatzsicherung in Frage gestellt.

Nirgends wie gerade in der Wirtschaftspolitik treten die Interessenvertretungen so stark hervor, auf der einen Seite die Interessenvertretungen der Arbeitgeber, auf der anderen die der Arbeitnehmer. Nun soll aber der Kopf dieser Wirtschaft, der Minister, die Entscheidungen treffen, und er soll sie so treffen, daß sie schließlich und endlich auch objektiv sind. Da kommen nun eben diese Interessenvertretungen und Körperschaften und verlangen, es sei so und so zu machen, das entspreche ihren Interessen. In dem einen Saal tagt die Konferenz der Holzexporteure, im anderen Saal tagt die Bauwirtschaft, im nächsten tagen die Industriellen, im nächsten tagen die Händler, und alle sagen: Unsere Interessen sind berührt, unsere Interessen sind verletzt! Sie gehen zum Minister, und dieser soll nach ihren Interessen entscheiden. Es ist für den Minister oft hart und schwer, die Entscheidungen zu treffen. Er soll schließlich diesen Interessen entgegenkommen, aber auch den allgemeinen sozialen und ideellen Interessen gerecht werden. Dazu glaube ich, darf hier festgestellt werden: Diese Art von Politik hat unser Handelsminister bisher tatsächlich gemacht, und er wird sie auch weiterhin so machen. Er wird nicht nur Interessenpolitik machen, sondern er wird jene Politik machen, die den sozialen

2852 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

und auch den ideellen Belangen Rechnung trägt, und dafür sind wir ihm dankbar.

Nun zur Preissenkung. Es ist heute doch so, daß die Preissenkung, die der Gewerkschaftsbund gefordert hat — ich bin selber ein Mitglied des Gewerkschaftsbundes und habe sie mitgefordert —, verwirklicht ist. Diese Tat vollbrachte Präsident Raab in mühevollen Verhandlungen mit den Wirtschaftstreibenden. Aber darüber wird vielseitig nur gelächelt und es heißt: Das ist ja kaum der Mühe wert! Das, was hier nachgelassen wird, das ist ja kaum etwas! Da schreibt eine Zeitung darüber — es ist die „Neue Zeit“ — und bezeichnet diese Aktion im Zusammenhang mit einem Brief angeblicher Exponenten, die in der Energiewirtschaft tätig sind, folgendermaßen: „Es handelt sich lediglich um ein Gaukelspiel.“ Dann schreibt die KPÖ, es sei eine Augenauswischerei. Es kann aber niemals verneint werden, daß diese Preissenkungsaktion zum mindesten einen Preisstopp bedeutet. Ein Preisstopp ist aber schon viel, denn er bewirkt, daß wieder Vertrauen in die Währung kommt.

Dazu möchte ich schon auch sagen, daß es noch dankbare Leute gibt. Da lobe ich jene Frau, die mir unlängst auf einer sehr belebten Straße in Dornbirn begegnet ist und ihre zwei schulpflichtigen Buben bei sich hatte. Ich kannte die Frau und habe sie gefragt, wie es ihr geht. Die Kinder waren mit neuen Mänteln angezogen. Sie sagte: Gerade komme ich aus dem Konfektionsgeschäft; ich mußte zwei Mäntel kaufen, und nun freut mich etwas besonders! Ich fragte sie, was sie freue. Sie sagte mir: Ich habe jetzt bei diesen beiden Mänteln 6 Prozent Preisnachlaß erhalten, das sind 58 S, und gerade dieser Betrag hat mir noch gefehlt, um dem großen Buben ein Paar Schuhe kaufen zu können! Sehen Sie, diese Frau hat eine Freude darüber gehabt, und diese Freude wollen wir doch auch kundtun. (*Abg. Truppe: Aber um 58 S kann man keine Schuhe kaufen!*) Ich habe gesagt, Herr Kollege Truppe, das hat ihr noch gefehlt, um die Schuhe kaufen zu können. Um 58 S bekommt man gewiß keine Schuhe, aber sie hat durch den Preisnachlaß bei den Mänteln den noch fehlenden Betrag für die Schuhe bekommen. Das müssen wir also sehen.

Ich glaube, ein bißchen mehr Objektivität und Beachtung der ungeheuer großen Bemühungen des Herrn Präsidenten Raab wäre schon am Platze. Es wird in der „Neuen Zeit“ wegen seiner Bestrebungen um eine Strompreissherabsetzung polemisiert. Da sollen ihm angeblich ÖVP-Exponenten einen Brief geschrieben und ihn auf den Wahnsinn dieses Beginnens aufmerksam gemacht haben. Ich

glaube, wir sind alle der Ansicht, daß der Strompreis eine wichtige Komponente bei den Investitionen in der Elektrizitäts- und Energiewirtschaft überhaupt ist; es ist aber nicht sosehr der Strompreis selber als vielmehr die Grundgebühr, die wir auf der linken Seite des Zahlungstreifens vorfinden und die sich in der letzten Zeit sehr erhöht hat. Da könnte man einhaken und die Gebühren um ein Stück heruntersetzen. Ich glaube, das ist der Weg, um die Stromrechnung für die Hausfrau wesentlich zu senken.

Und nun komme ich zum Kapitel Wirtschaft und Arbeiter. (*Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Ich bin gleich fertig.

Ich bin der Meinung, daß sich die Wirtschaft aus Kapital und Arbeit zusammensetzt. Wirtschaft bedeutet aber auch Mut und Wagnis, und zur Wirtschaft gehört auch das Kapital des Konsumenten. Dies muß sich der wirtschaftstreibende Unternehmer, aber auch der Arbeiter und Angestellte vor Augen halten, der seine Arbeitskraft, seine manuelle oder geistige Arbeit zur Verfügung stellt. Mut, Wagnis und Kapital auf der einen Seite, Arbeit und Konsumentenkapital auf der anderen Seite bilden die Wirtschaft.

Dazu muß ich nun doch sagen, wie bedauerlich es ist, daß zwischen der Unternehmerschaft und den Arbeitern an sich zuwenig Kontakt besteht, daß der Arbeiter vielerorts noch allzusehr als Objekt angesehen und behandelt wird, daß aber andererseits auch viel zuviel Hetze gegen den Unternehmer betrieben wird. Wollen wir dies einmal ganz offen und ehrlich zugeben! Viele leben ja direkt von dieser Hetze, viele könnten ihren Posten hier nicht einnehmen, wenn sie diese Hetze nicht betreiben würden, sie fürchten eben, gewisse wirtschaftliche Notwendigkeiten und Wahrheiten auch vor den eigenen Wählern vertreten zu sollen.

Ich möchte aber auch dem Unternehmer zurufen, er möge Aufklärung in seinem Betrieb noch und noch geben, er möge auf seine Schwierigkeiten und auf seine Sorgen, aber auch auf seine Freuden hinweisen. Er soll seine Arbeitnehmer in einer Versammlung zusammennehmen und zu ihnen sprechen. Dann wird eine Harmonie entstehen, die sich segensreich und erfolgreich, ideell, aber auch materiell, auswirken wird.

Der Arbeiter und Angestellte soll auch sein Betriebsrätegesetz einmal richtig sehen. Es gibt gewisse Betriebsräte, die mehr Parteipolitik betreiben; als daß sie die Interessen der Arbeiter richtig vertreten. Es gibt solche, die viel mehr außerhalb des Betriebes, in den Parteisekretariaten, anzutreffen sind, als im Betrieb, wo sie tatsächlich dem Betriebsräte-

gesetz gemäß ihre Schützlinge gegenüber dem Unternehmer vertreten sollten. Der Gewerkschafter und gewählte Betriebsrat soll sich auch darum kümmern, daß er endlich imstande ist, eine Bilanz zu lesen, denn darum haben wir ja dies alles in das Gesetz hineingenommen. Er soll die Wirtschaft kennenlernen und die Bilanz zu lesen wissen, statt irgendwelche parteipolitische Schriften zu konstruieren und herumzutragen.

Wir haben in dieses Betriebsrätegesetz auch das Mitspracherecht eingebaut. Darin ist die Bestimmung enthalten, daß der Betriebsrat bei einer gewissen Beschäftigtenzahl berechtigt ist, mitzusprechen, und wenn sein Vorschlag nicht gehört wird, dann kann er an die eigens gebildete Wirtschaftskommission appellieren. Dazu braucht es aber ein Kader, dazu muß dieser Arbeiter und Betriebsrat geschult werden. Das soll in erster Linie seine Aufgabe sein. Wir werden dafür sorgen, daß dieses Mitspracherecht noch ausgebaut wird. Aber nicht die Mitbestimmung irgendeines Betriebsfremden wollen wir. Der betriebs-eigene Arbeiter soll mitberaten, nicht aber soll der betriebsfremde Berufssekretär Unfrieden in den Betrieb hineinbringen. *(Der Präsident gibt abermals das Glockenzeichen.)*

Ich möchte den Unternehmern zum Schluß zurufen: Beteiligen Sie den Arbeiter! Beteiligen Sie ihn in irgendeiner Form! Bei den verstaatlichten Betrieben wäre es bereits zu machen. Dafür besteht bereits ein Gesetz, das Werksgenossenschaftsgesetz. Wir wissen, daß wir dabei nicht das Entgegenkommen oder gar die Freude des Herrn Ministers für verstaatlichte Betriebe und der Sozialistischen Partei finden. Wir haben in Wolfsegg-Traunthal Versuche ähnlicher Art gemacht, das weiß ich persönlich. Dort waren die Betriebsräte so ziemlich damit einverstanden, eine Werksgenossenschaft vorzuschlagen und zu bilden. Aber auf einmal, bei der nächsten Konferenz, zeigte sich, daß die sozialistischen Betriebsräte anscheinend eine Zentralweisung bekommen haben, dabei nicht mitzutun.

Die Arbeitsgenossenschaften wären auf freiwilliger Basis durchzuführen. Wir wissen, daß derartige Neueinführungen Jahrzehnte brauchen, daß man sie nicht übers Knie brechen kann und daher Geduld dazu braucht. Aber ein Weg ist die Gewinnbeteiligung. Ich freue mich, daß ich im „Vorarlberger Volksblatt“ vom 6. Dezember lesen konnte, daß wieder ein Betrieb die Gewinnbeteiligung eingeführt hat. Der Gewinn wird so ausgeschüttet, daß die Beschäftigten monatlich um 20 bis 30 Prozent mehr bekommen, als ihr eigentliches Gehalt beträgt. Davon wird die Hälfte als Investitionsrücklage belassen.

Das ist Befriedigung des Arbeiters! Und da möchte ich unseren Leuten zurufen, unseren Unternehmern, die unserer Partei angehören, sie mögen das mehr praktizieren als bisher.

Aber, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, Sie sind eben dagegen, daß dieses gute Verhältnis durch Gewinnbeteiligung oder durch Schaffung von Besitz gefördert wird. Darüber schreiben Sie in ihrer „Arbeiter-Zeitung“ im Oktober dieses Jahres:

Präsident: Ich bitte den Redner, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Redezeit bereits um fünf Minuten überschritten ist.

Abg. Grubhofer (fortsetzend): In dieser Zeitung schreibt einer Ihrer Journalisten die Wahrnehmungen nieder, die er in Vorarlberg gemacht hat, und ich muß mit Bedauern feststellen, daß seine Wahrnehmungen darin ausklingen: man müsse einmal in dieses Vorarlberg hinaus, wo eine zu gute Harmonie zwischen Arbeiter und Unternehmer besteht, geschulte Leute aus Wien schicken und die Arbeiter draußen aufklären, damit sich die Dinge wieder so gestalten — so war das indirekt herauszulesen —, daß ein Zwist zwischen Arbeitern und Unternehmern herauskommt.

Das wollte ich zu diesem Kapitel dargetan haben, und ich bitte alle jene, die mit der Wirtschaft zu tun haben und in der Wirtschaft arbeiten — und zu denen, glaube ich, gehören alle Arbeiter und Angestellten in diesem österreichischen Staat und überhaupt alle Menschen —, daß sie auch bereit sind, Opfer zu bringen, der Größere natürlich ein größeres, der Kleinere ein kleineres. Der Größere nämlich deshalb ein größeres, weil ihm eben dafür auch mehr erhalten bleibt, ihm und uns allen, nämlich die persönliche Freiheit und die Freiheit unseres Landes. Und wir fordern, daß auch in der Wirtschaft stets die Wahrheit obenan stehe. Wahrheit hat den höchsten Sinn auf Erden! Wenn das in der Wirtschaft berücksichtigt wird, braucht uns und unserem Österreich nicht bange zu sein, dann wird die Wirtschaft weiter gedeihen und sich weiter entwickeln zum Wohle unseres Volkes. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Damit ist die Debatte geschlossen und der Gegenstand erledigt. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir gelangen zur **Gruppe X:** Kapitel 24: Verkehr, Kapitel 28, Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt, und Kapitel 29: Eisenbahnen.

Spezialberichterstatter Aigner: Hohes Haus! Die Angelegenheiten der Eisenbahnen, des

2854 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens, des Rundfunks, die Fragen der See- und Flußschifffahrt, die Angelegenheiten der Elektrizitätswirtschaft sowie der verstaatlichten Betriebe sind Aufgaben des Bundesministeriums für Verkehr. Die Ziffern des Voranschlages sind den Mitgliedern des Hohen Hauses bekannt. Ich kann mich daher darauf beschränken, nur einige wenige Bemerkungen zu machen.

In allen Kapiteln und bei allen Titeln finden Sie einen erhöhten Personal- und einen erhöhten Sachaufwand. Der erhöhte Personal- und Sachaufwand ergibt sich aus den den Bundesbeamten gewährten Teuerungszulagen, der Erhöhung der Kinderbeihilfen und der Wohnungsbeihilfe. Beim Sachaufwand kommt die gestiegene Lieferfähigkeit der Firmen, aber auch die Preiserhöhung der letzten Zeit in den Ansätzen zum Ausdruck.

Im Kapitel 24 sind Gesamtausgaben von 72·8 Millionen Schilling veranschlagt, denen Einnahmen von 2·71 Millionen Schilling gegenüberstehen. Die Ausgaben für die Schifffahrt enthalten die Beiträge für den Wiederaufbau der Rollfähren und Überfuhren über die Donau und die Kosten für die Bezeichnung und Beseitigung von Stromhindernissen auf der Donau. Ferner enthält das Kapitel die Beiträge des Bundes für den Ausbau der Donauhäfen in Linz, Krems und Wien. Unter Titel 3: Zivil-Luftverkehr, finden Sie lediglich einen Verrechnungsansatz für den Fall eingesetzt, daß Österreich zu einem zivilen Luftverkehr zugelassen werden sollte.

Kapitel 28, Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt. Den Gesamtausgaben von 2082·5 Millionen Schilling stehen Einnahmen in der Höhe von 2015·5 Millionen Schilling gegenüber. In der ordentlichen Gebarung wird ein Überschuß von 16 Millionen Schilling veranschlagt, dem der Investitionsaufwand von 82·9 Millionen Schilling gegenübersteht. Daraus ergibt sich ein kassenmäßiger Gesamtabgang von 66·9 Millionen Schilling. Von dem Personalaufwand in der Höhe von 939·6 Millionen Schilling entfallen 643·6 Millionen Schilling auf aktive Bedienstete und 296 Millionen Schilling auf Ruhe- und Versorgungsgenüsse. Der Sachaufwand der Post ist mit 933·2 Millionen Schilling veranschlagt. Beim Sachaufwand ist auf die Erweiterung und Verbesserung der Betriebseinrichtung Rücksicht genommen worden. Beim Hochbau werden lediglich die begonnenen Bauten fortgeführt und vollendet. Zur Verbesserung des Nachrichtensens werden Post- bzw. Wahlämter in Lustenau, Kufstein, Spittal/Drau, Urfahr, Amstetten und in einigen anderen Orten errichtet. Postgaragen sollen in Judenburg,

Graz, Bludenz, Klagenfurt, Ried, Zell am See und Wien gebaut werden. Der Verbesserung des Zustelldienstes dienen der Ausbau der Paketzustellung in den Städten und die Motorisierung des Zustelldienstes für Telegramme und Eilsendungen sowie der Briefkastenentleerung. Der technischen Erneuerung im Fernsprechverkehr dient die Anschaffung von 20.000 Anrufeinheiten. Der Ausbau und die Erweiterung des Fernschreibverkehrs ist geplant und dafür vorgesorgt. Eine Verbesserung des Rundfunkverkehrs soll durch die Aufstellung von 1000 Allverstärkern erreicht werden. Die Ausrüstung mit Verstärkereinrichtungen auf der Strecke Innsbruck—Feldkirch ermöglicht die Inbetriebnahme des Koaxialkabels auf der Strecke Feldkirch—Innsbruck—Salzburg. Die Legung des Koaxialkabels Salzburg—Linz wird weitergeführt, und auf der Strecke Linz—Wien werden die Vorarbeiten dazu in Angriff genommen.

Kapitel 29: Eisenbahnen. Der Geldvoranschlag der Österreichischen Bundesbahnen sieht Gesamtausgaben von 4.912.062.000 S und Einnahmen in der Höhe von 3.843.863.000 S vor. Der kassenmäßige Betriebsabgang beträgt 468 Millionen Schilling, dem ein Investitionsaufwand von 600 Millionen Schilling zuzuzählen ist. Um eine gerechte Beurteilung der Betriebsgebarung zu erreichen, muß man die bedeutend erhöhte Pensionslast der Eisenbahn, die nicht kostendeckenden Tarife, die Verteuerung der Brennstoffe und die Aufwendungen für den Wiederaufbau beachten. Dem Personalaufwand für die aktiven Bediensteten von 1294 Millionen Schilling stehen Ausgaben von 1107 Millionen Schilling für Ruhe- und Versorgungsgenüsse gegenüber. Der Personalstand ist bei den aktiven Bediensteten um 3215 niedriger als 1951. Die Zahl der Pensionsparteien hat sich um 3006 vermehrt. Der Kohlenverbrauch ist um 108.000 t geringer als 1951, der hierfür aufzuwendende Betrag jedoch um 183 Millionen Schilling größer. Die Kosten für die Erhaltung und Erneuerung der Betriebsanlagen und Gebäude, des Fahrplans und der Gleisanlagen wachsen als Folge der allgemeinen Preiserhöhungen. Begonnene Arbeiten, wie Semmeringtunnel, Plattentunnel und Lessachtunnel, werden fortgesetzt. Die Salzachbrücke und die Donaukanalbrücke werden erneuert. Der Ausbau der Bahnhöfe Wien-West und Wien-Süd sowie des Franz-Josefs-Bahnhofs in Wien, der Bahnhöfe in Innsbruck, Graz und Klagenfurt wird weitergeführt. Durch den Ausbau und die Verbesserung an Fahrleitungen, Licht- und Kraftanlagen wird dem erhöhten Verkehrsbedürfnis Rechnung getragen und die Verkehrssicherheit gefördert. Zur Linderung der Wohnungsnot unter den Eisenbahnern sind

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2855

30 Millionen Schilling für den Wohnbau eingesetzt. Für die Fortführung der Elektrifizierung ist im Investitionsprogramm vorgesorgt.

Der Finanz- und Budgetausschuß nahm zum Kapitel Verkehr drei Entschliebungen an. Namens dieses Ausschusses stelle ich den Antrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 24: Verkehr, dem Kapitel 28, Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt, samt dem dazugehörigen Geldvoranschlag (Anlage III/1), und dem Kapitel 29: Eisenbahnen, samt dem zu diesem Kapitel gehörenden Geldvoranschlag (Anlage III/10 unter Berücksichtigung der vorliegenden Druckfehlerberichtigung), des Bundesvoranschlages für das Jahr 1952 in der vom Finanz- und Budgetausschuß beschlossenen Fassung wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die beigedruckten Entschliebungen werden angenommen.

Die Entschliebungen haben folgenden Wortlaut:

1.

Die erhöhte Abhängigkeit der österreichischen Wirtschaft vom ausländischen Kohlenbezug macht die uneingeschränkte Fortführung des Baues von Großkraftwerken notwendig. Der Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe wird aufgefordert, die Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen.

2.

Das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe wird aufgefordert, bei der Innenausgestaltung der Schnellzugswaggons aller Wagenklassen auf die Schlafmöglichkeit der Reisenden Rücksicht zu nehmen. Weiters wären die jetzt als Sportliegewagen für besondere Zwecke in Verkehr gesetzten Liegewagen dritter Klasse zu vermehren und auf den Nachtzügen der West- und Südbahnstrecke regelmäßig einzusetzen.

3.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den klaren Bestimmungen der Bundesgesetze BGBl. Nr. 168/1946, § 1 Abs. 2, und Nr. 81/1947, § 2, zu entsprechen und dem Nationalrat ehestens ein Entschädigungsgesetz für die verstaatlichten Unternehmungen vorzulegen.

Abg. Dr. Stüber: Hohes Haus! Bei der Besprechung dieser Gruppe X wende ich mich zunächst dem zu, was in der vorjährigen Budgetdebatte der Herr Abg. Geisslinger das „Armitschkerl“ genannt hat, obwohl es seinem

körperlichen Umfange nach ein ziemlich beträchtliches „Armitschkerl“ ist: den Österreichischen Bundesbahnen. Im Bundesrechnungsabschluß 1950, den wir eben gestern im Rechnungshofausschuß erledigt haben, ist bei den Österreichischen Bundesbahnen für das Jahr 1950 ein kassamäßiger Betriebsabgang von 272 $\frac{1}{3}$ Millionen Schilling festzustellen.

Dieses Defizit ist noch um 3 $\frac{1}{2}$ Millionen höher, als laut Voranschlag angenommen war. Wollten wir die Investitionen der Österreichischen Bundesbahnen in dieses Defizit mit einbeziehen, was allerdings bilanzmäßig insofern nicht zulässig erscheint, als diese Investitionen auf den Betriebserfolg nicht einwirken, so würde sich dieses Defizit bei einer Investitionsziffer von 506,5 Millionen Schilling, die leider um 101 Millionen Schilling geringer ist, als laut Voranschlag vorgesehen war, auf 778,8 Millionen Schilling erhöhen.

Laut Budget 1951 beträgt das Defizit der Österreichischen Bundesbahnen 420,8 Millionen Schilling. Ein Bundesrechnungsabschluß über das Jahr 1951 kann natürlich noch nicht vorliegen. Wenn wir hier wieder die Investitionen mit einbeziehen würden, wäre das Gesamtdefizit 870 Millionen Schilling. Laut Budget 1952, das wir nun beraten werden, beträgt das Defizit 468 Millionen Schilling, das Gesamtdefizit mit den Investitionen in der runden Höhe von 600 Millionen Schilling 1.068.000.000 S. Meine Damen und Herren! Das sind bestürzende Ziffern.

Hohes Haus! Anlässlich der Herausgabe einer Denkschrift des Internationalen Eisenbahnverbandes „UIC“ hat der Herr Bundesminister Ing. Waldbrunner im April dieses Jahres eine Pressekonferenz abgehalten, in der er allgemeine und auch ins Detail gehende Ausführungen über die Lage der europäischen Eisenbahnen machte, die großes Interesse beanspruchen durften.

Die Notlage der Eisenbahnen wurde in diesem Referat des Herrn Bundesministers mit Recht als eine allgemeine, als eine für das ganze europäische Eisenbahnwesen zutreffende Situation dargestellt. Die Forderungen, die der Herr Minister, wenn schon nicht zur Beseitigung, aber doch mindestens zur Linderung dieser Notlage aufgestellt hat, betreffen nicht nur die Österreichischen Bundesbahnen, sondern alle europäischen Eisenbahnen. Sie gipfeln insbesondere in der Feststellung, daß eine Lastangleichung zwischen Schiene und Straße in irgendeiner Form gefunden werden müßte.

Ich wiederhole also: Es sind dies allgemeineuropäische Zustände, Zustände, die allgemein alle europäischen Eisenbahnen betreffen, das ganze europäische Eisenbahnwesen, und es wäre daher verfehlt und demagogisch, aus der

2856 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

bestürzenden finanziellen Situation der Österreichischen Bundesbahnen nur den Schluß ableiten zu wollen, daß vielleicht Mißwirtschaft oder schlechte Führung der Österreichischen Bundesbahnen für dieses hohe und mit den Jahren immer mehr hinaufkletternde Defizit verantwortlich sei.

Nein, wir müssen gestehen und anerkennen: Es ist schon so, daß es sich hier um eine allgemeine Krisenerscheinung der europäischen Eisenbahnen an sich handelt. Aber trotzdem, bei Anerkennung dieses Zustandes muß doch gesagt werden, daß die Notlage der Österreichischen Bundesbahnen im besonderen ein Spezifikum austriacum darstellt, das mit den allgemeinen Faktoren allein noch nicht restlos erklärt werden kann, und daß es hier Sonderursachen gibt, österreichische Sonderursachen, die im besonderen verschärfend für die Notlage unserer Bundesbahnen in Betracht kommen.

Welches sind nun diese Sonderursachen? Sie alle zu besprechen wird heute kaum die Zeit sein. Ich nehme wohl mit Recht an, daß nach mir noch eine Reihe von Rednern weitere solche Sonderursachen besonders ins Licht rücken werden. Aber es sind deren so viele, daß eine erschöpfende Beratung und Behandlung selbst im Rahmen einer Budgetdebatte kaum möglich sein wird. Ich erhebe daher keinen Anspruch, daß ich bei meinen folgenden Ausführungen alle diese Sonderursachen österreichischer Natur, die hier die Krise der Österreichischen Bundesbahnen und das sich daraus ergebende Defizit verschulden, restlos aufzählen könnte. Ich will mich also auf eine beispielsweise Aufzählung jener beschränken, die mir besonders wichtig erscheinen.

Die Konkurrenz zwischen Schiene und Straße hat in Österreich eine besondere Note dadurch, daß das Verkehrsdschungel mit seinem Lianengestrüpp von Eisenbahn, Autobus, KÖB, Kraftwagendienst, Post, Länder- und Privatunternehmungen zumindest dem Nichteingeheilten den Eindruck macht, daß es sich hier um ein vollkommen planloses Durcheinander, um ein Maximum von Anstrengungen von den verschiedensten Seiten handelt, das mit einem relativen Minimum von Erfolg gekrönt ist. Der Herr Abg. Geisslinger hat selbst hier den Ausdruck Tohuwabohu in der letzten Budgetdebatte für dieses Durcheinander geprägt.

Insbesondere ist absolut nicht die Konkurrenz zu verstehen, die Bahn und Post einander machen. Es ist durchaus nicht zu verstehen, wenn entlang der Bahnstrecke gleichzeitig ein regulärer Dienst von Postlastwagen eingerichtet ist. Es ist hier ein unökonomisches Zuviel, eine wahrhaftige Doppelgleisigkeit zum Schaden der öffentlichen Hand.

Um nun bei diesem Organisationswirrwarr zu bleiben, möchte ich mir die Bemerkung erlauben, daß ich glaube: dieser Wirrwarr insbesondere in der steten Umorganisation ist auch innerbetrieblich in der Eisenbahn selbst vorhanden.

Da ist beispielsweise der Baudienst dezentralisiert bei den einzelnen Bundesbahndirektionen, und das ist unserer Ansicht nach richtig. Wir verstehen aber gleichzeitig nicht, warum der Materialdienst wiederum zentralisiert ist bei der Generaldirektion in Wien, warum man hier den Weg wählt, die Beschaffung der notwendigen Materialien in einem umständlichen Formularienweg erst durch Anforderung bei der Zentrale in Wien ins Werk zu setzen. Warum macht man hier nicht dasselbe, nämlich den Weg einer gesunden Dezentralisierung zu gehen, wie es — wie ich eben gesagt habe — beim Baudienst der Fall ist? Jetzt soll sogar die Materialbeschaffung bei den Autobussen zentralisiert werden. Wenn sich dann ein Achsenbruch ereignet, ein Pneu angefordert werden muß oder irgendwo eine Schraube locker wird, dann wird es in jedem Einzelfall der Anforderung in Wien bedürfen, und es wird viel Zeit vergehen und viel unnütze Schreiberei notwendig sein, bis man das bekommt, was man bei gesunder Dezentralisation gleich hätte haben können. Es wird sich dadurch wahrscheinlich die Notwendigkeit ergeben, den Fahrpark der Autobusse weiter zu vermehren, als es bei gesunder Dezentralisation notwendig wäre.

Ich bin weder ein absoluter Fürsprecher der Dezentralisation in der Verwaltung an sich noch ebensowenig einer der absoluten Zentralisation. Ich glaube, daß dies nach den einzelnen Verwaltungszweigen jeweils gesondert behandelt werden muß und daß hier organische, gesunde Sonderformen nach der Beschaffenheit der Fälle am Platze sind.

Ich erinnere mich aus den ersten Tagen meiner Praxis als Finanzbeamter bei der Bezirkssteuerbehörde Baden, daß damals der erste Akt, den ich zu bearbeiten hatte, auch eine Materialanschaffung war. Mein Chef trug mir nämlich auf, eine Mäusefalle von der Finanzlandesdirektion Wien für die Bezirkssteuerbehörde Baden anzuschaffen, weil die Mäuse unsere Akten anknabberten. Nach Ausfüllung der entsprechenden Formularien und der Register, kurz der für den Fall „Mäuse“ vorgesehenen Formularien, habe ich mit Stolz dann mein erstes gelungenes Gesellenstück als Finanzkommissär meinem Vorgesetzten vorweisen können. Wir haben die Mäusefalle schließlich tatsächlich bekommen, wir haben sie sogar bekommen, bevor noch sämtliche Akten und unsere ganze Registratur ange-

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2857

knabbert waren. Wir haben sie aber nicht bekommen, weil sie uns die Finanzlandesdirektion bewilligt hat, sondern wir haben sie bekommen, weil es nach vielen Monaten und mancherlei Urgenzen meinem Chef einmal zu dumm wurde und er sagte: Herr Dr. Stüber, hier haben Sie 2-30 S, kaufen Sie die Mäusefalle auf meine eigenen Kosten!

Ich fürchte nun, daß es bei der zentralen Materialanforderung der Österreichischen Bundesbahn auch so geschehen könnte, allerdings mit dem Unterschied, daß sich bei der Österreichischen Bundesbahn kein Chef finden wird, der einen Pneu oder eine gebrochene Achse aus seinem Privatsäckel wird zahlen können.

Lassen Sie mich — weil ich gerade vom Material rede — bei dieser Gelegenheit ein kurzes Wort über den Zustand unseres Waggonparks sprechen. Ich bin kein Fachmann und habe vor den Konstrukteuren unserer neugebauten Waggon uneingeschränkte Hochachtung, aber ich glaube doch, daß nicht alles dem Ideal einer Konstruktion entspricht, wenn z. B. in den neugebauten Waggon modernster Type erster Klasse die Fenster nicht zu schließen sind und wenn in Waggon, die eben die Werkstätte verlassen haben, immer noch eine schauerliche Zugluft herrscht. Jeder von uns, der berufsmäßig als Abgeordneter viel zu reisen hat, hat Gelegenheit, Vergleiche zwischen den Waggon, die in Österreich erzeugt werden, und den Waggon, die im Ausland, beispielsweise in Italien oder in der Schweiz, hergestellt werden und auf unseren Linien verkehren, anzustellen. Ich glaube nicht, daß uns die unsrigen billiger gekommen sind als den Ausländern die ausländischen, aber ich befürchte, daß unsere schlechter gebaut worden sind.

Insbesondere aber betrifft meine Kritik an den Mängeln des Fahrparks jene Waggon, die auf den Seitenstrecken eingesetzt sind. Meine Damen und Herren! Ich begreife selbstverständlich — hierüber brauchen wir uns nicht allzusehr auszulassen —, daß es gewisse Seitenstrecken in Österreich gibt, die man nicht auf das hochmodernste und komfortabelste ausgestalten wird, aber es ist unverständlich, daß in allen Teilen unseres Bundesgebietes heute noch Waggon verkehren, deren Fenster zur Gänze mit Holz verschalt sind, in denen man das liebe Tageslicht nicht sieht und die sich auch ansonsten noch in einem so skandalösen Zustand befinden, daß es — ich will das Wort Kulturschande gerade nicht gebrauchen — für die Reisenden aus dem Ausland, die Österreich besuchen und die ja nicht nur auf den Hauptlinien fahren, sondern die auch Seitenlinien benützen, zweifellos keine Rekommandation für das Reiseland

Österreich darstellt. Ich möchte bei der Gelegenheit aber auch keineswegs den Eindruck erwecken, daß ich die Schuld an diesen Zuständen nur den Österreichischen Bundesbahnen gebe. Ich gebe sie wesentlich auch dem Verhalten des Reisepublikums und möchte daher von dieser Stelle aus einen Appell an dieses Reisepublikum, an das inländische wie an das ausländische, richten, bei dem Gebrauch der öffentlichen Einrichtungen, wie unserer Eisenbahnen, etwas sorgfältiger zu sein und sich beim Aufenthalt in den Waggon und beim Gebrauch der Waggon derselben Sorgfalt und derselben Ordnung und vor allem derselben Reinlichkeit zu befleißigen, wie es dies zu Hause gewöhnt ist.

Einen weiteren Übelstand im Betrieb der Österreichischen Bundesbahnen erblicke ich in den sehr häufigen Zugsverspätungen. Ich kenne die Entschuldigung, die dafür angegeben wird. Man beruft sich meistens auf das Vorhandensein der vielen Baustellen auf dem Bahnkörper. Aber ich glaube, das allein rechtfertigt diese vielen Verspätungen noch nicht. Meine Damen und Herren! Es war schon vor dem Kriege und lange vor dem NS-System ein sehr bitteres Wort der Reisenden, daß man die Tatsache, wann man die Grenze nach Österreich überschritten hat, daran erkennt, daß die Zugsverspätungen einsetzen. Ich erinnere Sie an die vorbildliche Einhaltung der Fahrplanzeiten in Deutschland vor dem Krieg und heute wieder, und ich bedaure sehr, daß auch auf diesem Gebiete des Einhaltens der fahrplanmäßigen Zeiten von den Österreichischen Bundesbahnen leider noch nicht alles getan wird, was im Interesse der Hebung unseres Fremdenverkehrs, insbesondere aber auch im Interesse der klaglosen Geschäftsabwicklung im Inland zu wünschen wäre.

Einen kleinen Wunsch darf ich bei dieser Gelegenheit vorbringen. Es ist ein Sonderwunsch, der eben an mich herangetragen wurde. Im Verkehr zwischen der Steiermark und Kärnten herrscht heute ein gewisses Vakuum. Ich meine die beiden Stationen Unzmarkt auf der einen und Friesach auf der anderen Seite. In der Mitte liegt die Station Neumarkt. Nun ist es so, daß der Lokalverkehr über die Landesgrenze zwischen Steiermark und Kärnten hinüber und herüber verhältnismäßig schwach ist. Die Zugsdichte, die Dichte der Personenzüge, ist deshalb, dem Rechnung tragend, auch ziemlich schwach. Die Kompensation dafür war in früherer Zeit, daß Neumarkt Schnellzugstation war. Diese Kompensation ist aber jetzt zum Teil weggefallen und fällt in steigendem Maße dadurch weg, daß an Stelle der Schnellzüge immer mehr Triebwagen- und D-Züge verkehren. Neu-

2858 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

markt hängt nun im Eisenbahnverkehr zum großen Teil in der Luft. Ich würde an den Herrn Minister die Bitte richten, ob hier nicht zur Behebung dieses immerhin doch eine ziemlich große Zahl der ländlichen Bevölkerung treffenden Übelstandes etwa eine Verbesserung im Fahrplan vorgenommen werden könnte. Dies aber, wie gesagt, nur nebenbei als Wiedergabe eines an mich herangetragenen Wunsches.

Ich möchte nun weitergehen in der Behandlung jener Gründe und jener Ursachen, denen ich zum Teil wenigstens das österreichische Spezifikum des besonders hohen Eisenbahn-defizits zuschreibe. Es ist dies die Handhabung und die Erlassung der Dienstvorschriften. Seit einiger Zeit sind vollkommen neue Dienstvorschriften ausgearbeitet worden, obwohl, wie ich glaube, kleine Änderungen in der bestehenden Dienstvorschrift auch reichlich ihren Zweck erfüllt hätten. Aber nicht genug damit, es wird nun eine regelrechte Umschulung veranstaltet mit eigenen Prüfungen über diese neuen Dienstvorschriften, und es scheinen mir dadurch enorm viel kostbare Zeit und enorm viele Arbeitsstunden verlorenzugehen, die für andere, wertvollere Zwecke aufgewendet werden könnten. Es ist der Bürokratismus — um ein Wort zu prägen — schlechthin, über den ich mich in diesem Zusammenhange beschwere.

Ich hatte Gelegenheit, an den Herrn Minister seinerzeit eine Anfrage heranzutragen, die eine Fahrtbegünstigung für Blinde betraf. Der Herr Minister erklärte mir, daß er meinem Ersuchen leider nicht entgegenkommen könne, und zwar aus finanziellen Gründen. Ich habe in der letzten Zeit einen ähnlichen Schritt für die Gehirnverletzten unternommen, die mehr oder minder nichts anderes verlangt hatten, als daß sie mit ihrer bezahlten Fahrkarte dritter Klasse ein Coupé zweiter Klasse benutzen könnten, im eigenen Interesse der Bahn, weil diese Schwerbeschädigten oft epileptischen Anfällen ausgesetzt sind, die es für sie selbst, aber auch für das Reisepublikum wünschenswert erscheinen lassen würden, wenn sie dann von der großen Masse der Reisenden abgetrennt wären. Der Herr Minister hat mir auch in diesem Fall erklärt, daß er einem solchen Wunsche aus finanziellen Gründen nicht willfahren könne.

Meine Damen und Herren! Bei einem Defizit von weit über 400 Millionen Schilling sollte man dort, glaube ich, wo es sich um so berechnete soziale Forderungen handelt, nicht so engstirnige finanzielle Gesichtspunkte ins Auge fassen. Hier würde eine gewisse Weitherzigkeit, ein nicht bloßes starres Kleben an bürokratischen Vorschriften sehr am Platze sein. Sollte es gelingen, das Defizit der Bundes-

bahnen zu beseitigen, so wird es der Fall sein mit oder ohne die Erfüllung der Wünsche der Blinden, mit oder ohne die Erfüllung der Wünsche der Gehirnverletzten. Wir müssen andere und bessere Mittel finden, als gerade hier bei einer Begünstigung zu sparen, die sozial bedürftigen Gruppen zugute käme.

Ich möchte aber, da ich schon vom Bürokratismus gesprochen habe, auch noch das Thema der Beamtenvorrückungen bei den Österreichischen Bundesbahnen besprechen. Hiefür kann man zwei Prinzipien als maßgebend anerkennen. Man kann sich auf den Standpunkt des reinen Leistungsprinzips stellen oder man kann auf dem Boden des Vorbildungsprinzips stehen. Aber man kann meines Erachtens nicht, wie es bei der Bundesbahn der Fall ist, das eine mit dem anderen so vermischen, daß hier überhaupt nichts Gesundes herauskommt.

Der Pensionsetat der Österreichischen Bundesbahnen beträgt für das Jahr 1952 weit über 1 Milliarde Schilling. Das ist eine bedenklich hohe Zahl, und letztlich wird sich jede Sanierung der Bundesbahnen, wenn wir sie anstreben, zuerst mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Aber der hohe Pensionsetat ist keine naturgewollte Tatsache, er ist nicht so von einem Deus ex machina als böse Hypothek Österreich aufgebürdet worden, sondern an diesem hohen Pensionsetat sind wir bzw. richtiger die österreichischen Regierungen selber schuld. Denn sie haben ja seit Jahr und Tag jeweils nach politischen Gesichtspunkten soundso viele Könnner hinausgeschmissen, haben sie dann schließlich zähneknirschend wenigstens pensioniert und die Lücken mit neuen Leuten ausfüllen müssen, die diesen Könnnern meistens nicht das Wasser reichen konnten.

Und nun dürfen Sie mich nicht mißverstehen. Der Herr Abg. Frisch hat bei den Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses jetzt vor wenigen Tagen einmal ein sehr beachtliches Wort gesagt. Er hat nämlich eine Lanze für die Forderungen der politisch Verfolgten gebrochen und er hat dabei — ich glaube, es war dies zum ersten Male von seiten eines Regierungssprechers, und ihm wurde dann beachtlicherweise auch von einem sozialistischen Abgeordneten beigeppflichtet — gesagt: Politisch Verfolgte 1934 — 1938 — 1945!

Sehen sie, das ist eine Auffassung der Dinge, zu der wir uns bekennen. Wir wollen politisch Verfolgte, wenn es sich um echte politisch Verfolgte handelt, wenn die Verfolgung nur dann eintritt, wenn der Betreffende wegen seiner politischen Überzeugung und Gesinnung Schaden und Einbuße an seinen Rechten und seinem Vermögen erleidet, unter keinem

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2859

Regime. Wir lehnen diese politische Verfolgung unter jedem Regime ab und wir mißbilligen sie für alle drei Regime gleich.

Da aber nun heute die Dinge einmal so liegen, daß die politisch Verfolgten der Nachkriegszeit — die es gibt, nach Ihren eigenen Feststellungen gibt! — diejenigen sind, die bislang am ärgsten zu Schaden gekommen sind, können Sie es verstehen, wenn wir uns um der Gerechtigkeit und um der endgültigen wirklichen Befriedung unseres Vaterlandes willen für sie auch besonders zum Sprecher machen. Wären also die üblen Auswirkungen dieses Problems, die wir auf allen Gebieten der österreichischen Verwaltung haben, auch bei der Bundesbahn beseitigt oder wären sie, besser gesagt, gar nicht eingetreten, dann hätten wir eben diesen hohen Pensionsetat nicht, den wir jetzt als eine üble Last, eine üble Last dessen, daß wir aus einseitiger politischer Haßpolitik von heute auf morgen immer den Nachbarn, den Bruder, den Mitmenschen für etwas bestraft und hinausgeschmissen haben, für das nicht zu bestrafen war, fortzuschleppen müssen.

Aber zweifellos ist alles dies nicht der alleinige Grund für den hochangeschwollenen Pensionsetat. Es kommt dazu, daß bei der Bundesbahn, wie wir ja alle wissen, spezielle Verhältnisse der Art herrschen, daß den aktiven Bundesbahnern für ihre Dienstzeit auf die Pension für zwei Jahre drei angerechnet werden können. Das erkenne ich bei der besonderen Schwierigkeit der Arbeit, die gerade die Bundesbahner zu leisten haben, und bei der hohen Verantwortung, die sie für Gut und Leben der Beförderten, der Reisenden tragen, als durchaus gerechtfertigt an. Ich erkenne es aber nicht an, daß nach Erreichung des Pensionsalters auf Grund einer solchen Bemessungsgrundlage ein 45- bis höchstens 50jähriger auch schon dann pensioniert wird, wenn er sich noch im vollen Besitz seiner Kräfte befindet. Das halte ich gerade in Zeiten, in denen der Ruf der Leistungswirtschaft, der Ruf nach Leistungssteigerung von allen Parteien dieses Hauses ergeht, für einen wirtschaftlichen Unsinn, und ich frage mich — und diese Frage hat mein Klubkollege Buchberger ungefähr in derselben Form das letzte Mal schon an Sie gestellt —, wie sich das zusammenreimt: die Pensionierung 45- bis 50jähriger voll arbeitskräftiger Menschen auf der einen Seite mit der vom Herrn Abg. Hillegeist befürworteten Rentenstilllegung auf der anderen Seite.

Hier klappt doch zweifellos eine logische Lücke. Unser Interesse kann doch sicher nur das sein, daß jeder, solange er etwas leisten kann für uns alle, für Österreich, für die österreichische Wirtschaft, dies leisten möge

nach bestem Einsatz seiner Kräfte, nicht aber, daß er durch irgendwelche „Vorschriften“ im leistungsfähigen Alter schon pensioniert wird. Wenn aber bei Erreichung des Pensionsalters — damit ich nicht mißverstanden werde — die Leistungsfähigkeit nicht mehr vorhanden ist, soll selbstverständlich pensioniert werden.

Und nun noch ein Wort, das auch mein Kollege Buchberger schon ausgesprochen hat. Es betrifft die Personalvertretung, die Personalvertretung bei den Bundesbahnen. Wir vom VdU sind sicherlich nicht gegen diese Einrichtung. Wir erkennen ihre Berechtigung und ihre Nützlichkeit absolut an. Wir freuen uns über das Mitspracherecht der Angestellten und Arbeiter im Betrieb, in diesem großen Staatsbetrieb, da wir ja den Arbeitern und Angestellten dieses Mitspracherecht in allen Betrieben sichern wollen. Aber wir haben einmal gesagt — durch den Mund Buchbergers —, daß wir uns dagegen wehren, daß sich die Personalvertretung in Dinge einmischet, die ihr nicht zustehen, und daß sie damit die Abwicklung öffentlicher Geschäfte, die sie nichts angehen, behindert.

Dafür will ich Ihnen nun ein Beispiel sagen. Es ist ein kleines Beispiel, ein mir nur zufällig bekanntgewordenes Beispiel, aber es erhellt blitzlichtartig die Situation. Seit etwa 20 Monaten wird an dem Aufnahmegebäude der Station Knittelfeld gearbeitet. Während nun die Arbeiten an dem Gebäude im wesentlichen beendet sind, werden schon die neuen Bahnsteige errichtet. Nachdem nun vor vier Wochen in einem eben fertiggestellten Keller eines Aufnahmegebäudes vier Waggon Koks für die Zentralheizung eingelagert worden waren, kam plötzlich der überraschende Auftrag, den gesamten Koks wieder aus dem Keller zu schaffen. Grund: Die Eisenbahnergewerkschaft hatte durchgesetzt, daß ihr der für die Kokslagerung vorgesehene und bereits mit Koks angefüllte Keller für die Errichtung einer Kegelbahn überlassen wird. Da nun im fraglichen Keller die den Kegelbahnbetrieb störenden Leitungen der Zentralheizung angebracht sind, werden diese Leitungen wieder herausgerissen, herausgestemmt und umgelegt. Ich glaube nun, daß das ein Sachgebiet ist, auf dem die Eisenbahnergewerkschaft zu Recht eigentlich nicht hätte intervenieren sollen. Da das Ganze zu Lasten des Kontos Wiederaufbau Bahnhof Knittelfeld geht, frage ich den Herrn Bundesminister, wer dafür verantwortlich zu machen ist und was in der Sache nun geschehen soll.

Nun aber, Hohes Haus, komme ich auf ein weiteres Gebiet, das das Eisenbahnwesen betrifft, nämlich auf jene 18 Privatbahnen,

2860 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

die der Österreichischen Bundesbahn einverleibt wurden und deren Eigentümer bis heute noch nicht entschädigt worden sind. Es sind dies die Bahnen Absdorf—Stockerau, Bregenzwaldbahn, Fürstenfeld—Hartberg, Gailtalbahn—Arnoldstein, Gänserndorf—Gaweinstal, Göpfritz—Groß-Siegharts, Gurktalbahn, Korneuburg—Ernstbrunn, Kühnsdorf—Eisenkappel, Mauthausen—Grein, Mittenwaldeisenbahn, Niederösterreichische Waldviertelbahn, Schneebergbahn mit Hotel, Schwarzenau—Zwettl, Stammersdorf—Zistersdorf, Welser Lokaleisenbahn, Elektrische Lokalbahn Wien—Hainburg, Ybbstalbahn. Das Prioritätskapital dieser genannten 18 ehemaligen Privateisenbahnen betrug 116,370.800 Goldkronen. Der seinerzeitige Bundeskanzler Doktor Schober hat im Jahre 1931 auf eine Anfrage des Ministers Loucheur in Den Haag erklärt, daß Österreich im Sinne des Friedensvertrages von St. Germain, Artikel 213, die übernommene Verpflichtung, die auf Eisenbahnen (ohne Ausnahme) hypothekarisch sichergestellten Schulden zu übernehmen und zu regeln, voll erfüllen werde. Es bestehe der feste Entschluß der Regierung, die erste günstige Gelegenheit zu benutzen, um die Erledigung auf jede nur mögliche Weise zu beschleunigen. Die gleichen Erklärungen wurden auf Urgenzen am 19. Jänner 1931 vom österreichischen Vertreter auf der Pariser Rentenkonferenz abgegeben. Meine Damen und Herren! Seither sind die Besitzer dieser Bahnen nicht einen Schritt weitergekommen, und es hat sich der für Österreich traurige Fall ereignet, daß hier vollkommen entschädigungslos Leute enteignet und zu Bettlern gemacht worden sind, deren Werk heute die Österreichische Bundesbahn benützt. Es würde ein Betrag von 40 Millionen Schilling — was ungefähr bei einem Staatsbudget von zirka 20 Milliarden nur 0.2 Prozent bedeuten würde — hinreichen, um diese Gläubiger zu befriedigen oder wenigstens in Bundesschuldverschreibungen zufriedenzustellen. Ich will mich bei diesem Thema nicht allzusehr verbreitern, weil es direkt den Herrn Finanzminister angeht und weil ich bei meinen Ausführungen zum Kapitel Finanzen den Herrn Finanzminister in dieser Frage selbst interpellieren möchte.

Aber ich will Ihnen folgendes sagen: Es zerstört Recht und Glauben, es zerstört die Rechtsgrundlage eines Staates, wenn man hier Leute, die etwas für das öffentliche Wesen, für das allgemeine Wohl getan haben, die ihr gutes Geld hingegeben haben, so lumpig zum besten hält, wie dies den Privateigentümern und Gläubigern dieser ehemaligen Privatbahnen gegenüber geschieht. Es zerstört die Grundlage von Recht und Glauben, wenn der

Staat wirklich meint, daß er sich von seiner Verpflichtung der Entschädigung dadurch liberieren könne, daß er für ein Bahnhofsgebäude, dessen Wert heute 80.000 bis 100.000 S beträgt, bei Gericht 1 S deponiert.

Heute, in dieser Debatte, wurde kurz vor mir von einem Redner einer Koalitionspartei die absolut unwahre Behauptung aufgestellt, wir vom VdU würden durch unsere Tätigkeit gewissermaßen das Unsere dazu beitragen, daß die private Spartätigkeit nicht im gewünschten Maße einsetzt. O nein, meine Damen und Herren! Dem ist nicht so! Wir wünschen sehr, daß gespart wird, und wir wissen ganz genau, daß eines der wesentlichsten Barometer einer gesunden Wirtschaft das ist, ob die Spareinlagen steigen oder ob das Vertrauen zum Staat so sinkt, daß alle Leute nicht mehr sparen, sondern ihr Gerstl auf den Schädel hauen und in den Tag hineinleben. Aber wie glauben Sie, daß Sie die Spartätigkeit heben können, wie glauben Sie, daß Sie das Vertrauen in die Wirtschaft, in die Währung heben können, wenn Sie hier Leuten gegenüber, die heute schon hochbetagt sind und von denen gar mancher nicht mehr weiß, ob er, wenn nicht bald etwas geschieht, es noch wird erleben können, solche Methoden anwenden und sie zusehen müssen, wie sie um ihr Erspartes betrogen werden?

Ich wende mich nun hier heute vorläufig ganz allgemein und morgen und übermorgen noch im besonderen an den Herrn Finanzminister mit der Bitte, dieses Unrecht, das den Eigentümern und Gläubigern der 18 Privateisenbahnen angetan wurde — bei denen es nicht so ist, wie es manchmal heißt, daß diese ohnehin nichts wert gewesen wären; die waren schon etwas wert, denn die Eisenbahnen, die nichts wert waren, die sind ja nicht expropriert worden, die hat man den Privateigentümern ruhig belassen —, gutzumachen.

Und nun lassen sie mich meine Ausführungen über den Gegenstand Eisenbahnen hiemit schließen und noch einige Worte zu den übrigen Beratungsgegenständen dieser Gruppe sagen. Ich meine hier vor allem die Post. Daß die Erhöhung der Posttarife eine, man kann ruhig sagen, niederschmetternde Wirkung hat, darüber, glaube ich, brauche ich mich nicht zu verbreitern. Aber uns wurde mitgeteilt, und es haben dies einzelne Blätter als eine erwiesene Tatsache gemeldet, daß die Erhöhung der Tarife eigentlich ursprünglich in diesem enormen Ausmaße gar nicht vorgesehen war, sondern daß irgend etwas anderes hiebei in Aussicht genommen war. Die Ministerien haben einen Vorschlag gemacht in der festen Erwartung, daß dieser Vorschlag

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2861

in seiner stupenden Höhe nicht durchginge, sondern daß gewisse Abstriche gemacht würden und daß sie dann auf diese Weise das erreichen würden, was sie wollten. Das heißt also zu deutsch: Für einen interurbanen Brief hat das Ministerium einen Tarif von 1.50 S vorgeschlagen und damit gerechnet, daß das Briefporto im Hauptausschuß mit 1 S festgesetzt werden würde. Es ist dabei jene üble Handels- oder Händlermethode angewendet worden, die sonst eines Staates und einer Staatsgebarung eigentlich sehr wenig würdig ist, daß nämlich der eine von vornherein mehr fordert, weil er schon weiß, daß ihm der andere dabei etwas abhandeln wird. Aber es ist nichts abgehandelt worden, und zum Entsetzen der Beamten, zum Entsetzen der Fachleute sind die hohen Tarife wirklich in ihren ursprünglichen Ansätzen durchgegangen und haben Auswirkungen gezeigt, die weder die Schreibfreudigkeit noch den Geschäftsverkehr besonders erhöhen werden. Ich lasse es dahingestellt, ob dies deswegen geschehen ist, weil zufällig ein VdU-Abgeordneter im Hauptausschuß zuerst die Forderung gestellt hat, die Tarife auf ein vernünftiges Maß zu senken, und ob nicht zufällig deswegen, weil diese Forderung von einem VdU-Abgeordneten kam, die sehr geehrten Koalitionsparteien sich gedacht haben: Lieber etwas Unvernünftiges machen, als etwas Vernünftiges, das der VdU fordert! Aber die schreckliche Auswirkung auf die österreichische Wirtschaft ist jedenfalls da.

Und nun gleich eine weitere Frage. Wir haben uns vor wenigen Viertelstunden über die Preissenkungen unterhalten. Sagen Sie einmal: Warum geht nicht die öffentliche Hand her und gibt auf dem Gebiete der Preissenkung ein gutes Beispiel? Das würde der Preissenkungsaktion einen ungeheuren inneren Auftrieb geben, wenn beispielsweise die Bahn- und die Posttarife ermäßigt würden. (*Abg. Hartleb: Sehr richtig! — Abg. Dr. Herbert Kraus: Hören Sie, Herr Minister!*) Aber davon hört man nichts. Ich bin also schon auch der Ansicht, daß man hier der Privatwirtschaft allein nicht die gesamte Verantwortung auflasten kann, sondern daß man das gute Beispiel hier von seiten der öffentlichen Hand geben müßte.

Was nun aber die Posttarife im einzelnen anbelangt, so habe ich besonders zu bemängeln, daß die Tarife im Postverkehr mit dem Ausland jene Regelung vermissen lassen, die früher üblich war, nämlich die, daß im Nahpostverkehr mit dem Ausland ermäßigte Tarife galten. Heute ist das nicht mehr so, heute kostet ein Auslandsbrief nach Deutschland oder in die Schweiz oder nach Italien genau soviel wie beispielsweise ein Brief nach Kanada

und Australien. Ich glaube, auch das ist wirtschaftlich nicht gerechtfertigt.

Ich habe weiters an kleineren Dingen zu bemängeln, daß beispielsweise in Salzburg nach mir zugekommenen Nachrichten bei den neuen Telephonvollanschlüssen die Berechnung der Telephongebühren auch dann bereits zustande kommt, wenn die betreffende Telephonverbindung gar nicht hergestellt werden konnte.

Alles das, meine Damen und Herren, sind nur kleine Beispiele. Aber diese kleinen Beispiele zeigen, daß dort, wo die öffentliche Hand selbst Wirtschaftender ist, sie absolut nicht gewillt zu sein scheint, selber jene soliden kaufmännischen Grundsätze durchzuführen, die sie bei den Privaten so leidenschaftlich fordert. (*Abg. Hartleb: Sehr richtig!*)

Ich möchte hier als Angehöriger der Opposition einen Appell vorbringen, in den Sie sicherlich einstimmen werden und der vielleicht auch von Ihrer Seite her wiederholt werden wird, nämlich den Appell an die Alliierten, sie mögen uns endlich, endlich, im siebenten Jahre nach Kriegsende, unsere Radiostationen zurückgeben, nachdem sie uns die Befreiung so oft versprochen und sie noch immer nicht verwirklicht haben.

Vor kurzem wurde bekanntgegeben, daß die Zensurstelle von österreichischer Seite her aufgelöst worden sei und daß also die Zensurbeamten nicht mehr besoldet werden. Ich möchte den Herrn Bundesminister bitten, uns in dieser Sache, die jeder von uns unterschreiben wird, zu sagen — da man über die betreffende Frage in der letzten Zeit leider nichts mehr gehört hat —, ob es tatsächlich durchgeführt worden ist, daß diese Zensurbeamten keine Besoldung mehr erhalten.

Meine Damen und Herren! Die bisherige Budgetdebatte hat so wie alle Budgetdebatten bereits eines gezeitigt. Bei der Beratung der einzelnen Kapitel haben jeweils Abgeordnete jener Koalitionspartei, der der betreffende Minister nicht angehört, so gesprochen, als ob sie Redner einer Oppositionspartei wären, und die anderen haben sich verteidigt; beim nächsten Gegenstand war dann die übliche Rollenvertauschung zu beobachten. Das ist aber ein Trick, von dem wir allerdings glauben, daß er seinen guten Grund hat, um eben der Öffentlichkeit gegenüber die Sache morgen in den Enunziationen der Parteipresse so darzustellen, als hätte man keine Verantwortung für ein Ressort, dessen Minister Angehöriger der anderen Koalitionspartei ist. Aber so ist es nicht, meine Damen und Herren! Sie, die Koalition, tragen alle gleichmäßig die Verantwortung für jedes Ressort, und wir,

2862 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

die Opposition, haben allein das Recht, gleichmäßig den einen wie den anderen abzulehnen und dem Budget in toto unsere Zustimmung zu versagen. Sie stellen die Dinge oft so dar, als wären Sie unbeteiligt an dem, was von seiten Ihres Koalitionsbruders geschieht, innerlich aber meinen Sie, Sie hätten ihn gefangengenommen, Sie hätten einen Gefangenen gemacht, der nach Ihren Wünschen handeln muß. Dabei erinnere ich mich an ein Bonmot von Nestroy, das mir für die Situation der Koalitionsparteien sehr treffend zu sein scheint. Es heißt in „Judith und Holofernes“: „Ich habe einen Gefangenen gemacht, aber er läßt mich nicht aus.“ (*Heiterkeit.*) Sie sind alle miteinander gefangen und werden nicht ausgelassen, wir aber sind frei, brauchen nur zu sagen und danach zu handeln, was das Volk verlangt, wir sind an keinen Koalitionspakt gebunden und lehnen daher dieses Kapitel ab. (*Beifall beim KdU.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Wir fahren in der Debatte fort. Da kein Proredner zum Wort gemeldet ist, kommt der zweite Kontraredner, Herr Abg. Koplenig, zum Wort. (*Abg. Dr. Herbert Kraus: Das große Schweigen! — Abg. Bleyer: Der Opposition zuliebe reden wir nicht!*)

Abg. Koplenig: Meine Damen und Herren! Ich werde mich bei der Behandlung dieses Kapitels, das die verstaatlichten Unternehmungen unserer Industrie und des Verkehrs wesens umfaßt, in der Hauptsache mit den verstaatlichten Industrieunternehmungen beschäftigen. Vorher aber möchte ich doch auch einiges zum Budget der Bundesbahnen sagen.

Das Budget der Bundesbahnen ist durch zwei Hauptmerkmale gekennzeichnet: erstens durch die im Budget vorgesehene empfindliche Erhöhung der Gütertarife und zweitens durch einen empfindlichen Personalabbau. Auf diesen beiden Grundsätzen, nämlich Tarifierhöhung und Personalabbau, ist das Budget der Bundesbahnen aufgebaut, und ich muß sagen, daß dies allein schon für die Abgeordneten des Linksblocks ein genügender Grund wäre, um dieses Budget abzulehnen.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr sind für das Jahr 1952 mit 2339·4 Millionen Schilling veranschlagt. Das bedeutet eine Steigerung gegenüber 1951 um 657 Millionen Schilling. Diese Steigerung im Budget wurde nicht etwa deshalb vorgenommen, weil man im kommenden Jahr mit einer großen Wirtschaftsbelebung und Steigerung des Gütertransportes rechnet, sondern die gewaltige Vergrößerung der Einnahmen aus dem Güterverkehr nimmt eine Tarifierhöhung vorweg, die schon längere Zeit geplant ist. Eine solche neuerliche Tarif-

erhöhung würde aber ohne Zweifel eine neuerliche Verteuerung der Lebenshaltung der Massen mit sich bringen, umsomehr, als die Absicht besteht, vor allem die Tarife für den Transport von Massengebrauchsartikeln wesentlich zu erhöhen. Es ist allgemein bekannt, daß alle diese Tarifierhöhungen immer wieder auf die Konsumenten abgewälzt werden und damit zu einer Erhöhung der ohnehin schon jetzt so großen Belastung der Massen führen.

Es ist in diesem Zusammenhang sehr bezeichnend, daß die Regierung nicht einmal den parlamentarischen Schein wahrt und die Tarifierhöhung, über die nach der Verfassung das Parlament bzw. der Hauptausschuß in jedem einzelnen konkreten Fall zu entscheiden hat, im Budget vorwegnimmt.

Die geplanten volksfeindlichen Maßnahmen, wie die Erhöhung der Gütertarife und der Personalabbau bei den Bundesbahnen, werden so wie jedes Jahr mit der besonders schlechten Finanzlage unserer Bundesbahnen, mit ihrem ständig steigenden Defizit begründet. Es fehlt auch nicht an Versuchen in der breiten Öffentlichkeit, die Eisenbahner und Pensionisten für das Defizit verantwortlich zu machen. Nur sehr wenig wird aber darüber gesprochen, wo wirklich der Grund des Defizits ist.

Jeder versteht, daß der Wiederaufbau und die Instandsetzung des durch zwei Kriege schwer beschädigten Fahrparks und der Anlagen ungeheure Summen erfordert. Es ist auch allgemein bekannt, daß der seinerzeitige Pensionsfonds der Eisenbahner nach dem ersten Weltkrieg der Inflation zum Opfer gefallen ist, und es ist nicht die Schuld der Eisenbahner und Pensionisten, wenn Krieg, Inflation und deutsche Besetzung ihren Pensionsfonds aufgefressen haben. Von den Bundesbahnen verlangt man, was man von keinem anderen Unternehmen verlangt, daß sie nun aus ihren Einnahmen für diese Kriegsfolgen aufkommen müssen, und man benützt nun wieder die Gelegenheit, um die Eisenbahnbediensteten und Pensionisten zum Sündenbock zu machen.

Die Eisenbahnen sind eine Einrichtung, ohne welche das Leben und der Verkehr in einem modernen Staat undenkbar ist. Es ist nur selbstverständlich, daß in einem modernen Staat eine solche Einrichtung nicht gewinnbringend, ja nicht einmal kostendeckend zu sein braucht. Die Regierung steht hier auf dem entgegengesetzten Standpunkt, wie auch aus der „Wiener Zeitung“ von gestern zu ersehen ist. Dort wurde mitgeteilt, daß dem Wirtschaftsdirektorium in der nächsten Zeit konkrete Vorschläge für die Umwandlung von Bundesbetrieben in selbständige Wirtschaftskörper gemacht werden sollen. Es handelt

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2863

sich dabei zweifellos um die Bundesbahnen, und das bedeutet, daß nach Ansicht der Regierung und der Regierungsparteien das Defizit der Bundesbahnen noch mehr als bisher auf die Schultern der Bahnbediensteten und Pensionisten abgewälzt werden soll.

Jeder versteht, daß der Staat Straßen, Brücken und andere Verkehrsanlagen aus öffentlichen Mitteln baut; es ist nun die Frage, warum gerade die Eisenbahnen es sein sollen, die alles, was sie brauchen, aus sich selbst herauswirtschaften. Es wäre auch nur recht und billig, wenn der Staat einen wesentlichen Teil der Kosten der Pensionen tragen würde, wie dies vor 1938 der Fall war. Damals wurde bei einem Gesamtaufwand von rund 185 Millionen Schilling für Bundesbahnpensionen ein staatlicher Zuschuß von 49,3 Millionen Schilling, also mehr als ein Drittel, geleistet. Wenn das heute im gleichen Verhältnis der Fall wäre, würde ein großer Teil des Defizits der Bundesbahnen verschwinden.

Über das Defizit der Bundesbahnen wird sehr viel gesprochen und sehr viel geschrieben, aber über andere wirtschaftliche Einrichtungen, über andere Unternehmungen, zum Beispiel über die Riesenprofite der Banken, der Aktiengesellschaften, der großen Industrieunternehmen, über die Profite des Holzkartells und der Exporteure, spricht man nicht; darüber wird geschwiegen. In einer Abschöpfung gerade dieser Riesenprofite, in der Eintreibung der Steuerschulden der Kapitalisten könnten die Mittel gefunden werden, um auch das Defizit der Bundesbahnen zu beseitigen.

Eine richtige, den österreichischen Interessen dienende Außenhandelspolitik könnte ebenfalls, wie mein Freund Scharf schon gezeigt hat, durch Abschluß entsprechender Handelsverträge die Einfuhr verbilligter Kohle sichern, was im Budget der Eisenbahnen eine große Rolle spielt.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, daß die Tarifierhöhungen nicht nur unsozial, sondern auch unnötig sind und außerdem keinen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage bringen. Daß Tarifierhöhungen kein Ausweg sind, davon konnten wir uns gerade in den letzten Jahren immer wieder überzeugen, als wir sehen mußten, wie sehr die steigende Belastung der Massen die wirtschaftlichen Probleme nicht löst, sondern noch verschärft.

Ebenso verhält es sich mit dem geplanten Personalabbau. Man soll nicht sagen, daß der Abbau unbedeutend sei. Wenn Not und Sorge auch nur in ein paar tausend Arbeiterhaushalte einziehen, dann ist dies keine Kleinigkeit. Es besteht auch gar kein Zweifel — die Erfahrungen haben es uns immer wieder gezeigt —, daß die Leute, die heute ein paar

tausend Eisenbahner um ihre Existenz bringen wollen, morgen ihren Angriff auf andere tausende Eisenbahner, und nicht nur auf Eisenbahner, sondern auch auf andere Kategorien der Staatsangestellten, ausdehnen werden. Für die geplante Personalverminderung kann man keinerlei wie immer geartete sachliche Begründung finden. Im Gegenteil, die Verhältnisse bei den Bundesbahnen sprechen entschieden gegen sie.

Schon heute wird die Dienstdauer Vorschrift nicht eingehalten, weil es an Personal fehlt. Das Fahrpersonal, die Zugbegleiter und das Lokomotivpersonal sowie die Leute im Kraftwagendienst müssen heute schon dauernd Überstunden machen. Die Summe der geleisteten Überstunden und der ausständigen Freischichten betrug am 30. Oktober dieses Jahres bereits 1,639.000 Stunden! Welche Gefährdung der Verkehrssicherheit der geplante Personalabbau mit sich bringen würde, brauche ich angesichts der angeführten Zahlen wohl nicht weiter auszuführen. Der Abbau bedeutet eine weitere Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der Eisenbahner sowie der Passagiere.

Die Lösung des Problems der Bundesbahnen besteht also nicht in einer neuen Tarifierhöhung und im Personalabbau, sondern diese Frage kann nur im Rahmen der allgemeinen Änderung der gesamten Wirtschafts-, Steuer- und Außenhandelspolitik gelöst werden.

Damit komme ich zu dem anderen Abschnitt dieses Budgetkapitels, den verstaatlichten Betrieben.

Es wäre von entscheidender Bedeutung für die Bevölkerung unseres Landes, zu wissen, wie die verstaatlichten Betriebe, die 15 Prozent unserer Industrie umfassen, wirtschaften, welche Produktions- und Absatzpolitik sie betreiben, wie ihre Gewinne und die sonstigen zur Verfügung stehenden Mittel verwendet werden. In der Debatte im Budgetausschuß und in den Reden des Ministers Waldbrunner zu diesem Punkt wurde darüber kein Aufschluß gegeben. Hingegen haben sich drei Viertel aller Debatteredner im Budgetausschuß mit der Korruption bei der VÖEST und den gegenseitigen Intrigen der Koalitionsparteien beschäftigt.

Es ist kein Zweifel — und das ist ja eines der Merkmale unserer Lage —, daß es in Österreich noch nie so viel Korruption gegeben hat wie gerade jetzt. Insbesondere seit dem Inkrafttreten des Marshallplans jagt ein Korruptionsfall den anderen, und das ist auch kein Zufall. Es ist hier vom Bundeskanzler und auch in der Debatte zugegeben worden, daß der Marshallplan und die Verwendung der Marshall-Mittel der öffentlichen Kontrolle

2864 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G.P. — 12. Dezember 1951.

entzogen sind. Wen kann es da wundern; wenn die Korruption immer mehr um sich greift? Die Korruption gehört eben zum Marshallplan und zur Marshall-Politik wie das Amen zum Gebet. (*Abg. Dengler: Vom Gebet wissen Sie nicht viel!*) Es gibt einen alten Diebstrick, der darin besteht, dem Wachhund eine tote Katze vor die Füße zu werfen, um seine Aufmerksamkeit abzulenken. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß im Budgetausschuß bei der Behandlung dieses Kapitels nicht deshalb so viel geredet wurde, um die Korruption wirksam zu bekämpfen und auszumerzen, sondern um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den eigentlichen Problemen der verstaatlichten Betriebe abzulenken.

Man muß in diesem Zusammenhang an die Propaganda erinnern, die insbesondere von der Sozialistischen Partei Österreichs seinerzeit mit der Verstaatlichung der Betriebe der Grundindustrie gemacht wurde. Damals hieß es, daß die Verstaatlichung dieser Betriebe zu einer planwirtschaftlichen Erfassung der gesamten Industrie führen würde, daß die Verstaatlichung der Betriebe ein entscheidender Schlag gegen die Profitwirtschaft sei, ja daß sie sogar ein Stück Sozialismus in Österreich bedeute.

Die Abgeordneten der Kommunistischen Partei und des Linksblocks haben immer wieder darauf hingewiesen, daß eine Verstaatlichung, bei der die entscheidenden Repräsentanten des Privatkapitals in den verstaatlichten Banken die entscheidenden Verwaltungsposten besetzen, wie zum Beispiel die Herren Joham, Lauda, Mayer-Gunthof, Mayer-Mallennau, und von dort aus die verstaatlichten Betriebe kontrollieren, in die das Parlament keinen Einblick hat, keine Verstaatlichung ist. Eine solche Verstaatlichung kann weder Korruption noch Profitwirtschaft beseitigen und führt letzten Endes zur Verschiebung, zum Ausverkauf und zur Wiederherstellung des Privatbesitzes an den verstaatlichten Betrieben. Die Entwicklung bestätigt das, was wir seinerzeit vorausgesagt haben.

Der eine oder der andere mag sich darüber gewundert haben, daß die Amerikaner, die doch so sehr auf die Wahrung des Privateigentums und die sogenannte Freiheit der Privatinitiative erpicht sind, gerade in unsere verstaatlichten Betriebe beträchtliche Mittel hineingepumpt haben. Aber die amerikanischen Kapitalisten wußten, was sie machten. Sie wußten, was sie von einer Verstaatlichung zu halten haben, bei welcher der Bock zum Gärtner gemacht, ein Krauland mit der Durchführung der Verstaatlichung betraut wurde. Sie wußten, daß ihnen eine solche Verstaat-

lichung starke Positionen in die Hand spielen könnte. Die Politik der Auslieferung entscheidender wirtschaftlicher Positionen an das amerikanische Kapital, die Krauland betrieb, hat Minister Waldbrunner als eifrigster Sachwalter des Marshallplans fortgesetzt.

Wie die Amerikaner selber die Verstaatlichung in Österreich einschätzen, können wir in einem Artikel der amerikanischen „New York Times“ vom 6. September 1951 über die Verstaatlichung der Creditanstalt und der Länderbank nachlesen. Dort heißt es:

„Diese sind theoretisch verstaatlicht. In Wirklichkeit ist die Creditanstalt die Bank der Volkspartei und die Länderbank die der Sozialistischen Partei. Die Leitung beider Banken führt ihre Geschäfte so frei von jeder Kontrolle durch, daß sie den Neid einer beliebigen Privatbank der Vereinigten Staaten erwecken könnte.“

Allerdings hat die amerikanische Zeitung hinzuzufügen vergessen, daß diese Banken nur insoweit kontrollos sind, als es die österreichische Kontrolle betrifft. Die amerikanischen Chiefs hingegen kontrollieren diese Banken und dadurch auch die verstaatlichten Betriebe, die von ihnen abhängen, sehr genau.

Vor den Folgen der Kontrollosigkeit haben wir Kommunisten bereits bei der Behandlung des 2. Verstaatlichungsgesetzes gewarnt. Abg. Ernst Fischer sagte damals: „... verantwortlich für die Durchführung dieses Verstaatlichungsgesetzes ist leider der Herr Bundesminister für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung Krauland. Ich glaube, es wird der größten Wachsamkeit, der größten Aufmerksamkeit bedürfen, um zu beobachten, wie dieses Gesetz durchgeführt oder nicht durchgeführt wird, und es wird vor allem der größten Aufmerksamkeit bedürfen, die österreichische Energiewirtschaft gegen ein dominierendes Eindringen des ausländischen Kapitals zu sichern.“ „Ich weise darauf hin“, sagte Abg. Fischer damals, „daß in Italien heute fast die gesamte Energiewirtschaft keine italienische, sondern eine amerikanische Energiewirtschaft ist, und ich hege die ernste Befürchtung, daß in Österreich ähnliche Gefahren heraufsteigen, daß wir hier also zwar beschließen, die Energiewirtschaft in die Hände des österreichischen Volkes zu legen, daß aber eines Tages manche dieser neuen großen Gesellschaften nicht mehr österreichische, sondern amerikanische Gesellschaften sein könnten.“

Heute ist es leider soweit. Was von Krauland begonnen wurde, wird von Waldbrunner fortgesetzt. Die Krise in der Stromversorgung, welche der Herr Minister für Verkehr und

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2865

verstaatlichte Betriebe für den heurigen Winter voraussagt, wird in den kommenden Jahren, wie sein Organ, der Bundeslastverteiler, zugeben muß, nicht schwächer, sondern eher noch schärfer werden.

Es ist eine von niemandem bestrittene Tatsache, daß vor allem der Ausbau der Wasserkräfte in Ybbs-Persenbeug, der Bau des Kraftwerkes in Hieflau und des Kraftwerkes in St. Pantaleon an der Enns hier Abhilfe schaffen könnte. Ybbs-Persenbeug würde das Stromproblem für Wien lösen. Hier wurden bereits Vorarbeiten geleistet, und es besteht sogar schon eine eingerichtete Baustelle im Werte von 200 Millionen Schilling. Aber der Bau wird nicht durchgeführt. Das Enns-Kraftwerk Hieflau würde unsere steirische Industrie von ihrem Kraftstrommangel befreien. Das Werk in St. Pantaleon a. d. Enns würde der Elektrifizierung unserer Bundesbahnen dienen. Wie man sieht, wären diese Projekte geeignet, die ganze Aufmerksamkeit eines den Interessen Österreichs dienenden Ministers gefangenzunehmen.

Womit beschäftigt sich aber Waldbrunner und sein Ministerium? Er beschäftigt sich seit Jahren mit der Gründung von Gesellschaften, durch welche die österreichische Energiewirtschaft in ausländische Hände gespielt werden soll.

Ich habe in meiner Rede zur Generaldebatte bereits die Äußerungen des Mister Froebel aus Texas, der verantwortliche Leiter der Industriesektion der österreichischen ECA-Mission ist, über die Beteiligung von Privatkapital und von ausländischem Kapital an unserer verstaatlichten Elektrizitätswirtschaft angeführt. Mister Froebel äußert sich in einem Interview folgendermaßen: „Was wir brauchen, ist jetzt privates Kapital, und wir sind daran, es aufzutreiben, weil ich der Ansicht bin, daß Österreichs Kraftstrom ein wichtiger Bestandteil der vereinten Wirtschaftskräfte der freien Nationen Europas sein könnte.“

Die amerikanische Presse ist auch überzeugt, daß Herr Froebel „den Weg finden wird, um die Alpen restlos ausbeuten zu können“. Der Weg führt über die Beteiligung der ausländischen und vor allem der amerikanischen Kapitalisten an den Unternehmungen der verstaatlichten österreichischen Elektrizitätswirtschaft.

Eine besondere Methode zur Beschleunigung dieser Beteiligung bildet gegenwärtig die Aufrollung der Frage des Deutschen Eigentums im Westen Österreichs. Unter dem Vorwand, daß nur auf diese Weise westdeutsches Kapital zur Beteiligung an den österreichischen Illwerken angeregt werden kann, hat die Vorarlberger Landesregierung einen ersten Vor-

stoß gemacht und beantragt, das ehemals Deutsche Eigentum an den Vorarlberger Illwerken ihren Vorbesitzern, das heißt den westdeutschen Ruhrkapitalisten, zurückzustellen.

In einem Artikel der „Berichte und Informationen“, der am 21. September dieses Jahres unter dem Titel „Möglichkeiten deutscher Investitionen in Österreich“ erschienen ist, lesen wir, daß das alliierte Gesetz Nr. 63 der westdeutschen Besatzungsmächte die Rechtsstellung der Eigentümer von Vermögen im Ausland verbessert hat. Das früher geltende Kontrollratsgesetz Nr. 5 hatte das gesamte deutsche Vermögen im Ausland enteignet. Das in Westdeutschland geltende alliierte Gesetz Nr. 63 bestätigt aber nur jene Enteignungen, die bereits vollzogen wurden oder in Zukunft vollzogen werden. Über mindestens zwei Drittel aller deutschen Auslandsvermögen wurde aber bisher noch nicht endgültig verfügt, sodaß die Eigentümer nun ihren Kampf um die Rückgewinnung mit guten Erfolgsaussichten fortsetzen können. „Vor allem ist zu hoffen“, so schreiben die „Berichte und Informationen“, „daß die Erlaubnis für zweiseitige Verhandlungen mit den betreffenden Ländern recht bald verwirklicht wird. Angesichts des Unbehagens in vielen Ländern über die Enteignungspolitik gegen private Vermögen darf erwartet werden, daß derartige Verhandlungen nicht ohne Erfolg sein werden“. Soweit die „Berichte und Informationen“.

Der Bonner Justizminister Dehler hat bei seinem letzten Besuch in Wien offiziell der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Frage des Deutschen Eigentums in Österreich in Kürze zur Zufriedenheit der deutschen Kapitalisten gelöst werden wird.

Es besteht kein Zweifel, daß hinter diesen Ansprüchen der Bonner Regierung einflußreiche Kreise aus Washington stehen, die auf diese Weise hoffen, zwei Fliegen mit einem Schlag zu fangen. Einerseits wollen sie dadurch das Eindringen des amerikanischen und deutschen Kapitals in unsere Industrie erleichtern und andererseits wollen sie die deutschen Kapitalisten und Neonazi durch Beschenkung mit österreichischen Industrieanteilen für die Aufstellung deutscher Divisionen entschädigen.

Hier, meine Damen und Herren, wird ein Komplott gegen die österreichische Wirtschaft vorbereitet, und der verantwortliche Minister tut nichts, um das zu verhindern. Im Gegenteil: Minister Waldbrunner arbeitet diesen Plänen in die Hände, denn er beschäftigt sich, wie ich schon sagte, schon seit langem damit, Gesellschaften mit ausländischer Beteiligung zu gründen. In diesem Jahr zum Beispiel wurde die Bayrisch-österreichische Innkraft-

2866 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

werke-Gesellschaft gegründet und mit dem Bau des Kraftwerkes Braunau am Inn begonnen, dessen Strom — auf amerikanischen Befehl — fast zur Gänze der Aluminiumerzeugung in Ranshofen dienen soll. Da dieses Aluminium zum größten Teil als strategischer Rohstoff zu Schleuderpreisen nach dem Westen exportiert wird, bedeutet der in Braunau erzeugte Strom einen Verlust für die österreichische Wirtschaft.

Herr Minister Waldbrunner ist sichtlich bemüht, auch alle Voraussetzungen für eine amerikanisch-deutsche Kapitalbeteiligung am Ausbau der Energie des Ötztals, des oberen Inn und der Vorarlberger Wasserkraftwerke zu schaffen. Er hat die Absicht, die Osttiroler Wasserkraftwerke zum Nutzen des italienisch-amerikanischen Konzerns Montecatini auszubauen, damit auch dieser Strom der Ausrüstung der Amerikaner zur Verfügung steht.

Um das Bild zu vollenden: Waldbrunner hat auf Befehl der Amerikaner ihrem Liebling Tito entscheidende Rechte an den österreichischen Draukraftwerken eingeräumt. Darüber hat die Belgrader Presse offen geschrieben. Bis heute hat sich Minister Waldbrunner wohlweislich gehütet, die Erklärungen der jugoslawischen Presse über ein solches Abkommen zu dementieren.

Zwischen Bonn und Wien fahren jetzt Sonderbevollmächtigte hin und her, die über die Frage des Deutschen Eigentums in den westlichen Bundesländern Verhandlungen führen. Es steht dafür, diese Sonderbevollmächtigten Österreichs einmal unter die Lupe zu nehmen. Es ist eine eigenartige Gesellschaft, ich möchte fast sagen, eine einheitliche Gesellschaft, die sich hier zusammengefunden hat, um an Österreich und seiner Wirtschaft Hochverrat zu üben. Es sind Leute, die sich auf Hochverrat spezialisiert haben, denn sie sind samt und sonders ehemalige Wehrwirtschaftsführer der sogenannten ostmärkischen Wirtschaft des deutschen Hitler-Reiches und ehemalige SS-Leute. Da ist einmal der ehemalige Wehrwirtschaftsführer Baurat Heller, dessen Funktion im Jahre 1938 in nichts Geringerem bestand, als daß er damals die österreichische Energiewirtschaft an das „Reich“ ausgeliefert hat. 1945 war Heller vom Erdboden verschwunden. 1947 tauchte er wieder auf, denn es wehte im Westen Österreichs wieder Morgenluft für ihn und seinesgleichen. Kaum aufgetaucht, ist er energiewirtschaftlicher Berater der Tiroler Landesregierung. In dieser Eigenschaft ist er nun auf dem Weg über Bonn daran, die österreichische Energiewirtschaft ein zweitesmal zu verkaufen, und zwar diesmal an das amerikanische Kapital. Das ist Baurat Heller.

Ihm zur Seite stehen die beiden ehemaligen Wehrwirtschaftsführer Ing. Steiner von der TIWAG und Ing. Aman von den Illwerken, zwei altbewährte Repräsentanten des deutschen Kapitals in der österreichischen Wirtschaft.

Wen kann es angesichts solcher Tatsachen wundern, daß heute die verstaatlichten Betriebe, auf welche die österreichische Arbeiterschaft so große Hoffnungen gesetzt hat, zu einem wirksamen Instrument der Durchführung der Pläne des ausländischen Kapitals, vor allem aber des amerikanischen Kapitals in Österreich geworden sind? Mit Hilfe dieser verstaatlichten Betriebe vollzieht sich die reibungslose Belieferung der europäischen Kriegsindustrie, der Atlantikpaktmächte mit den wichtigsten strategischen Rohstoffen.

Mit Hilfe der verstaatlichten Betriebe üben die Amerikaner auf die gesamte übrige Industrie einen gewaltigen Druck aus und zwingen alle Unternehmer, ihre Produktion und ihren Absatz — entgegen ihren ureigensten Interessen — den amerikanischen Wünschen gleichzuschalten.

Die verstaatlichten Betriebe sind nicht das geworden, was die Arbeiter von der Verstaatlichung erwartet haben. Das, wovon wir gewarnt haben, ist eingetreten. Diese Betriebe sind auch vom sozialen Gesichtspunkt gesehen durchaus nicht beispielgebend. Sie schaffen keine besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Arbeiter und Angestellten als irgendein anderer kapitalistischer Betrieb. Sie tun fast nichts, um die Wohnungsnot von Zehntausenden ihrer Betriebsangehörigen durch den Bau von menschenwürdigen Wohnungen zu lindern.

Diese sogenannten verstaatlichten Betriebe, die für die anderen, was die Frage der Betriebsdemokratie und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter betrifft, beispielgebend sein sollten, haben sich im Gegenteil zu Brutstätten des Neofaschismus entwickelt. Und zur Ehre der Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben muß man hier sagen, daß die Arbeiter bei den letzten Betriebsratswahlen diesen Neofaschisten eine entscheidende Niederlage versetzt haben. Bei diesen Betriebsratswahlen haben die Arbeiter und Angestellten aber auch ihren Protest gegen das undemokratische Regime und gegen die kapitalistischen Scharfmachermethoden in den verstaatlichten Betrieben zum Ausdruck gebracht.

Als im Oktober vorigen Jahres die Arbeiter gegen die Lohn-Preis-Politik in den Streik traten, haben der Minister Waldbrunner und seine Direktoren den privaten kapitalistischen Unternehmen ein Beispiel der Scharfmacherei gegen die Arbeiter und Angestellten gegeben,

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2867

indem sie hunderte Arbeiter auf die Straße warfen, weil diese am Streik teilgenommen hatten.

Es war die Direktion der verstaatlichten Hütte Donawitz, die im Oktober 1950 das Stichwort vom sogenannten kommunistischen Putsch gegeben hat, das den Vorwand bildete, um nicht nur in Donawitz, sondern auch in anderen Betrieben Betriebsräte zu verhaften und Arbeiter zu entlassen. Diese Putschlüge ist seither schmähsch zusammengebrochen, sie wurde durch Gerichtsurteile widerlegt. Der Abg. Czernetz hat in diesen Gerichtsurteilen einen besonderen Beweis der Demokratie in Österreich sehen wollen. Er hat damit in Wahrheit zugegeben, daß diese Maßregelungen im Oktober undemokratisch waren. Aber ich frage: Wie soll man denn die Tatsache bezeichnen, daß die Beauftragten des Ministers Waldbrunner zum Beispiel in den Steyr-Werken sich trotz Gerichtsbeschluß weigern, einen Betriebsrat ins Werk zu lassen, obwohl die Gerichte in dieser Frage ihr Urteil gesprochen haben, und zwar das Urteil gegen den Terror in den verstaatlichten Betrieben? Dies ist nichts anderes als eine Verhöhnung der Arbeiterrechte, als eine Verhöhnung der Betriebsdemokratie, von der gerade die Partei des Ministers Waldbrunner so viel spricht.

Es gehört auch zum System der Scharfmacherei in den verstaatlichten Betrieben, daß man sich jetzt dort, wo die Belegschaft bei den Betriebsratswahlen ihr Vertrauen den Kandidaten der Liste der gewerkschaftlichen Einheit geschenkt hat, einfach über den Willen der Arbeiter hinwegsetzt und versucht, die Arbeiterbetriebsräte unmöglich zu machen, so wie es jetzt in einigen steirischen Betrieben geschieht.

Wenn man also zusammenfassend die Entwicklung in den verstaatlichten Betrieben überblickt, dann kann man sagen, daß die Hoffnungen, die die Arbeiter und die Bevölkerung auf die Verstaatlichung gesetzt haben, in keiner Weise erfüllt worden sind. Die Bevölkerung hat erwartet, daß die verstaatlichten Betriebe ein starkes Rückgrat einer selbständigen österreichischen Wirtschaft sein werden. Tatsache aber ist, daß sie heute nichts anderes sind als die Operationsbasis der Amerikaner für die wirtschaftliche Versklavung und die politische Gleichschaltung Österreichs. Keinerlei Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten besteht in diesen Betrieben, und sie stellen keineswegs soziale Musterbetriebe dar. Es erübrigt sich wohl bei meinen Ausführungen noch jedes Wort darüber, daß diese Betriebe kein Stück Sozialismus in unserem Lande darstellen, wie es damals bei der Verstaatlichung von den sozialistischen Führern versprochen wurde.

Der Linksblock benützt die Budgetdebatte, um neuerlich seine Ablehnung der unsozialen Politik der Regierung auf dem Gebiete der österreichischen Bundesbahnen und der verhängnisvollen Politik der Regierung auf dem Gebiet der verstaatlichten Betriebe zum Ausdruck zu bringen. Der Linksblock wird daher auch gegen dieses Kapitel des Budgets stimmen.

Inzwischen hat Präsident Dr. Gorbach den Vorsitz übernommen.

Abg. Geisslinger: Hohes Haus! Wir sind jetzt bei der Besprechung eines der wichtigsten Kapitel. Nicht nur, daß es ein Drittel des ganzen Budgets ausmacht, greift doch gerade dieses Kapitel ganz tief in die gesamte Wirtschaft Österreichs ein. Es ist aber auch das Kapitel, dessen Behandlung der Österreicher nur tief erschüttert betrachten kann. Zu diesem Kapitel gehört zum Beispiel der Luftverkehr. Das Budget sieht 1,965.100 S für den Fall vor, daß der österreichische Luftverkehr aktiviert wird. Für alle Fälle ist noch 1 Million Schilling ausgewiesen, und die Bundesländer zusammen haben 4,245.000 S zur Verfügung gestellt, damit alles für die Luftschifffahrt vorgekehrt werden kann, um sie zur geeigneten Zeit gleich in Betrieb setzen zu können.

Hohes Haus! Wir dürfen uns allerdings den Kopf über die Ausgestaltung der Flugplätze zerbrechen, wir dürfen sogar den Wetterdienst machen. Das Bundesministerium für Verkehr hat in einem sehr interessanten Bericht mitgeteilt, daß wir im Flughafen Wien-Schwechat die Luftlinien der anderen Staaten, so die französische Luftverkehrsgesellschaft, die britisch-europäische Luftlinie, die skandinavische Luftlinie, die italienische Flugverkehrsgesellschaft, die niederländische Luftverkehrsgesellschaft im Verkehr haben; im Flughafen in Tulln landet die amerikanische Luftverkehrsgesellschaft, in Vöslau die tschechoslowakische, in Linz-Hörsching die schweizerische, die jugoslawische und die niederländische, im Flughafen in Graz-Thalerhof die jugoslawische, im Flughafen Salzburg-Maxglan die belgische und die schweizerische Luftverkehrslinie, in Innsbruck die schweizerische Luftverkehrsgesellschaft, die niederländische und die britische. Es ist also in Österreich ein ganz ansehnlicher Luftverkehr zu verzeichnen. Wir Österreicher dürfen an demselben aber nicht teilnehmen und haben keine Möglichkeit, in dieser Sparte des Verkehrs unsere Tätigkeit aufzunehmen.

Wir haben bis zum vorigen Sommer eine sehr beschränkte Personenschifffahrt gehabt. Oberhalb Linz haben wir einen ganz schönen

2868 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

Passagierverkehr gehabt, zwischen Wien und der Wachau hat aber nur ein einziges Schiff verkehrt, das war unsere alte „Helios“. Dann hat es den in Österreich sehr populären Namen „Kaukasus“ bekommen. *(Heiterkeit.)* Nach bestimmten Informationen ist nun auch die „Kaukasus“ nach dem Osten abgeschwommen, und auch die „Kaukasus“ wird im Sommer auf der Donau nicht mehr verkehren.

Wir haben Arbeiten an den Hafenanlagen in Linz vorgenommen. Dort hat zum Beispiel ein Gesamtumschlag von 1,185.000 t stattgefunden. Österreich mußte die Wasserstraßen ausbauen und die Sicherungen vornehmen, sodaß auch in der Nacht die Bergfahrt gewährleistet ist. Die alten Römer haben schon gesagt: „Navigare necesse est!“ Wir wissen, daß jedes Land, wenn es eine Schifffahrt hat, wenn auch nur eine Binnenschifffahrt, davon unerhörte wirtschaftliche Vorteile hat. Wir Österreicher haben trotz des großen Aufschwungs, trotz der bescheidenen Möglichkeiten, die wir noch haben, nicht die Möglichkeit, uns so zu entfalten, wie es notwendig wäre, weil das „Njet“ von einer bestimmten Seite dem entgegensteht, daß wir uns entwickeln können.

Wir haben darüber hinaus eine ganz große Sorge mit den Pensionisten der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft. Ich möchte heute von dieser Stelle aus sehr bitten, doch zu bedenken, daß diese Ärmsten der Armen nicht weiterkommen, weil die Kompetenzen nicht klar gestellt sind. Das Verkehrsministerium hat einen für sich selbst sehr praktischen Vorschlag gemacht, das heißt, es hat den Standpunkt vertreten, es möge das Finanzministerium diese Pensionisten übernehmen. Der Herr Finanzminister mit seinem beschränkten Budget wehrt sich natürlich gegen diese Lösung. So hängen heute die Pensionisten der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft in der Luft, und wir können nur hoffen, daß für sie doch wenigstens eine bescheidene Weihnachtzuwendung heraus schauen wird und daß man an die Regelung dieses Problems endlich ernsthaft herangeht.

So wie es uns bei der Luftschifffahrt geht, wie es uns bei der Schifffahrt geht, so geht es uns auch beim Radio. Wenn wir das Radio aufdrehen, geht es uns heute so wie in der Zeit des „geliebten Führers“ — wir drahn's g'schwind wieder ab, weil wir auf die verschiedenen Stimmen aus allen möglichen Zonen und Regionen, die alles, nur keine österreichischen Stimmen darstellen, nicht neugierig sind.

Wir haben auch eine Einrichtung, die uns schrecklich weh tut, wie der Herr Abg. Stüber schon ausgeführt hat, die sogenannte Öster-

reichische Zensurstelle. Die Regierung hat einen diesbezüglichen Vorstoß unternommen. Ich möchte nur eines sagen: Regierung, bleibe hart und stehe es durch! Es gibt keine größere und furchtbarere Schande, als daß wir Österreicher zum Beispiel mit einem Bruder oder einem Vater, der in München zu Hause ist, nicht schriftlich verkehren können, ohne daß irgendein Schnüffler im Auftrag einer ausländischen Macht in unser höchst eigenes Privatleben die Nase hineinsteckt und sich erlaubt, eine Freiheit zu brechen, die in Österreich eine gesetzlich verankerte Freiheit ist! *(Lebhafte Zustimmung.)*

Meine Herren von der äußersten Linken, seien Sie mir nicht böse! Ich weiß schon, daß Sie Armitschkerln sind, um wieder ein Wort von mir zu gebrauchen, das heute schon zitiert wurde. *(Heftige Rufe und Gegenrufe bei Linksblock und ÖVP. — Abg. Scharf: Was heißt Armitschkerln? Wegen uns geht die Koalition zum Teufel!)* Aber Herr Scharf, wer hört Ihnen schon zu? Ich werde Ihnen jetzt eine Antwort geben! *(Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Altenburger: Er verteidigt die Zensur!)* Ich werde Ihnen eine eindeutige, klare Antwort geben, damit Sie wissen, wie wir zueinander stehen. *(Weitere Zwischenrufe.)* Sie haben sich erlaubt, in der „Volksstimme“ die Sache so darzustellen, als ob sich das ganze Parlament um die paar Armitschkerln drehen tät', die auf der äußersten Linken sitzen. Und nun sage ich Ihnen, warum wir hinausgehen, wenn Sie sprechen: Weil es kein beschämenderes und entsetzlicheres Bild gibt, als wenn „österreichische“ Menschen — aber „österreichisch“ unter Anführungszeichen — in diesem Parlament sitzen, die Aufträge aus dem Ausland entgegennehmen, diese Aufträge durchführen und alles, was österreichisch ist, besudeln und in den Kot ziehen! Und da, meine Herren, machen wir einen gewaltigen Strich zwischen uns und Ihnen. *(Lebhafte Zustimmung.)* Wir betrachten alles, was Sie sagen, als Luft und werden unsere österreichische Politik ohne Sie und ohne Ihre vorgeschriebenen Reden führen. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe beim Linksblock.)*

Schauen Sie, Herr Scharf, nur Ihnen verdankt es die Linke, daß Sie fünf sind, und ich weiß nicht, ob das für Sie ein ehrendes Zeichen ist; das Urteil überlasse ich anderen. Ich möchte an Sie, meine Herren, den dringenden und ehrlichen Appell richten: Denken Sie doch darüber nach, ob Sie Agenten einer fremden Macht oder Österreicher sein wollen! *(Abg. Koplenig: Dollarknecht, schweig!)* Lernen Sie erkennen, welche beschämende Rolle Sie spielen! Wenn Sie eine österreichische Politik machen wollen, werden

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2869

wir sie mit Ihnen machen; wenn Sie aber eine Politik machen wollen, die Österreich im Ausland diskriminiert, haben wir mit Ihnen nichts gemein und werden wir mit Ihnen nie etwas gemein haben! (Abg. Koplenig: Mit einer amerikanischen Agentur kann man keine österreichische Politik machen! — Abg. Dengler: Tu ihnen nicht die Ehre an, gib dich nicht mit ihnen ab! — Abg. Koplenig: Sie waren schon einmal die Totengräber Österreichs! Faschistische Wegbereiter wart ihr! — Gegenrufe bei den Regierungsparteien. — Präsident Dr. Gorbach gibt wiederholt das Glockenzeichen. — Andauernde Unruhe.)

Präsident Dr. Gorbach: Meine Herren links und rechts, beruhigen Sie sich! (Zwischenrufe beim Linksblock: Faschisten! Faschisten!) Sie müssen doch die Auseinandersetzungen schon gewohnt sein.

Abg. Geisslinger (fortsetzend): Darf ich nun, Hohes Haus, zu den Österreichischen Bundesbahnen übergehen. Ich möchte diesbezüglich eine Anregung geben und etwas klarstellen. Ich möchte anregen, daß man den Herrn Finanzminister zum Ehrenprotektor, zum Ehrenpräsidenten, oder was Sie wollen, der Österreichischen Bundesbahnen ernennen soll! (Zwischenrufe.) Ich möchte das untermauern.

Ich habe da Zahlenmaterial, das ich einer Rede des Finanzministers entnehme. Es zeigt, was die Bundesbahnen in der Zeit von 1948 bis 1950 — ich sage ausdrücklich: nicht aus eigener Schuld, sondern infolge der Verhältnisse — zu leisten imstande waren und was der Finanzminister uns zugeschossen hat. Aus den Geschäftsberichten der Österreichischen Bundesbahnen für die Jahre 1948 bis 1950 beziehungsweise 1951 ersehen wir, daß folgende Zuwendungen von seiten des Bundesministeriums für Finanzen gegeben wurden:

Der Abgang der Österreichischen Bundesbahnen in der laufenden Gebarung hält sich in den Jahren 1948 bis 1950 zwischen 270 und 360 Millionen Schilling und wird im Jahre 1951 voraussichtlich 1120 Millionen erreichen. Im gleichen Zeitraum wurden als außerordentlicher Aufwand jährlich 440 bis 540 Millionen Schilling aufgewendet. Die Mittel für die Deckung des Abganges in der laufenden Gebarung und für den außerordentlichen Aufwand stammen also zum größten Teil aus Steuereinnahmen und im übrigen aus ERP-Freigaben.

Insgesamt hat das Bundesministerium für Finanzen in diesen Jahren zur Deckung der Abgänge in der laufenden Gebarung rund 2 Milliarden Schilling und für den außer-

ordentlichen Aufwand rund den gleichen Betrag, also zusammen 4 Milliarden Schilling, bezahlt, wovon 1,2 Milliarden aus ERP-Freigaben stammen.

Und nun die Feststellung: Die Österreichischen Bundesbahnen haben aus eigenem folgende Ausgaben bestritten: Personalaufwand, Pensionsaufwand, Löhne der Arbeiter, Kosten des Brennstoffes und Regieaufwand im allgemeinen. Der Finanzminister hat bestritten: Instandhaltung und Erneuerung der Anlagen für das ganze Liniennetz samt Unterbau mit Brücken und Tunnels, Oberbau, bauliche Anlagen, Bahnhöfe, Zugförderungsanlagen, Werkstätten und dergleichen sowie Fahrpark. Das Bundesministerium für Finanzen hat also aus eigenen und aus den ERP-Mitteln für die Österreichischen Bundesbahnen die gesamte schon erwähnte Instandhaltung bezahlt und außerdem die gesamte Elektrifizierung, den Wiederaufbau der zerstörten Anlagen und den Wohnbau für die Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen bestritten.

Es sind über 100 Brücken hergerichtet worden, darunter die Ostbahnbrücke und die Tullner Brücke über die Donau, zahlreiche Bahnhöfe sind wiederaufgebaut worden, darunter in Linz, Innsbruck, Klagenfurt, Krems, Salzburg, Wels, Attnang, Villach, Graz und in der letzten Zeit der Wiener Westbahnhof, der rund 70 Millionen Schilling gekostet hat.

Weiter sind errichtet worden der neue Semmering-Tunnel, zahlreiche Werkstätten, darunter die in Jedlersdorf und Knittelfeld, eine Reihe dieselektrischer Triebwagen wurde angeschafft, und auf dem Gebiete des Wohnungswesens wurden rund 500 Einheiten errichtet.

Ferner hat das Bundesministerium beigetragen, die Mittel für die Elektrifizierung der Strecken Spittal—Villach mit Fortsetzung nach Tarvis, Bischofshofen—Pongau und Attnang—Linz—Amstetten aufzubringen.

Hohes Haus! Das erwähne ich deshalb so ausführlich, weil ich meine: Wenn wieder einmal eine Eröffnung stattfindet, wenn wieder einmal die Jupiterlampen aufgeblendet werden, wenn wieder einmal die Photoreporter arbeiten und sich die Journalisten die Finger wundschreiben und wieder berichten, daß im Bereich des Verkehrsministeriums etwas Neues geschehen ist — dann Herr Minister, dann stellen wir doch auch den Herrn Finanzminister einmal auf ein Postament hinauf und lassen wir ihn recht kräftig anleuchten, damit die Öffentlichkeit auch weiß, daß nicht das Verkehrsministerium allein, sondern ganz stark auch ein verständnisvoller Finanz-

2870 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

minister und jeder Steuerträger in Österreich dazu beigetragen haben, diese Werke auf dem Gebiete des Verkehrs zu schaffen! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Dann müssen wir allen Steuerträgern ein Postament errichten! — Heiterkeit.*) Weikhart, du kommst zuerst hinauf, du bist zweifellos der schönste Mann des Parlaments, du verdienst dir das!

Präsident Dr. Gorbach: Deswegen will ich keinen Ordnungsruf erteilen. (*Heiterkeit.*)

Abg. Geisslinger (*fortsetzend*): Das ist doch keine Kränkung, sondern eine Anerkennung, Herr Präsident! (*Erneute Heiterkeit.*)

Nun möchte ich noch auf eines zurückkommen. Im Jahre 1946 haben wir auf einmal eine Gesetzesvorlage für einen selbständigen Wirtschaftskörper Österreichische Bundesbahnen auf den Tisch bekommen. Dieser Entwurf hat sicher viel Fleiß und viel Schweiß gekostet. Aber er hat einen grandiosen Schönheitsfehler gehabt. Bei allen strittigen Fragen hätte immer der Minister zu entscheiden gehabt. Es wäre selbstverständlich wegen der Beschaffung einer Mäusefalle, wie dies der Herr Abg. Dr. Stüber angeführt hat, nicht zu einem Streit gekommen, aber alles wirklich Wesentliche wäre selbstverständlich Streitfall gewesen; es hätte in allem nicht der verantwortliche Generaldirektor, sondern eben der Minister entschieden. Sehen Sie, und das war eben das gewaltige Haar in der Suppe, das wir damals gefunden haben und das wir einfach nicht auslöffeln wollten. Daher ist dann dieser Regierungsentwurf wieder zurückgezogen worden und in einer Schublade verschwunden. Nun stieg auf einmal im Finanzausschuß ein Versuchsballon auf. Ein Kollege von der SPÖ hat auf einmal gesagt: Nun gut, reden wir darüber! Er hat den selbständigen Wirtschaftskörper gemeint.

Ich möchte mir erlauben, ein klein wenig auf die Geschichte des selbständigen Wirtschaftskörpers zurückzukommen. Wir haben am 1. Oktober 1923 das erstmal einen selbständigen Wirtschaftskörper bekommen. Damals haben die Österreichischen Bundesbahnen ein Defizit von 130 Millionen Schilling gehabt. Es ist dann zur Genfer Sanierung gekommen, und man hat sich den Kopf darüber zerbrochen: was geschieht mit den Österreichischen Bundesbahnen? Und so ist der selbständige Wirtschaftskörper geschaffen worden, mit dem Erfolg, daß im Jahre 1937 mit einem Gebarungüberschuß von 37 Millionen Schilling abgeschlossen worden ist. Das Jahr 1938 hat diesem selbständigen Wirtschaftskörper ein Ende gemacht. Im

Jahre 1946 haben wir, wie schon erwähnt, einen neuen Entwurf bekommen. Die §§ 6 und 7 dieses Entwurfes hätten dem selbständigen Wirtschaftskörper jede Selbständigkeit genommen und hätten ihn dann ganz dem Minister unterstellt. Und so ist dieser Entwurf auch gestorben.

Wenn Sie nun heute die Frage aufwerfen: Wie schaut es mit dem selbständigen Wirtschaftskörper aus?, dann möchte ich sagen: Die Österreichische Volkspartei ist bestimmt dafür; aber unter zwei Bedingungen: Das, was an dem alten Gesetz aus dem Jahre 1923 gut war — und das meiste war gut —, das werden wir zur Grundlage der Verhandlungen nehmen. Das ist das eine. Das andere aber ist: Wir werden dem Finanzminister von seinem Postamentel nicht herunterholen können. Wir werden, wenn wir den Betrieb übernehmen sollten, Betriebskapital haben müssen.

Ich erinnere mich, daß das neue Gesetz im Jahre 1946 auch im Schoße der Personalvertretung große Bedenken hervorgerufen hat. Und diese Bedenken möchte ich doppelt und dreifach unterstreichen. Wir sind für einen selbständigen Wirtschaftskörper. Dieser selbständige Wirtschaftskörper darf aber nicht auf dem Rücken und auf das Konto des österreichischen Bundesbahnpersonals gemacht werden.

Eine große Belastung sind zweifellos die Pensionisten. Wir haben im Jahre 1945 75.000 Ruheständler gehabt. Im Jahre 1951 waren es 87.000. Die Zahl der Aktiven ist um 30.000 gesunken, die der Pensionisten um 12.000 gewachsen. Der Betrag, der dafür ausgeworfen wurde, war 1,1 Milliarden Schilling. Wir haben im Finanz- und Budgetausschuß über die Aufteilung eine Auskunft bekommen. Wir haben noch aus der Zeit der Monarchie 12.600 Ruheständler. Man sieht also, was das für gesunde Menschen waren und was sie für gute Lebensbedingungen gehabt haben müssen. Bitte, ich rede jetzt hier nicht von der Staatsform — damit niemand eine Ganslhaut bekommt. Ich wollte nur sagen, was das für Menschen mit guter Konstitution gewesen sein mußten. (*Heiterkeit.*) Wir haben 7500 Ruheständler aus der Zeit der Deutschen Reichsbahn, 41.400 aus der Zeit der Ersten Republik und 25.000 von den neuen Bundesbahnen.

Hohes Haus! Heute liegen die Verhältnisse folgendermaßen: Die Kosten für die Altpensionisten — und die, meine ich, müßte man eliminieren — machen ungefähr rund 60 Millionen Schilling aus, für die Zeit von 1948 bis 1951 rund 250 Millionen Schilling. Die Bundesbahnen haben aus Steuermitteln

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2871

oder ERP-Geldern Beträge in der Höhe von 4 Milliarden Schilling, also 16mal soviel bekommen. Wir können also unter den heutigen Verhältnissen nicht damit operieren, daß uns die Pensionistenlast erdrückt. Wenn wir aber ein selbständiger Betrieb werden würden, müßte diese Frage in einer sehr sorgfältigen Form gelöst werden.

Nun ein paar bescheidene Fragen zu den Investitionen. Ich will die Freude des Herrn Ministers am neuen Westbahnhof durchaus nicht trüben. Wir freuen uns über ihn; aber darf ich auf einiges aufmerksam machen, was die Fachleute sagen. Ich maße mir kein Urteil an, aber ich fühle mich verpflichtet, darüber zu reden. In Rotterdam hat man statt eines Bahnhofes eine Holzbaracke, und Rotterdam ist doch ein riesiges Verkehrszentrum. Der Bahnhof in Köln hat vier Gleise und 260 D-Züge im Tag. In Mailand hat man im Jahre 1936 einen neuen Zentralbahnhof gebaut und hat ihn an die Peripherie der Stadt hinausgestellt.

Ich sage das, weil man manchmal nicht hinter die glänzende Fassade sieht und sich dabei leicht täuschen kann. Man hat uns zweimal schon in Linz getäuscht: einmal in der Zeit zwischen 1934 und 1938 und dann später noch einmal. Man hat beide Male einen wunderbaren Bahnhof eröffnet, hat auch eine riesige Freude darüber gehabt, aber wenn man dann hinter diesen Bahnhof gegangen ist und etwa nach der Eröffnung des neuen Linzer Bahnhofes in die Personentunnels gekommen ist, ist man bis über die Knöchel im Gatsch gewesen (*Heiterkeit*) und man ist daraufgekommen, daß die schönste Fassade nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß es rückwärts leider nicht so marmorn und golden wie vorne aussieht.

Etwas Ähnliches haben wir auch heute. Es ist heute schon darauf hingewiesen worden, daß unsere Züge Verspätung haben. Ich möchte allen falschen Anschuldigungen entgegenreten: das ist nicht die Schuld des Personals. Aber geben Sie doch bei einer Fahrt acht, wie viele Langsamfahrstellen wir bei den Österreichischen Bundesbahnen haben. Das ist darauf zurückzuführen, daß sich unser Oberbau in einem ganz schrecklichen Zustand befindet. Jede technische Einrichtung soll nach ungefähr 30 Jahren erneuert werden. Die Eisenbahntechniker sagen, daß man im Jahre 200 km Gleise erneuern müßte, um erstens diesen Oberbau intakt zu halten und darüber hinaus auch die Geschwindigkeit der Züge zu gewährleisten. In Wirklichkeit — ich habe mich erkundigt — werden nicht einmal 100 km Gleise im Jahre erneuert oder verbessert. Wir bekommen keine

Schienen. Auch die Alpine, die ja dem Herrn Minister untersteht, versagt in der Lieferung. Es ist zum Beispiel interessant, daß wir für die Elektrifizierung bei der VÖEST, bei der Gemeinde Wien und bei Waagner-Biró Anleihen machen und uns dort Eisen und Stahl ausborgen müssen, das wir später wieder zurückgeben müssen.

Ich möchte doch meinen, daß wir bei den Österreichischen Bundesbahnen eine Institution haben sollten, ein Studienbüro, oder wie Sie es nennen wollen, das versuchen soll, die Ausgaben in ein gewisses Gleichgewicht zu bringen, damit man nicht auf der einen Seite gigantische Summen ausgibt und auf der anderen Seite den Betrieb vernachlässigt. Diese Verzögerung in der Lieferung von Eisen und Stahl bedingt auch, daß wir die Triebwagen nicht so geliefert bekommen, wie es notwendig wäre. Ich möchte es also der Aufmerksamkeit des Herrn Ministers sehr warm empfehlen, bei all diesen Dingen den Fachleuten die Möglichkeit zu geben, entscheidend mitzureden.

Ich möchte noch eines sagen. Ich komme hoffentlich nicht wieder in den Geruch, daß ich monarchistele. Die Kaiserin Elisabeth hat aber im Vestibül des nach ihr benannten Westbahnhofes ein Denkmal gehabt, ein wunderbares Werk des bekannten Bildhauers Hans Gassner. Nun habe ich gehört, daß dieses schöne Werk, das Denkmalwert hat, das ein Stück Vergangenheit und mit dem Namen der Bahn verbunden ist, restauriert werden soll. Jetzt lesen wir in der Zeitung, daß es ins Museum kommt. (*Abg. Skritek: Dort gehört es ja auch hin!*) Über den Aufstellungsplatz wollen wir uns nicht den Kopf zerbrechen, aber ich möchte, daß ein historisches Kunstwerk gerettet wird, und ich hoffe, daß es nicht in dem Zustand, in dem es sich heute befindet, nämlich ausgebrannt und demoliert, dorthin kommt, sondern daß man vielleicht doch diese bescheidene Ausgabe aufbringt, um dieses Denkmal in einem würdigen Zustand in das Museum zu bringen.

Nun komme ich schließlich zu einem Kapitel, von dem ich geglaubt habe, daß es im Finanzausschuß abgeschlossen wurde. Wenn ich heute noch einmal darauf zu sprechen komme, so deswegen, weil es beim Herrn Minister eine ganz merkwürdige Reaktion ausgelöst hat. Ich habe im Finanzausschuß zwei Erlasse auf den Tisch gelegt. Der eine Erlaß betrifft die Neueinstellung von Arbeitskräften für den Bahnhofsdienst, der andere Erlaß die Entbehrlichkeit ausgedienter und überalteter Beamter. Der eine Erlaß enthält in Punkt 5 die Verfügung: „Die Personalvertretung hat bei Durchführung von Neuaufnahmen mitzuwirken.“ In dem anderen

2872 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

Erlaß über die Außerstandbringung von Bediensteten heißt es: „Zur Durchführung der nach den Punkten 1 und 2 sich ergebenden Ruhestandsversetzungen ist das Einvernehmen mit der örtlichen Personalvertretung (bei den Bundesbahndirektionen mit dem Personalausschuß) im Rahmen der Bestimmungen der Personalvorschriften herbeizuführen.“ Der Herr Minister hat eine ganz nette Antwort gegeben, und dann haben wir einige Tage darauf das Fest eines führenden Gewerkschafters unserer Organisation gefeiert. Wir haben dieses Fest — alle drei Fraktionen miteinander — aus ehrlichem Herzen gefeiert. Wir haben es deswegen auch gemeinsam gefeiert, weil der Mann, den die Feier anging, dann in seiner Schlußrede auch ein Bekenntnis abgelegt hat, indem er am Schluß seiner Rede sagte, wie schwer er es habe. Er sitze als Kutscher auf einem Karren, dem drei Rösserln vorgespannt seien, die nach allen Seiten springen wollten, es sei ihm aber bis jetzt immer noch gelungen, diese drei Rößlein in die gleiche Gangart zu bringen, und zwar nach demokratischen Grundsätzen. (*Abg. Newirth: I hab zwa harbe Rappen! — Heiterkeit. — Abg. Altenburger: Besser zwei harbe Rappen als einen ungezügelmten Hengst! — Erneute Heiterkeit.*) Wir haben auch mit ihm manche Schwierigkeiten, anerkennen aber seinen guten Willen. Seinen 60. Geburtstag haben wir ehrlichen Herzens mit ihm gefeiert, und wenn wir mit ihm auch streiten und raufen, daß die Federn fliegen, zum Schluß finden wir uns mit ihm doch.

Gerade diese unpolitische Familienfeier hat nun der Herr Minister dazu benützt, um mit einem überflüssigen Stimmaufwand die Feststellung zu machen: Jetzt, nachdem die Eisenbahn wieder fährt, gäbe es Leute, die sich gegen die Personalvertretung wenden. Und dazu hat er wieder mit einem ganz großen Stimmaufwand gesagt: Man möge zur Kenntnis nehmen, daß man da auf Granit beißen werde. Das ist eindeutig mich angegangen, Herr Minister! Jetzt muß ich Ihnen also darauf hier im Hohen Haus meine Antwort geben.

Herr Minister! Mich kann niemand etwas über Gewerkschaft lehren! (*Abg. Rosa Jochmann: Lernen kann jeder! Jeder!*) Frau Abgeordnete, lassen Sie mich doch ausreden. Wir beide reden immer so gut miteinander, jetzt werden wir doch nicht gar zu debattieren anfangen! (*Schallende Heiterkeit.*) Schauen Sie, ich bin seit meiner frühesten Jugend, seit dem 17. Lebensjahr, Gewerkschafter. Ich trage mit Stolz das Goldene Ehrenzeichen des Gewerkschaftsbundes, und das ist keine Phrase, denn das war für mich eine ganz große Freude, als

ich es bekommen habe. Mich braucht auch niemand Demokratie zu lehren. Da sitzt mein Meister, der Herr Präsident Kunschak, dessen bescheidenster und schlechtester Lehrbub ich war, aber ich habe mich immer bemüht, mein gewerkschaftliches und demokratisches Ehrengeld blank zu erhalten. Das wird mir mein Gewerkschaftsobmann, der dort rückwärts sitzt, bestätigen können. Aber, Herr Minister, ganz komme ich mit Ihren Ausführungen nicht mit, wenn Sie zum Beispiel in Ihrer Rede gesagt haben, daß man manchmal den Gewerkschaftsobmann mit dem Generaldirektor bei den Bundesbahnen vertauscht, und wenn Sie dann die Bemerkung gemacht haben, es wäre vielleicht gescheiter so. Herr Minister, dann sage ich, das geht über mein demokratisches und gewerkschaftliches Hirn hinaus. Da kann ich und kein verantwortungsbewußter Mensch mit Ihnen mit.

Und jetzt setzen wir uns wirklich über die Befugnisse der Personalvertretung auseinander. Ich möchte sagen, daß ich bedingungslos als Mitglied des Arbeiter- und Angestelltenbundes auf dem Boden der Personalvertretung stehe und dafür bin, daß die Personalvertretung alles abbiegen muß, was unrecht ist, und daß ich immer ein getreuer Eckehard des Personals sein will. Sehen Sie, in der Personalvertretungsvorschrift heißt es, daß die Personalvertretung das Mitspracherecht in Dienst- und Vordienstangelegenheiten und das Interventionsrecht hat, wenn der Bedienstete sie anruft. Nun, wie ist das bei den österreichischen Bundesbahnen wirklich? Jetzt ist sie wirklich vertauscht — die Personalvertretung mit der Generaldirektion! Die Personalvertretung redet entscheidend mit bei den Postenbesetzungen und sie redet entscheidend mit bei ... (*Zahlreiche Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Nun, laßt's mich doch reden, Leutn! Euer Redner hat sich vorsichtigerweise hinter mir gemeldet, weil er mich als Kontraredner angeschaut hat und nun glaubt, er müsse hinter mir als Proredner drankommen. (*Heiterkeit.*) Die Personalvertretung redet entscheidend mit bei Unterstützungen aus Betriebsmitteln, sie redet entscheidend mit bei der Gewährung von Gehaltsvorschüssen, sie redet entscheidend mit bei der Vergebung von Dienstwohnungen — ich könnte bis morgen früh erzählen, was da oft für unglückselige Geschichten geschehen.

Und wie sieht es zum Beispiel mit der Mitwirkung bei Belohnungen aus? Da war ein Betrag von 500.000 S eingespart worden. Nun hat man sich gedacht, diesen Betrag wird man als Remunerationen an besonders verdiente Beamte auszahlen. Die

Bundesbahndirektion Wien hat dann solche Leute ausgesucht. Ich habe von dieser Geschichte am Ostbahnhof erfahren, wo die Leute eine Riesenwut haben. Die ausgesuchten Leute waren solche, die anlässlich der Rübenkampagne einen unerhörten Arbeitseinsatz zu bewältigen hatten. Man hat Fahrdienstleiter ausgesucht, die anlässlich der Elektrifizierung, bei Langsamfahrstrecken und bei Eingeleisigkeit einen besonders schweren Dienst zu leisten haben. Man hat Leute mit tadellosen Dienstleistungen ausgesucht. Und als alles fix und fertig war, ist auf einmal ein allerhöchstes gewerkschaftliches Zentralausschußorgan aufgetreten und hat erklärt: Entweder kriegen alle etwas oder niemand! Man hat erklärt, daß sonst Unruhe in den Betrieb kommt, und das Ende vom Lied ist, daß heute nach dem letzten Stand der Dinge niemand eine Remuneration bekommt. (*Abg. Rosa Jochmann: Bei so etwas gibt es immer Unruhe!*) Es ist aber nicht einmal deswegen Unruhe eingetreten, geschweige denn, daß eine Unruhe gewesen wäre, wenn man Leute ausgesucht hätte, die sich besondere Verdienste erworben haben. Das ist nur eines der Beispiele für die Mitwirkung der Personalvertretung.

Ein anderes Beispiel: In den letzten Tagen sind in der Werkstätte Wörth Bedienstete abgebaut worden. Nun hat nicht die Verwaltung, sondern der Vertrauensmann mit dem poetischen Namen Kuss 800 dieser Leute verständigt, daß sie wieder eingestellt worden sind. Diese Leute werden also wieder zu arbeiten anfangen. Hohes Haus! Verstehen Sie doch, daß bei einer solchen Art der Personalwirtschaft der kleine Bedienstete, der das Unglück hat, eine andere Weltanschauung zu haben, unter die Räder kommen muß und unter die Räder kommen wird!

Der Herr Abg. Populorum hat im Finanzausschuß erklärt, ich hätte nicht recht, es geschähe bei den Österreichischen Bundesbahnen alles nach den besten Regeln der Demokratie. Lieber Herr Abg. Populorum! Ich kann Ihnen leider keine Namen nennen; ich habe einen einzigen genannt, weil der Betreffende gestorben ist und ihm so nichts mehr geschehen kann; aber wenn ich mir erlauben würde, hier im Hohen Haus einen Namen zu nennen (*Zwischenrufe*) — Herr Populorum, Sie wissen, was ich meine! —, wenn ich einen Namen hier im Hohen Haus ausspreche, Herr Kollege, dann ist der Betreffende umerledigt. (*Abg. Reismann: Das ist unerhört!* — *Abg. Populorum: Alle Personalreferenten der Bundesbahndirektionen sind Mitglieder der ÖVP oder stehen dieser nahe! Dort sind die Politbüros!*)

Präsident Dr. Gorbach (*das Glockenzeichen gebend*): Das Wort hat der Herr Abg. Geisslinger!

Abg. Geisslinger (*fortsetzend*): Herr Kollege Populorum! Wir wollen uns keiner Täuschung darüber hingeben, wie diese Beamten gehalten und vergewaltigt werden. (*Andauernde Zwischenrufe. — Abg. Horn: Dort ist Terror! — Abg. Altenburger: Der Terror Waldbrunners und des Herrn Übeleis! Ich werde euch Namen bringen und Beweise für den Terror! Stellt euch nicht als Unschuldslamperln hin!*)

Hohes Haus! So wie es bei den konkreten Personalangelegenheiten zugeht, so geht es ja auch in der großen Personalpolitik bei den Bundesbahnen zu. Es gibt etwas, was auf die Gemüter unserer Koalitionspartner einen entsetzlichen Eindruck macht, und das ist das schreckliche Wörterl „CV“. Was tut man jetzt, wenn man den CV bekämpft? Der Herr Minister treibt den Teufel mit Beelzebub aus. Er ist darangegangen und hat einen sozialistischen CV gegründet und er hat mit diesem auch schon eine große Tagung in Zell am See abgehalten. (*Abg. Preußler: Nicht nur eine, sondern drei!*) Na herrlich, die Leute nur fest bei der Stange halten, denn wenn man sie ausläßt, dann rennen sie davon! Sie werden freilich einen Erfolg haben. Mancher, der weltanschaulich nicht gefestigt ist, wird zu Ihnen kommen, er wird Ihnen aber sein Büchel wieder zurückgeben, wenn Sie ihn enttäuscht haben, und wenn er keinen Generaldirektorsposten bekommt, wird er wieder gehen! (*Abg. Reismann: Die sind vom CV besetzt!*) Aber geben wir uns keiner Täuschung hin: Wenn wir einen Betrieb, wie die Österreichischen Bundesbahnen einer sein soll, groß machen wollen, dann lernen wir doch endlich, die personalpolitische Atmosphäre zu entgiften, also nicht darauf zu schauen, was für ein Mitgliedsbüchel einer hat; lernen Sie doch einmal klar und eindeutig begreifen, daß der fachlich Beste gerade gut genug ist, um diesem Unternehmen zu dienen, das die ganze Welt mit Österreich verbindet! (*Abg. Horn: Sagen Sie das dem Finanzminister! — Abg. Reismann: Aber ein Ausschlussgrund darf ein Mitgliedsbuch auch nicht sein! — Abg. Horn: Der beste Fußballer ist der beste Finanzbeamte! — Abg. Altenburger: Bei euch sind sieben freigestellt, bei uns bis heute noch kein einziger! — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.*) Meine Damen und Herren, wenn es darum geht, einen Beamten, der der ÖVP angehört, zu entfernen, dann scheut man nicht davor zurück, eventuell die ganze Generaldirektion zu reorganisieren, um diesen einen Mann hinauszubringen.

2874 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

Darf ich mir im Zusammenhang mit der Reorganisation eine Frage erlauben. Im Stellenplan der Österreichischen Bundesbahnen sind noch 3 Sektionschefposten und 14 Ministerialratsposten unbesetzt. Ein Sektionschefposten ist aufgelassen worden. Ich frage: Warum werden die Posten nicht besetzt, wenn sie im Dienstpostenplan vorgesehen sind? Ich kann es sagen: weil der sozialistische CV für diese Posten noch keine Anwärter hat, und es muß eben gewartet werden, bis man endlich einen unterbringen kann. (Abg. Reismann: *Das glaubst du ja selber nicht, das ist eine schwere Demagogie!*) Ich bitte, lieber Kollege Reismann, ich habe noch kein Wort gesagt, das ich nicht selber glaube und das ich nicht bedingungslos vertreten könnte. (Abg. Reismann: *Aber das glaubst du doch nicht!*)

Es gibt aber noch andere Methoden! In der St. Pöltner Werkstätte ist zum Beispiel ein Lautsprecher, der in der Frühstückspause eingeschaltet wird. Ich schwöre Ihnen, er wird sicher von keinem ÖVP-ler bedient. Eines Tages wird durchgegeben: Der böse Margarétha hat einen Anschlag auf die Eisenbahner vor und will ihnen die Regiebegünstigungen bei den Bundesbahnen einstellen. Die Folge war eine namenlose Aufregung! (Abg. Dr. Bock: *Das ist Demagogie!*) In der Presse haben wir dies berichtet, in den Versammlungen haben wir es gesagt, aber dem Lautsprecher ist die Sprache ausgeblieben, er hat darüber keine Silbe mehr geredet, er hat nichts mehr über diese Sache gesagt und hat nichts widerrufen. Sehen Sie, so wird ständig geputzt und aufgewiegelt, so werden aber auch die Leute bei der Stange gehalten. (Abg. Rosa Jochmann: *Nicht von Putsch reden!*) Meine lieben Männer und Frauen, da kann ich Ihnen nur folgendes sagen: Ich meine da nicht den Obmann des Zentralausschusses und die Leute, die die große Verantwortung mittragen und sich bemühen, sondern denken Sie doch daran, daß der Herr Minister bei dieser Feier vor einer ganz großen Zahl kleiner Vertrauensleute geredet hat, denken Sie daran, daß diese kleinen Vertrauensleute die Träger des Gewerkschaftsgedankens sind. Ich habe es absolut begriffen, daß sich diese alten Kämpfer der Freien Gewerkschaften bei der Feier herzlichst mit „Freundschaft!“ begrüßt haben, und wenn einer zu mir herzlich „Freundschaft!“ gesagt hat, dann habe ich ihm ebenso herzlich mit „Freundschaft!“ geantwortet. (Schallende Heiterkeit.) Ja, meine Damen und Herren! Warum denn nicht, wenn ich den Leuten eine Freude machen kann! Das ist doch keine Affäre! (Zwischenrufe.) Und wenn er zu mir „Genosse“ sagt, dann ist das gar nicht

beleidigend und verletzend. Ja, glauben Sie, ich habe bestimmt Verständnis für den kleinen Vertrauensmann, der so unendlich viel Arbeit auf sich nimmt, aber wogegen ich bin, das ist, daß der eigene Minister diesen kleinen Leuten solche Gedanken mit hinausgibt. Und wissen Sie, was mich gar so sehr erbittert? Wir hier im Hohen Haus haben unsere großen Gegensätze, aber schließlich und endlich finden wir uns doch immer wieder als Mensch zum Menschen und reden uns zusammen und finden eine vernünftige Linie. (Abg. Populorum: *Haben Sie sich betroffen gefühlt, Herr Kollege Geisslinger?* — Abg. Altenburger: *Lassen Sie das! Verteidigen Sie nicht so etwas!*) Herr Populorum, seien Sie nicht böse, ich verstehe Ihre Frage in diesem Zusammenhange nicht. Aber schauen Sie, seien Sie sich doch im klaren darüber, daß wir auch draußen den kleinen Vertrauensleuten sagen müssen, daß wir schließlich und endlich Menschen von gleichem Fleisch und Blut sind, daß wir Brüder sind und daß wir über alle weltanschaulichen und sonstigen trennenden Momente hinweg doch Menschen sind und uns gegenseitig finden müssen. Wenn mich der Herr Kollege Populorum gefragt hat, ob ich mich durch die Ausführungen des Herrn Ministers betroffen gefühlt habe, ist das so unzweideutig an meine Adresse gegangen, daß ich Ihnen hier gleich die Antwort gebe: Ich bejahe die Personalvertretung! (Abg. Populorum: *Gut, dann brauchen Sie sich nicht aufzuregen!* — Abg. Altenburger: *Wir bejahen die Personalvertretung, aber nicht eine einseitige!*) Herr Kollege Populorum, Sie müssen mich immer ausreden lassen. Ich bejahe die Personalvertretung, aber was ich verurteile und wogegen ich kämpfe, das ist, daß die Personalvertretung parteipolitisch mißbraucht wird und daß der demokratische Gedanke getreten wird, weil es nach demokratischen Grundsätzen auch der Minderheit möglich sein muß, zum Wort zu kommen, gehört zu werden sowie auch eine andere Meinung zu haben als die große Masse und dennoch ihr Recht zu finden.

Liebe Männer und Frauen! Das wollte ich heute bei der Budgetdebatte ganz eindeutig und klar sagen. Herr Minister! Ich habe die letzten zwei Jahre zum Kapitel Verkehr sehr gemäßigt geredet und habe Ihnen in einer sehr ehrlichen und aufrichtigen Art zwei Jahre lang beide Male die Mitarbeit angetragen. Ich habe Sie beschworen und habe Ihnen gesagt: Setzen Sie doch um Himmels willen in Ihrem Bereich endlich einmal durch, daß der Generaldirektor Generaldirektion und die Generaldirektion Generaldirektion ist und daß die Beamten nach den

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2875

ihnen zustehenden Machtbefugnissen arbeiten können! Ich habe Sie darauf aufmerksam gemacht, daß Sie es gerade uns vom Arbeiter- und Angestelltenbund nicht so schwer machen sollen, dem Kapitel Verkehr unsere Zustimmung zu geben. (*Abg. Dengler: Aber genützt hat es nichts!*) Herr Minister! Ich habe das heute deutlicher gesagt. Sie sind ein kleiner Diktator. (*Abg. Neuwirth: Nein, ein großer!*) In der Weltgeschichte gibt es noch größere. Nun, am Format eines Napoleon gemessen ist er immer noch ein kleiner Diktator. (*Abg. Dr. Pittermann: Beleidige nicht den Klubobmann, Geisslinger! — Heiterkeit.*) Sehen Sie, Herr Minister, doch endlich einmal ein, daß wir alle zusammenarbeiten müssen, weil wir ansonsten alle zugrunde gehen!

Wenn ich das Niveau der Budgetdebatte überblicke und sage, daß diese Debatte wirklich von einem großen Ernst und von einem wirklichen Koalitionsgedanken getragen war, dann tut es mir ehrlich leid, daß gerade ich bei diesem Kapitel, das ein Stückerl meines Herzens ist, so scharfe und so ernste Worte gebrauchen mußte. Ich möchte auch heute nicht schließen, ohne an Sie wieder zu appellieren: Herr Minister! Sehen Sie doch endlich einmal ein, daß in der Demokratie jeder auf seinem Platz stehen muß, damit das Werk vorwärtsgehen kann, und daß wir schließlich und endlich jeder nichts anderes zu tun haben und nichts anderes wollen als das, was wir sieben Jahre nicht in den Mund nehmen durften und was uns dann wie ein Gebet von den Lippen gekommen ist: Österreich! Und in ehrlicher Weise müssen wir einem freien, aber auch durch und durch demokratischen Österreich dienen! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Abg. Dr. Herbert Kraus: Meine Damen und Herren! Zum Kapitel Verstaatlichte Betriebe muß ich zunächst einmal feststellen, daß es ein außerordentlich hoher Prozentsatz der Industriebetriebe ist, der in Österreich verstaatlicht wurde. Ich stelle fest, daß in Österreich ein höherer Prozentsatz der Industrie verstaatlicht wurde als in jedem anderen Lande der westlichen Welt, und zwar auch dort, wo eine absolute sozialistische Mehrheit geherrscht hat.

Außerdem stelle ich fest, daß es nicht nur die Sozialistische Partei gewesen ist, sondern auch die Österreichische Volkspartei, welche dieser Verstaatlichung zugestimmt hat. Das muß wieder einmal festgestellt werden, denn diese Österreichische Volkspartei tut nun so, als ob sie die Wahrerin der wirtschaftlichen Freiheit und, wie sie sich ausdrückt, der bürgerlichen Interessen sei. Sie wollte bei

den letzten Nationalratswahlen sogar eine sogenannte bürgerliche Front schaffen. Wir sind keine bürgerliche Partei. Wir lehnen diesen Ausdruck ab. Aber wir treten bedingungslos für die Privatinitiative und das Leistungsprinzip ein, und dieses Leistungsprinzip ist bei der verstaatlichten Industrie keineswegs gewahrt.

Die Österreichische Volkspartei hat sich nun nicht nur damit begnügt, dieser Verstaatlichung zuzustimmen, und damit den ersten Schritt zu ihrer Nachgiebigkeit und Schwäche in allen Belangen der wirtschaftlichen Freiheit und Privatinitiative gesetzt, sondern sie ist darüber hinaus dazu übergegangen, auch den heute noch freien Teil der Wirtschaft zu verstaatlichen, und zwar so, daß sie die Privatinitiative in jeder Weise drosselt und hemmt, sodaß dieser überall die Hände gebunden sind.

Die Sozialistische Partei hat vollkommen recht, wenn sie sagt, daß auf diesem freien Sektor heute in bezug auf die Preishöhe stets der am schlechtesten arbeitende Betrieb den Ton angibt. Es ist nur deshalb so weit gekommen, weil die Österreichische Volkspartei aus reinen Parteiinteressen daran interessiert ist, jeden einzelnen Wirtschaftstreibenden von all diesen Genehmigungen abhängig zu machen, die ihre Minister, ihre Funktionäre und die nach dem Parteiproporz eingesetzten Beamten erteilen können, um dadurch ihre Parteimacht zu festigen. Aber das gehört nicht zu diesem Kapitel. Das war nur ein kleiner Exkurs für die ÖVP.

Nun, wir haben also in unserer Industrie eine äußerst weitgehende Verstaatlichung. Die sieben Herren Abgeordneten, welche bei der Rede des Kollegen Koplenig anwesend waren, werden dabei auch gehört haben, daß die großen Hoffnungen, welche die österreichische Arbeiterschaft auf die Verstaatlichung gesetzt hat, auf das bitterste enttäuscht worden sind. (*Abg. Dr. Pittermann: Weil die Russen heute noch die verstaatlichten Betriebe haben!*)

Aber ich möchte diese Hoffnungen von einem anderen Gesichtspunkt aus beleuchten als der Kollege Koplenig. Ich möchte die Vorkämpfer der Verstaatlichung einmal fragen: Was ist denn eigentlich in diesem Bereich der Wirtschaft, wo alles verstaatlicht worden ist, besser geworden? Inwieweit sind beispielsweise diese Betriebe rentabler geworden, wo doch an die verstaatlichte Industrie der höchste Anteil der ausländischen Marshall-Hilfe gegeben wurde? (*Abg. Truppe: Kommen Sie nach Kärnten, wir werden Sie durch diese Betriebe führen!*) Die Marshall-Hilfe hat uns viermal mehr Geld gebracht als die ganzen Völkerbundanleihen,

2876 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

die in der Ersten Republik aufgenommen worden sind und mit deren Hilfe es damals wenigstens halbwegs gelungen ist, über die Nachkriegsschwierigkeiten hinwegzukommen und die österreichische Wirtschaft einigermaßen zu stabilisieren.

Inwieweit sind also diese Betriebe rentabler geworden? Zu welchem Ergebnis haben denn diese Investitionen geführt, soweit sie nicht Fehlinvestitionen gewesen sind? Und ich möchte Sie fragen: Um wieviel mehr Produktion hätten wir mit diesem Geld in Österreich erstehen lassen können, wenn dieses Geld an andere Betriebe gegeben worden wäre? Aber auch dort, wo die Investitionen richtig vorgenommen worden sind, ist durch eine von reinen Parteigesichtspunkten aus betriebene Personalpolitik eine große Unrentabilität, trotz aller rationelleren Maschinen, entstanden. Genau dasselbe, was die Sozialistische Partei der Österreichischen Volkspartei vorwirft, daß der unrentabelste Betrieb den Ton angibt, ist bei der verstaatlichten Industrie vorhanden, und zwar in einem noch viel höheren Maße.

Die zweite Frage: Ist die Führung in den verstaatlichten Betrieben eine bessere geworden? Sie erleben es doch selbst, wieweit jeder Direktor dieser verstaatlichten Betriebe von dem unbeweglichen Monstrum der Bürokratie abhängig ist, wie er ununterbrochen auf die verschiedensten Parteiinteressen und sonstigen Hemmungen von Seiten des Ministeriums Rücksicht nehmen muß und auf diese Art und Weise niemals richtig disponieren kann. Dazu kommt noch eine gewisse Angst, da sich jeder dieser Direktoren sagen muß: Es ist doch viel zweckmäßiger, die Parteiwünsche meines Herrn Ministers zu erfüllen, als mich persönlich zu verbrauchen und aufzureiben, um meinen Betrieb rationaler und rentabler zu machen. Eine Risikofreudigkeit, ein inneres Interesse, einen tatsächlichen Fortschritt in der Richtung auf die Rentabilität des Betriebes zu erzielen, kann da gar nicht aufkommen. (*Widerspruch bei der SPÖ.*)

Wie werden nun diese Direktoren ausgewählt? Ich will gar nicht auf das Beispiel der Vorarlberger Illwerke eingehen. Ich will bloß über das sprechen, was schon vor der Regierung Waldbrunner in diesem Königreich üblich gewesen ist. Da war es in fast jedem verstaatlichten Betrieb so, daß die Österreichische Volkspartei das Recht hatte, einen Direktor zu bestellen, und daß auch die SPÖ dieses Recht hatte. Natürlich hat man dann häufig noch einen Dritten gebraucht, der — wenn es gut gegangen ist — die Arbeit machen

durfte. Die beiden Parteidirektoren, die sich da gegenüberstanden und sich gegenseitig die Arbeit erschwerten, haben ihr Interesse vor allem auf die Frage gelenkt, welche persönlichen Aufwendungen gemacht werden könnten. Wenn sich der Herr von der Österreichischen Volkspartei statt einer Drei-Zimmer- eine Fünf-Zimmer-Dienstwohnung leistete, hat sich der Herr von der SPÖ sofort auch eine solche angeschafft. Wenn sich der Herr von der Österreichischen Volkspartei ein Badezimmer einbauen ließ, hat sich der andere Herr auch eines einbauen lassen. Und so ist es immer weitergegangen. Ich nehme das den Herren nicht übel. Sie sollen verdienen. Aber, Herr Minister, es wäre zehnmal zweckmäßiger, Sie würden diesen Herren ein anständiges Gehalt bezahlen, ein Gehalt, wie es eben für eine so hohe Funktion üblich ist. Es ist ja sogar in der Sowjetunion üblich, den Generaldirektor 12- bis 25mal mehr verdienen zu lassen als den Hilfsarbeiter. Aber in Österreich gewährt man aus demagogischen Gründen ein kleines Gehalt von 5000 S, das bei der jetzigen Steuerprogression kaum 3000 S ausmacht. (*Zwischenrufe.*) Dazu kommt dann, daß man wegen der sogenannten Kompetenzstreitigkeiten, der Proporzorgen und der diversen parteimäßigen Eitelkeiten Vorstände und Aufsichtsräte bestellt in einer Zahl, die für einen normalen Privatbetrieb völlig unverständlich ist.

Betriebe von der Größe der VÖEST haben in Deutschland z. B. einen Vorstand von fünf Leuten. Bei uns aber braucht man mindestens 26. Zahlen Sie lieber fünf ein entsprechend hohes Gehalt, damit sie auch Interesse haben und arbeiten können und nicht fürchten müssen, eingesperrt zu werden. Dann werden Sie eher zum Ziel kommen.

Eine weitere Frage: Wie sieht es bei den Preisen aus? Sind die Preise bei den Produkten, die in den verstaatlichten Betrieben hergestellt werden, niedriger geworden? Ja, manche schon, aber nur für die Waren, die ins Ausland gehen, wie beispielsweise für Stickstoff oder Eisen, also nur zugunsten des ausländischen Konkurrenten, der nachher mit unserer weiterverarbeitenden Industrie in Wettbewerb tritt. Aber im Inland haben die Bauwirtschaft und die Landwirtschaft die Unrentabilität dieser verstaatlichten Betriebe durch weit überhöhte Preise zu tragen. Nachher stürzen Sie sich auf diese Wirtschaftszweige und sagen, diese hätten versagt. Die Preise der Produkte, die in den verstaatlichten Betrieben hergestellt werden, und die Tarife Ihres Ministeriums, Herr Minister Waldbrunner, sind die höchsten von allen Preisen, die wir in Österreich haben.

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2877

Gehen wir einmal aber auch auf die Dinge ein, die uns hier im Parlament interessieren. Die verstaatlichten Betriebe sind ja nach Ihrer Meinung das Eigentum des österreichischen Volkes, und infolgedessen haben die Volksvertreter ein Recht, über die Vorgänge in den verstaatlichten Betrieben entsprechend unterrichtet zu werden. (Abg. Gföller: Von Ihnen?) Bisher ist das noch nicht geschehen. (Abg. Dr. Pittermann: Gehen Sie doch einmal in den Rechnungshofausschuß, Herr Doktor!) Lieber Herr Dr. Pittermann! Es ist nichts damit getan, daß nach rein kameralistischen Grundsätzen dort untersucht wird, ob in der Creditanstalt ein Vorhang zuviel verrechnet worden ist oder nicht, ob für einen Empfang zuviel Spesen ausgegeben worden sind oder nicht. Das interessiert das Volk nicht, und diese kleinen Posten bestimmen auch nicht das Schicksal dieser Betriebe. Was uns interessiert, ist eine betriebswirtschaftliche Untersuchung, ein Vergleich mit den auf freier wirtschaftlicher Basis arbeitenden Betrieben im Ausland — und wir haben für alle diese Betriebe gute Vergleichsbasen —, ein Bericht über die Preise, wie sie in der Ersten Republik galten und wie sie jetzt sind. (Abg. Dr. Pittermann: Haben Sie schon einmal etwas von Investitionen gehört oder davon, was an Maschinen weggeführt worden ist?)

Herr Minister Waldbrunner! Sie wissen, wir sind grundsätzlich — im Gegensatz zur ÖVP — gegen die Verstaatlichung, denn wir stehen auf dem Boden des Leistungsprinzips. Herr Minister Raab! Wir spielen uns nicht als diejenigen auf, welche die Wirtschaftsinteressen gepachtet haben. Wir sind bloß konsequenter — das nebenbei bemerkt.

Wenn wir schon einmal — zum Unglück Österreichs — so viel verstaatlicht haben, dann, Herr Minister, führen Sie doch wenigstens die Leistungswirtschaft in den verstaatlichten Betrieben ein und setzen Sie die Parteiinteressen, insbesondere das Interesse, die verstaatlichten Betriebe nur für die sozialistische Personalpolitik und die Ausweitung Ihres Stimmenkapitals zu verwenden, zurück zugunsten der gemeinsamen Staatsinteressen! (Abg. Marchner: Sollen wir es wie die Papierindustrie machen?) Beruhigen Sie sich! Sie werden noch mehr zu hören bekommen.

Und nun noch eine letzte Frage: Ist das Schicksal der Arbeiter in diesen verstaatlichten Betrieben besser geworden? Dafür hat doch Ihre ganze Propaganda Jahrzehnte hindurch gearbeitet, daß die Verstaatlichung dem Wohle der Arbeiterschaft diene! Was hat sich denn geändert? Ich sage Ihnen: Wir vom VdU wissen sehr genau, daß dieser unsichtbare,

tote, kalte Körper eines Verwaltungsapparates ein viel unbarmherzigerer Arbeitgeber ist als der Durchschnitt aller privaten Arbeitgeber. (Abg. Truppe: Ihre Rede beweist, daß Sie gar nichts wissen!) Der beste Beweis dafür ist, daß die Opposition gegen den sozialistischen Arbeitgeber gerade in den verstaatlichten Betrieben ständig zunimmt. Sie werden mir jetzt sagen ... (Zwischenruf: In der VÖEST!) Ja, auf diesen Zwischenruf habe ich gewartet. Darauf will ich etwas sagen. (Ruf bei der SPÖ: Freuen Sie sich nicht zu früh Ihres Erfolges!) Ich freue mich nicht zu früh, aber Sie sollen sich auch nicht zu früh freuen.

Ich stelle zunächst einmal fest, daß die Sozialistische Partei in der VÖEST die Stimmen, die sie im Jahr 1949 bei der ersten Betriebsratswahl verloren hat, endgültig verloren hat. Diese Leute sind nicht mehr zurückgekehrt, und von den zusätzlich eingestellten zweitausend Leuten haben kaum die Hälfte sozialistisch gewählt. Wahrscheinlich sind von Ihren alten Anhängern auch noch welche zu den Kommunisten übergegangen. (Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.) Herr Dr. Pittermann, lachen Sie nicht! Sie haben bei der Generaldebatte einen feierlichen Appell an einen unbekannten Adressaten gerichtet. Ich fühle mich auch angesprochen. Sie haben einen feierlichen Appell ausgesprochen, daß wir in dem Kalten Krieg, der auch unserem Volk aufgezwungen ist, gegenüber der einzigen Gefahr, die unser Volk bedroht, alle zusammenzuhalten haben. Ich erinnere Sie daran.

Und jetzt will ich Ihnen die Erklärung geben, warum das Wahlergebnis in der VÖEST so ausgefallen ist. Ich bin eigens während der Budgetdebatte auf einige Stunden nach Linz gefahren und habe mich dort erkundigt. Der Grund war, daß sich diese Arbeiter einfach unter der kommunistischen Flagge sicherer fühlen als unter der VdU-Flagge. (Zwischenrufe.) Ich werde es Ihnen gleich beweisen. Da ist zwischen der sozialistischen und kommunistischen Fraktion eine enge und feste Koalition gebildet worden, welche bis zum 4. Dezember 1951, bis zur Abhaltung der neuen Betriebsratswahlen, verhindert hat, daß überhaupt ein Betriebsratsobmann gewählt wurde, und die bei allen Abstimmungen gemeinsam gestimmt hat.

Ich will dem Hohen Haus bekanntgeben, wie im Arbeiterbetriebsrat die Zahlenverhältnisse waren. Die stärkste Fraktion war der VdU mit 14, dann die SPÖ mit 12 und die KPÖ mit 2 Mandaten. Es stand also Ihre Koalition gegen uns gleich zu gleich, und deswegen ist es zu keinem Betriebsratsobmann gekommen. Aber das allein war es noch nicht.

2878 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

Die Betriebsleitung hat dafür gesorgt, daß diese ungehorsamen Kinder, die es gewagt haben, eine andere Weltanschauung zu haben, zu fühlen bekommen, daß sie da einen gefährlichen Kampf führen. Von den 12 sozialistischen Betriebsräten hat die Betriebsleitung 6 freigestellt, also zu hauptamtlichen gemacht, und von den 14 VdU-Betriebsräten nur einen einzigen. Immer wieder ist es so gewesen, daß die VdU-Anhänger genau gewußt haben, daß sie es sich mit ihren Herren Unternehmern verderben, wenn sie allzu offen ihre Meinung an den Tag legen. (*Abg. Dr. Pittermann: Lesen Sie doch das Betriebsrätegesetz!*)

Sie haben den Kommunisten ausgezeichnet in die Hände gearbeitet. Als der Streik im Oktober 1950 ausbrach — ein Streik, den nicht wir heraufbeschworen haben, sondern der spontan aus der Belegschaft gekommen ist —, da haben die Sozialisten unseren Leuten mit dem Hinausschmeißen gedroht und den Kommunisten sehr schön in die Hände gearbeitet. Denn in dem Augenblick, wodie Sache gegen die Betriebsinteressen ging, das heißt, als die Kommunisten anfangen, abzumontieren und die Betriebe zu gefährden, und wir dafür eingetreten sind, daß der Streik abgebrochen wird — und auf unseren Entscheid kam es an (*Zwischenrufe*) —, da hat die kommunistische Fraktion natürlich den großen Trumpf in der Hand gehabt, uns als Streikbrecher bezeichnen zu können, was sie nun am letzten Tag vor den Betriebsratswahlen in Tausenden von Flugzetteln weidlich ausgenutzt hat. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Sehen Sie, so arbeiten Sie mit den Kommunisten Hand in Hand! Aber ich sage Ihnen: Entweder Sie entschließen sich, mit diesem Appell, den Sie an uns gerichtet haben, bei sich selbst ernst zu machen, oder Sie hören auf mit dem Gerede von der Abwehrbereitschaft gegen den Kommunismus! (*Erneute Zwischenrufe bei den Sozialisten.*) Sonst werden wir Ihnen vor aller Öffentlichkeit zeigen, wie Sie sich mit den Kommunisten vereint haben; nicht nur bei der Elektrobau in Linz, wo Sie eine gemeinsame Liste aufgestellt haben, oder in Lend, wo Sie den Obmann nicht gewählt haben, oder bei Semperit, wo Sie unseren Vertrauensmann hinausgeschmissen haben, bevor die Listen eingereicht werden konnten. Dann werden wir das alles vor aller Öffentlichkeit sagen, und dann haben Sie nicht mehr die Möglichkeit, sich vor der „roten Katze“ zu schützen wie das letzte Mal. (*Beifall beim KdU. — Lebhaftes Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Abg. Bleyer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Um in der Öffentlichkeit nicht einen falschen Eindruck über die verstaatlichte

Industrie auftreten zu lassen, fühle ich mich verpflichtet, zu diesem Kapitel folgendes zu sagen.

Vor allem sei festgestellt, daß beide Verstaatlichungsgesetze, sowohl das erste allgemeine vom 26. Juli 1946 wie das zweite vom 26. März 1947, in einem Zeitpunkt zustande kamen, in dem die Österreichische Volkspartei die absolute Mehrheit in diesem Haus besessen hat. Gegen ihren Willen hätten die beiden Gesetze überhaupt nicht beschlossen werden können. Wir haben daher ein Recht darauf, aus diesem Umstand die Forderung abzuleiten, daß die verstaatlichten Betriebe nicht wie die Domäne einer Partei verwaltet werden, sondern so, wie es eben mit Volksgut, mit Staatsvermögen geschehen muß. Und hier müssen wir dem Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe ganz offen sagen, daß er noch viel an — um mich scherzhaft auszudrücken — „liebenswürdigen Umgangsformen“ lernen muß. Vorfälle wie die Bestellung des öffentlichen Verwalters bei den Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerken in Linz, die überraschend und ohne die Mitwirkung des Sechserausschusses zustande gekommen ist, dürfen sich nicht wiederholen.

Zunächst eine Erinnerung an die zuständigen Ressortminister, aber auch eine Erinnerung an das Hohe Haus selbst: Beide Verstaatlichungsgesetze bestimmen, daß für die Unternehmungen und Vermögensschaften, die verstaatlicht wurden, eine angemessene Entschädigung zu leisten sei, wobei die näheren Vorschriften einer gesetzlichen Regelung vorbehalten sind. Wenn es auch zurzeit die Verhältnisse noch nicht erlauben, die Ausführung dieser Absicht des Gesetzgebers vorzunehmen, so ist es doch bereits allmählich an der Zeit, sich über die Grundsätze und über das System klarzuwerden, nach denen vorgegangen werden soll.

Und nun zur Leistung der verstaatlichten Betriebe in der vorsozialistischen Zeit. Hiezu sind einige Feststellungen notwendig: Die durch das erste Verstaatlichungsgesetz an die öffentliche Hand übertragenen Unternehmungen sind großteils durch unmittelbare Kriegshandlungen, Bombenschäden und durch nachfolgende Demontagen beziehungsweise Beschlagnahmen von Vermögensteilen schwer in Mitleidenschaft gezogen gewesen, sodaß in betriebsorganisatorischer Hinsicht Produktionslücken großen Umfanges die Folge waren. Es mußten daher zunächst schrittweise die Schäden behoben werden und an eine Erneuerung und Modernisierung des gelichteten Maschinenparks herangetreten werden. Es ist sicherlich ein großes Verdienst unserer Arbeiter- und Angestelltenschaft, unverzagt an den Wiederaufbau der Stätten ihrer Existenz

Hand angelegt zu haben. Es darf aber auch nicht unterdrückt werden, daß von Staats wegen schon damals alles geschehen ist, um diese Betriebe in die Lage zu versetzen, sich wiederum zu reorganisieren und aufwärts zu entwickeln.

Man begegnet in gegnerischen Kreisen nur allzuoft dem Schlagwort, die Österreichische Volkspartei sähe es am liebsten, wenn die verstaatlichten Betriebe an ihrem Defizit erstickten und zugrundegingen. Eine solche Unterstellung ist nicht nur dumm, sondern sie ist verleumderisch; es ist notwendig, dies einmal klipp und klar herauszustellen. Auch wir haben alles Interesse daran, daß diese Industrie, die in der Hand des Staates ist und die einen sehr beträchtlichen Teil der gesamten Wirtschaft Österreichs ausmacht, zur Blüte gelangt. Dies besonders deswegen, weil diese Industrie Grund- und Schlüsselbetriebe umfaßt. Aus dieser Erkenntnis heraus hat die Kreditlenkungscommission im Jahre 1949 gerade der Finanzierung der verstaatlichten Betriebe größte Bedeutung zugemessen. *(Unruhe. — Abg. Reismann: Reden Sie doch deutlicher! Man versteht ja nichts!)*

Nur um ein Beispiel zu nennen, führe ich an, was bis zum Jahre 1948 den verstaatlichten Betrieben aus den Hilfsfonds durch die Kreditlenkungscommission von den Großbanken unter Refinanzierung der Oesterreichischen Nationalbank an Aufbaukrediten für produktive Institutionen liquidiert worden ist:

Elektro-Energieunternehmen 300 Millionen Schilling, Rationalisierung der verstaatlichten Kohlenbergbaue 60 Millionen, eisenerzeugende Industrie 135 Millionen, Metallindustrie 20 Millionen, Starkstromindustrie 21 Millionen, chemische Industrie 20 Millionen, eisenverarbeitende verstaatlichte Industrie 4 Millionen, zusammen 560 Millionen Schilling, also weit mehr als eine halbe Milliarde.

Das war damals ein sehr erheblicher Betrag. Wir brauchen uns nur in Erinnerung zu rufen, daß das Budget 1949 nicht wie das heutige nahezu 20, sondern nur 7·5 Milliarden umfaßte.

Mit diesen Anlaufsinvestitionen ist in fast allen Sparten eine wesentliche Steigerung des Produktionsvolumens erreicht worden. Nehmen wir den Monatsdurchschnitt 1937 mit 100 an, so war bereits im August 1949 eine Indexziffer von 106 erreicht. Die Produktionsmittelindustrie erreichte sogar ein Indexmaximum von 174. Hand in Hand damit ging die Erhöhung des industriellen Produktivitätsindex, der sich seit Beginn des Jahres 1949 um 29 Prozent, nämlich von 66 auf 85 steigerte.

Auch im verstaatlichten Kohlenbergbau war der Fortschritt erfreulich. Im dritten Quartal des Jahres 1949 betrug die Förderung bereits um 15·7 Prozent mehr als im dritten Quartal des Vorjahres. Die Förderung überstieg damit bereits 4 Prozent der im Kohlenplan für ein Quartal vorgesehenen Förderungsmenge. Diese Fortschritte bildeten die Grundlage für jede weitere Entwicklung. Die aus ERP-Mitteln bezogenen Vortriebsmaschinen, Lupenventilatoren, Rutschenantriebe, Bandanlagen und Spezialmotoren ermöglichten Grubenverbesserungen, Rationalisierung im Tiefbau, Ausgestaltung der Tagbaubetriebe usw., von denen die Kohlenbergbaubetriebe selbstverständlich heute noch ihre Erfolge ableiten.

Wenn unsere Sozialisten irgendwie zur Verwaltung berufen werden, dann bekunden sie das Gefühl, hervorragende organisatorische Neuerungen durchführen zu müssen. Demgegenüber sei festgestellt, daß der verstaatlichten Industrie in den Jahren der Übernahme dieser Betriebe durch den Staat ein durchaus geeignetes organisatorisches Gefüge gegeben worden ist. Die Betriebe sind grundsätzlich wirtschaftliche Individualitäten, die sich nach den Bestimmungen der Rechtsform, die sie besaßen, nach dem Aktienrecht oder dem Recht der Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu richten haben; Betriebe gleicher oder verwandter Art wurden zu Dachgesellschaften zusammengefügt, die durchaus in der Lage sind, die notwendige Koordinierung herbeizuführen. Wem es allerdings nicht um Koordinierung sondern um Zentralisierung geht, der wird mit dem bisher Erreichten nicht zufrieden sein. Wir sind davon überzeugt, daß mit dem System der Holdings das Auslangen gefunden werden könnte.

Die Verbundgesellschaft, die ja nichts anderes als eine Holding der Energiewerke ist, hat vor und nach der Übernahme des Ressortministeriums durch die Sozialistische Partei eine Wirkung entfaltet, die allseits anerkannt wurde und anerkannt werden muß. Wenn in der Eisenholding die Dinge nicht ganz jene Entwicklung nahmen, die wünschenswert gewesen wäre, so lag das Verschulden in allererster Linie bei der Partei, deren technisch-kommerzieller Vertreter im Vorstand schon sechs Wochen nach seiner Ernennung, anscheinend aus Gründen interner Parteistreitigkeiten in der SPÖ, demissioniert hat. Auch die Kohlenholding hat im großen und ganzen eine befriedigende Entwicklung genommen und hätte wahrscheinlich noch erfolgreicher tätig sein können, wenn sich der Ressortminister nicht mit dem Plan ihrer Beseitigung und Ersetzung durch eine Generaldirektion völlig überflüssigerweise befaßt hätte. Wir hoffen,

2880 73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951.

daß im kommenden Verwaltungsjahr die verstaatlichten Betriebe möglichst der unmittelbaren Ingerenz der Bürokratie entzogen werden, um ein gesundes, für die Gesamtwirtschaft und daher auch für unsere Arbeiterschaft erfolgreiches Eigenleben zu führen.

Auf dem Eisensektor lagen die Dinge im Jahre 1945, wie allgemein bekannt ist, höchst desolat. Fast die gesamte Einrichtung des Alpine-Konzerns im Hüttenwerk, die beiden Elektroöfen, die neue Blockstraße, zahlreiche Kräne und Einrichtungen sind demontiert worden. Dennoch hat es die Werksleitung — und das anerkenne ich und hebe es gerne hervor — und die Belegschaft durch Improvisationen und Verwendung von Hilfsmaterial verstanden, den Betrieb wiederaufzunehmen. Im Rahmen des Marshallplanes war es bereits im Jahr 1948 möglich, den Ersatz der überalteten Blockstraße in Donawitz durch eine moderne Anlage mit einer Leistungsfähigkeit von rund 40.000 t Rohstahl im Monat sicherzustellen. Noch im Jahre 1948 angelieferte Transportmittel für den steirischen Erzberg gestalteten seine Förderung in erheblichem Maße aus. Dies alles in einer Zeit, in der der Eisenpreis rund 20 Prozent unter dem Weltmarktpreis lag! Und dennoch gab es nur in den Jahren 1945 und 1946 einen Verlust, in den Jahren 1947 und 1948 hingegen bereits Betriebsüberschüsse.

Unter solchen Umständen kann man nicht behaupten, daß die verstaatlichte Industrie erst im November 1949 zu einem neuen Start nach aufwärts angetreten ist, sondern wir können vom Herrn Bundesminister Waldbrunner wohl sagen: Er heizte die Lokomotive nicht erst an, sondern er stieg bei der Station Regierungsumbildung im Jahr 1949 in einen wohl eingerichteten und leistungsfähigen Zug ein.

Es war auch niemals so, daß die Betriebe gleicher Richtung etwa in einem Durcheinander gearbeitet haben. Bei der Natur der Stahlerzeugung ergab sich durch das Zusammenspiel der Produktion einzelner Werke eine zum Teil innige Verflechtung zwischen der Kommerzeisen- und der Edeltahlerzeugung. Auf dem Kommerzeisensektor war die Abstimmung der Erzeugungsprogramme in befriedigender Form gefunden worden. Auch bei der Edeltahlindustrie wurden die vier Erzeugerwerke so aufgeschlüsselt, daß ihre Erzeugungsprogramme in sich so abgestimmt waren, daß sie qualitätsmäßig gut und vor allem wirtschaftlich arbeiten konnten. Wenn heute von Seite des Ministers hier neue Organisationsformen vorgeschlagen werden, dann genügt es nicht, uns einfach zu erklären, daß eine straffere Zusammenfassung wirtschaft-

lich vorteilhaft wäre, sondern dann muß man uns in Gestalt eines weitgehend ins Detail ausgearbeiteten Programms von einer solchen Neuorganisation der Kommerzeisen- und der Edeltahlbetriebe überzeugen können. Das ist dem Herrn Minister bisher nicht gelungen, weil, wie wir bedauerlicherweise feststellen, er es bisher nicht der Mühe wert gefunden hat, hiezu überhaupt einen ernstlichen Versuch zu unternehmen.

Es würde zu weit führen, jeden einzelnen Beitrag der verstaatlichten Industrie in der Entwicklungsphase zwischen 1945 und 1949 in Augenschein zu nehmen. Kurz sei folgendes festgestellt:

Böhler & Co. erbrachte bereits 1946 einen Überschuß.

Schoeller-Bleckmann erreichte, obwohl der Betrieb durch Demontagen völlig desorganisiert war, schon Ende 1947 eine Kapazität von 2.500 t; die Jahre 1946 bis 1948 sehen den Betrieb bereits in durchwegs aufsteigender Linie.

Die Simmering-Graz-Pauker A. G. hatte bereits 1948 die frühere Kapazität in vielen Teilen des Unternehmens wieder erreicht. 1948 erwirbt das Unternehmen bedeutende Auslandsaufträge im Wettbewerb mit ausländischen Werken.

Das Aluminiumwerk Mattighofen erzielte bereits 1948 eine wesentliche Umsatzsteigerung.

Die Bleiberger Bergwerks-Union konnte die Lithoponefabrik ausbauen und rationalisieren, was nicht nur für die Kapazität des Unternehmens, sondern auch für die Devisenlage günstig war.

Der Mitterberger Kupferbergbau, der 1931 eingestellt war, schließt schon 1945/1946 mit einem kleinen Betriebsüberschuß ab.

Die ersten Vitrioltürme der Montanwerke in Brixlegg arbeiten seit März 1948. Die Kapazität des Jahres 1938 ist bereits erreicht, der gesamte Bedarf Österreichs an Kupfervitriol wird gedeckt und daneben noch eine bescheidene Ausfuhr erzielt.

Auf dem Kohlensektor stieg die Gesamtförderung der verstaatlichten Betriebe von rund 2,2 Millionen im Jahre 1946 auf über 3 Millionen Tonnen im Jahre 1948, und dies trotz des Mangels an geschulten Hauern. Aber die vorsozialistische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe hat sich nicht damit begnügt, die vorgefundenen Betriebe zu übernehmen und aufwärts zu führen, sondern sie ist auch in Neuland vorgestoßen. Hier hat die Bergbau-Förderungs-Gesellschaft, die eigens zu diesem Zweck gegründet worden ist, durch Einführung moderner Gewinnungsmethoden und deren Finanzierung wertvollste Pionierarbeit geleistet.

73. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 12. Dezember 1951. 2881

Auch auf dem Gebiet der Elektroindustrie wurde zwischen 1945 und 1949 nicht geschlafen. Die AEG, die Siemens-Betriebe und insbesondere Elin haben, soweit es die Verhältnisse und die Entwertung des Jahres 1945 ermöglichten, die Produktion aufgenommen und erhebliche Erfolge erzielt. Aber auch auf diesem Gebiet wurde initiativ vorgegangen und eine Neugründung ins Leben gerufen. Die Österreichische Elektro-Industrie Ges.m.b.H. Deuchendorf wurde auf das modernste ausgestaltet und ist eine Leistung der vorsozialistischen Ära, die wir nicht zu verstecken brauchen und deren Früchte der gegenwärtigen Zeit in den Schoß fallen.

Ich darf abschließend hervorheben, daß gerade in den Unternehmungen, in denen besondere Initiative erforderlich war, es Vertreter unserer Partei waren, die in den Vorständen oder als öffentliche Verwalter bahnbrechend vorausgehen mußten. Wir werden uns niemals dazu hergeben, Erfolge, die der Herr Bundesminister Waldbrunner in der Zeit seiner Verwaltung der verstaatlichten Betriebe erreichen wird, herabzusetzen oder zu verkleinern. Wir sehen uns aber genötigt, darauf hinzuweisen, daß auch in der Zeit, in der die verstaatlichte Industrie unter unserer Führung gestanden ist, Erhebliches und — wir dürfen behaupten — Grundlegendes auch von unseren Leuten geleistet worden ist.

Gilt dies im allgemeinen von der verstaatlichten Industrie, so gilt dies ganz im besonderen von der Energiewirtschaft, wo die Grundlagen weit zurückreichen, zum Teil in die Erste Republik, wo Betriebe wie Kaprun ihre Vorkämpfer in Personen, die uns zugehören — wie der verewigte Landeshauptmann Dr. Rehrl —, gefunden haben.

Und nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß noch sagen, daß wir der politischen Entwicklung in der verstaatlichten Industrie mit einiger Sorge entgegensehen. Dies deshalb, weil man mit Methoden, wie man sie vielfach anwendet, eine gewisse Radikalisierung, und bedauerlicherweise eine

solche, die ganz nach links zu gehen droht, verursacht. Würde man hier mit mehr Gerechtigkeit und Demokratie unseren Kollegen gegenüber treten, könnte sich diese Entwicklung nicht so anbahnen, und es würde das Vertrauen zur Führung der verstaatlichten Industrie und unserer Gewerkschaft zum Wohle aller Beteiligten bedeutend gehoben.

Wenn aber ein Vertreter Ihres Ministeriums bei Jubilarehrungen unserer Arbeitskollegen nicht weiß, daß er dort als offizieller Vertreter eines Ministeriums und nicht als Vertreter der SPÖ anwesend ist, und erklärt, er müsse die Personalpolitik so koordinieren, daß sie nur mehr von ihm aus — also sprich: von der Sozialistischen Partei aus — gelenkt werden kann, dann wird das nicht dazu beitragen, das Vertrauen zur objektiven und sachlichen Führung der verstaatlichten Industrie zu stärken.

Schließlich spreche ich von dieser Stelle noch allen Kolleginnen und Kollegen, aber auch allen Generaldirektoren, Direktoren, leitenden Ingenieuren, Beamten und Angestellten für diese ihre bisherige Leistung Dank und Anerkennung aus und drücke dabei die Hoffnung aus, daß die Vollbeschäftigung auch im kommenden Jahre unvermindert anhält. Und deshalb stimmt meine Partei für dieses Budget. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Gorbach: Es ist gleich sieben Uhr. Das ist mir Anlaß, die Verhandlungen abzubrechen.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, den 13. Dezember 1951, bereits um neun Uhr vormittag statt. Die Verhandlungen werden bis ein Uhr mittag fortgesetzt. Es wird die Beratung der Gruppe X fortgesetzt und sodann nach Maßgabe des Fortschrittes der Debatte in die Beratung der Gruppe XI eingegangen werden.

Ich mache zugleich darauf aufmerksam, daß um 12 Uhr die Abstimmung über die Gruppen VII, VIII und IX stattfindet.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 50 Minuten.

